

Volentlich Gehalts: Genosse Böbe ist noch bereit, sein Referat über die parlamentarische Tätigkeit zu erstatten, das ungefähr eine halbe Stunde in Anspruch nehmen wird. Ich empfehle dem Parteitag, das Referat noch entgegenzunehmen. (Zustimmung.)

Verichterstatter Böbe-Dreslau: Werte Genossen und Genossinnen! Sie waren so freundlich, einen großen Teil der Fragen, die eigentlich zum parlamentarischen Bericht gehören, bereits in der großen politischen Aussprache zu würdigen, die wir in den ersten Tagen unseres Parteitags abgehalten haben, und einen großen Teil der Schläge, die uns zugebracht waren, haben Sie in patriotischer Gerechtigkeit bereits auf die anderen Instanzen verteilt, die noch dafür in Frage kamen. Ich glaube trotzdem, daß noch genug übriggeblieben ist, um den Bedürfnissen der Fraktion zu genügen, will mich aber auf wenige erläuternde Bemerkungen zu dem Ihnen gedruckt vorliegenden Bericht der Fraktion beschränken. Als wir im Anfang Februar mit großen Hoffnungen in Weimar eintrafen und unsere Reihen musterten, konnten wir feststellen, daß die 186 Köpfe zählende Fraktion 57 Männer umfaßte, die der früheren Reichstagsfraktion angehört hatten, denen die große Zahl von 108 parlamentarischen Neulingen gegenüberstand. Aber die Zahl aller Radikaler für die Fraktion wurde noch dadurch vermindert, daß eine wachsende Anzahl von ihnen in Regierungsämtern einrückten mußten. Dieser Umstand hat uns mehr als die Frage der Doppelmanate geschwächt. (Sehr richtig!) Doppelmanate sind z. B. im Augenblick zwischen der großen preussischen sozialdemokratischen Fraktion und der Nationalversammlung nur vier vorhanden; dagegen hat unsere Fraktion allein zehn Mitglieder in Regierungsämtern im Reich und in Preußen abgegeben. Dazu kommen Vertreter der Regierung in Bayern, wie Hoffmann-Kaiserslautern und Enders, in Sachsen Gradnauer und Bud. Und dies fehlt sich über das ganze Reich fort, bis zu dem Staatsministerium von Mecklenburg, zu dem Bürgermeister von Hamburg und auch zu dem Ort, wo wir tagen, wo ja unser Reichstagskollege Bauerz auch Staatsminister, Staatsrat oder etwas dergleichen (Seiterzeit) ist. Es sind fast immer die alten Parlamentarier, die dadurch der regelmäßigen und dauernden Mitarbeit in der Fraktion entzogen werden. Das vermindert nicht nur unsere Frequenz, sondern, wie wir oft gemerkt haben, auch unsere Aktionskraft. Es sind ja deshalb auch gegen die Fraktion Vorwürfe erhoben, und es sind eine Anzahl Anträge gestellt, welche diesem Uebelstand begegnen möchten. Die Fraktion selbst hat sich mehrmals mit diesem Mißstand beschäftigt und hat ungewidertig ihrer Meinung dahin Ausdruck gegeben, daß Parteigenossen, die dauernd behindert sind, ihr Abgeordnetenmandat auszuüben, verpflichtet sind, es niederzulegen. (Sehr richtig), um so mehr deshalb, als ja Neuwahlen jetzt nicht mehr abgehalten zu werden brauchen, sondern die Vertreter ohne erhebliche Unbequemlichkeiten und Kosten einrücken können. Wenn dieser Rat nicht in vollem Umfang befolgt worden ist, so ist das daraus mit zurechzuföhren, daß in den letzten zwei Monaten die Nationalversammlung kaum in der Lage war, regelmäßig Sitzungen abzuhalten. Zum Teil ist der Rat der Fraktion befolgt worden. Gradnauer und Bud haben auf ihr Mandat verzichtet, Jug-Oldenburg hat dasselbe getan. Wir dürfen aber auch hier das Kind nicht mit dem Bade ausschütten. Die Fraktion hat sich auf der anderen Seite der Einsicht nicht verschließen können, daß eine vorübergehende oder längere Anwesenheit ihrer Mitglieder in deren Heimat manchmal wichtiger war als die Anwesenheit im Parlament. Wenn es in Bayern in allen Freien keine, wenn das deutsche Wirtschaftsleben durch umfassende Aufstreichs in Gefahr gebracht wurde, wenn in Bremen und Braunschweig keine staatliche Ordnung gegründet werden konnte ohne das Eingreifen unserer Ge-

nosken, dann haben wir ihnen oft und gern Urlaub erteilt in dem Bewußtsein, daß sie im Augenblick dort nötiger waren. Diese Auffassung hat auch im Lande Zustimmung gefunden. Die Genossen Dr. Braun und Vogel, die es mit der Erfüllung ihrer parlamentarischen Aufgaben sehr genau nehmen, haben in Nürnberg ihren Parteigenossen das Mandat zur Verfügung gestellt, weil sie nicht in der Lage seien, es in jeder Sitzung auszuüben und haben sie gefragt, ob sie nicht andere an ihrer Stelle nach Weimar entsenden wollten. Die Parteiverammlung ist mit großer Mehrheit oder sogar einstimmig der Meinung gewesen, daß die Genossen das Mandat behalten sollten. Ich finde, sie haben damit recht getan. Gerade diese beiden Genossen sind uns trotz ihrer heimatlichen Behinderung wertvolle Mitarbeiter in der Fraktion gewesen.

Es ist hieran der Vorwurf geknüpft worden, meines Wissens zuerst im „Vorwärts“, und er hat dann die Kunde durch die Parteipresse gemacht, als ob im Sozialistengesetz ein uns unympathischer Paragraph, der Entschädigungsparagraph, dadurch zur Annahme gekommen sei, daß auf der linken Seite des Hauses ein großer Teil der Abgeordneten gefehlt hätte. Dieser Vorwurf ist in dieser Form unrichtig. Die Abstimmung ist nicht deshalb zu unseren Ungunsten ausgefallen, sondern es haben damals auf beiden Seiten der Nationalversammlung gleich viel Abgeordnete gefehlt, so daß, wie man im parlamentarischen Leben sagt, eine Abpaarung stattgefunden hat. Das Ergebnis war nämlich, daß für die Entschädigung 184 gestimmt haben, gegen die Entschädigung 187, darunter 18 Unabhängige von 22. Bei vollständigem Hause hätten aber auch für die Entschädigung 208 und gegen die Entschädigung 187 gestimmt, so daß also das Ergebnis das gleiche gewesen wäre. Man hätte nur einen Augenblickserfolg vielleicht herbeiföhren können, wenn zufällig die linke Seite voll besetzt und die rechte Seite leer gewesen wäre, ein Zufall, der praktisch nie eintritt, wenn er nicht absichtlich herbeiföhrt werden kann. Weiter ist zu betonen, daß diese Abstimmung dem deutschen Volke nicht einen Fennig gekostet hat, daß es sich überhaupt um keinen praktischen Gesetzgebungsparagraphen gehandelt hat. Schiller hat vorgeföhrt ausgeführt: Als beim Kohlengesetz die Entschädigungsfrage zur Debatte stand, haben wir wegen des unglückseligen Umstandes, daß eine Reihe von unseren Leuten bei der Abstimmung fehlten, die Entschädigungsfrage im bürgerlichen Sinne schließen müssen. So ist es nicht. Im Kohlenwirtschaftsgesetz, wo die Sache hätte praktisch werden können, steht überhaupt kein Wort von Entschädigungen. Das hätte man sich vor dieser Kritik ansehen sollen. Es handelt sich hierbei um das Stabmengesetz, was die Sozialisierung im allgemeinen festlegt. Da heißt es im § 2: Das Reich ist befugt, im Wege der Gesetzgebung gegen angemessene Entschädigung folgendes zu tun, und er endigt damit: die näheren Vorschriften über die Entschädigung bleiben dem Erlass besonderer Reichsgesetze vorbehalten. Es ist noch kein Reichsgesetz ergangen, das irgend jemand eine Entschädigung bei Sozialisierungen zuspräche. Also ist nichts veräuert worden. Es ist im Gegenteil nicht nur die Meinung der Sozialdemokraten, sondern auch der Bürgerlichen, bis in die Reihen der Deutschnationalen, daß niemand daran denkt, die alten Vergewaltiger der bisherigen Klassenbesitzer zu entschädigen. Dafür wird in der Nationalversammlung, wie sie jetzt zusammengesetzt ist, keine Mehrheit zu finden sein.

Bei der Beurteilung der Tätigkeit der Nationalversammlung wollen Sie Bitte zweitens berücksichtigen, daß wir von den vier Monaten, die hinter uns liegen, nur zwei Monate ununterbrochen der Arbeit widmen konnten. Das Plenum hat nur 39 Sitzungen abgehalten, dann kam die Unterbrechung durch den gegnerischen Friedensvorschlag, der ungefähr in der Obergerpause eintrat und es gänzlich ganz unmöglich machte, wichtige Fragen zu besprechen oder zu

Schlüsse zu fassen, ehe wir über den Umfang des Reiches, über die Finanzen des Reiches und über andere grundlegende Fragen unserer zukünftigen Gestaltung Anhaltspunkte hatten. Von diesem Tage an hat die Nationalversammlung nur noch einzelne Sitzungen, ich glaube nur eine, abgehalten, die sich mit der auswärtigen Frage beschäftigen mußte. Die Ausschüsse haben natürlich fleißiger getagt, besonders der Verfassungsausschuß, aber zu einem gewissen Abschluß konnten nur Dinge gebracht werden, die schon in den ersten zwei Monaten dafür reif geworden waren.

Als wir zusammentraten, lagen zwei große Aufgaben vor uns, die Regierungsbildung und die Bestimmung des Programms, sowie die Festlegung der Verfassung des neuen Deutschen Reichs. Verfassungsgebende Nationalversammlung ist ja der Name des Parlaments; das sollte ursprünglich seine einzige oder seine Hauptaufgabe sein. Die Regierungsbildung war nicht einfach. Die Wahlen hatten uns eine Mehrheit nicht gegeben. Da eine demokratische Regierung sich aber nur auf die Mehrheit aufbauen kann, mußten wir diese Mehrheit suchen. Trotz allem Haß und trotz allem Streit, der vorhergegangen war, klopfen wir zuerst bei den Unabhängigen an und fragten, ob sie bereit seien, gemeinsam mit uns eine Regierung zu bilden. Sie wiesen die Hand zurück (Hört! hört!) und sagten, daß sie daran überhaupt nicht denken könnten, solange nicht die gegenwärtige Gewalt Herrschaft abgeschafft sei. Sie versagten, hinzuzufügen, daß diese Gewalt hervorgerufen wurde, um die gewalttätigen Angriffe abzuwehren, die gegenüber der aus der Revolution hervorgegangenen Regierung geübt wurden, vergaßen darauf hinzuweisen, daß auch sie, wenn sie zur Regierung gelangen, jeden Versuch, sie gewalttätig zu beseitigen, auch mit Gewalt abgewiesen haben würden und abweisen werden, wenn sie jemals in die Lage kommen, eine Regierung zu bilden. — Nachdem die Unabhängigen abgelehnt hatten, wandten wir uns an die Demokraten und fragten sie, ob sie bereit seien, mit uns eine gemeinsame Regierung zu bilden, auf Grund von drei Bedingungen: 1. rücksichtslose Anerkennung der republikanischen Staatsform, 2. eine Finanzpolitik mit starker Heranziehung der Vermögen und des Besitzes und 3. eine tiefgehende Sozialpolitik mit Sozialisierung der hierzu geeigneten Betriebe. Sie erklärten sich mit diesen Bedingungen einverstanden, machten aber den Vorschlag, für diese Regierungsabildung auch das Zentrum heranzuziehen, einmal, weil man nach außen hin — wir erwarteten damals neue Waffenstillstandsbedingungen und die Friedensbedingungen — bekunden müßten, daß Deutschland eine Regierung habe, die sich auf dem Vertrauen der breiten Mehrheit des deutschen Volkes aufbaut, und weil nach innen die Arbeitsfähigkeit der Regierung so nicht durch einzelne wenige Dissidenten gefährdet werden sollte, da ja Demokraten und Sozialdemokraten zusammen nur eine sehr schwache Mehrheit im Parlament besaßen hätten. So wurden dem Zentrum dieselben Bedingungen unterbreitet, und auch das Zentrum erkannte diese drei Bedingungen als Grundlage der gemeinsamen Regierungsbildung an. Dieser Ausweg ist in der Fraktion nicht unumstritten gewesen, aber schließlich hat sich die Fraktion in Betracht der Sachlage mit großer Mehrheit dafür entschieden und hat dann die Regierung gebildet, die sieben und sieben umfaßte, sieben Bürgerliche, drei von jeder Partei, drei Demokraten und drei vom Zentrum und einen neutralen Bürgerlichen, den Grafen Ramkau. Bei der Kritik wollte man also immer beachten: Wir haben keine Regierung Scheidemann-Debesmann, sondern wir haben eine Regierung Scheidemann-Dernburg-Exbergerl Wir haben eine Koalitionsregierung. Daran ist unsere ganze Tätigkeit gebunden.

Auf die Bestimmungen des Verfassungswerkes will ich nicht ausführlich zu sprechen kommen, da Genosse Ragenstein eine gedruckte Uebersicht der Bes-

chlüsse vorgelegt hat, die in Ihren Händen ist und auf Wunsch auch noch in der Aussprache weitere Erläuterungen geben will.

Die Frage der Arbeitererräte brauchen wir bei dieser Gelegenheit auch kaum zu behandeln, da sie ausführlich noch bei dem nächsten Punkt der Tagesordnung besprochen wird. Die Arbeiterräte sind in einem Paragraphen der Verfassung behandelt, und ein besonderes Gesetz wird ihn noch weiter ausbauen. Ueber diese Frage konnte nicht immer eine einheitliche und feste Auffassung in der Fraktion herrschen. Nur ein Westwälder kann bezwungen worden. Die Auffassungen haben gerade in dieser Frage erheblich geschwankt. Ich rufe in Ihre Erinnerung zurück, daß noch im Januar und Dezember selbst die „Freiheit“ die Räterepublik entschieden ablehnte, ferner daß Gaase und Cohn ein nebeneordnetes Räteparlament forderten, Däumig und Lebebour dagegen für die Alleinregierung der Räte eintraten. Ich halte es nicht für ganz sicher, daß durch den erwähnten Verfassungsparagraphen die Frage schon zu einer endgültigen Lösung gebracht ist. (Waidjoh! Sehr gut!) In der Fraktion bestehen zwei Auffassungen. Ein Teil wünscht ein Räteparlament als beratende Körperschaft, ein anderer verlangt es als gleichberechtigte Instanz neben der Nationalversammlung. Beachten Sie bitte, daß wir den Regierungsapparat nicht unnötig komplizieren dürfen. Leider gibt es noch immer das Staatenhaus, in dem die Einzelstaaten ihre Rechte wahren zu müssen glauben. Possenilich führen wir bei der Entscheidung über die Rätefrage gleichzeitig den Krieg gegen die Kleinstaaterei. (Weißall und Händeklatschen.) Es ist einfach ein Jammer, daß die Revolution nicht damit wenigstens aufgeräumt hat, daß man heute noch beispielsweise über die Anhaltische Verfassung beraten will und mit solchen Dingen ganz unnötig Zeit totschlägt. (Lebhafte Weißall.) Es ist aber ein noch viel größerer Jammer, daß die Bürgerlichen mit einigem Recht sagen können: Eure eigenen Parteigenossen sind ja die schlimmsten Partikularisten! (Zahlreiche Zurufe: Schlimmer als die anderen! Lebhaftes Zwischenruf des Genossen Reil.) Genosse Reil, wir können jetzt nicht entscheiden, wer die größere Schuld hat. Wir wissen auch, daß das erste Signal für die Kleinstaaterei von Eisner ausgegangen ist. (Lebhaftes Sehr richtig!) Wir wissen, daß gerade die bayerischen Räteradikalen den Ober-Nieder-Wurzel-Sepp-Stammpunkt herausgelehrt haben. (Lebhaftes Sehr richtig!) Jetzt muß endlich einmütig überall der Ruf erklingen: Schluß mit der Einzelstaaterei! (Bangenhaltender Weißall und Händeklatschen.) Kämpfen wir einmütig für die Einheitsrepublik, dann gewinnen wir auch Platz für ein wirtschaftliches Institut in der Verfassung. Wie notwendig wir es brauchen, haben die Versuche zur Lösung der Sozialierungsfrage wohl schlagend genug bewiesen. Die politischen Abgeordneten sind nicht die Sachverständigen, die wir für die Sozialisationsarbeit brauchen. Die Verhandlungen in der Nationalversammlung haben klar ergeben, daß es auf allen Seiten an Sachverständigen fehlt. Die ganze Rechte war auf Hugenberg, Böglar und ähnliche Leute angewiesen, die ganze Linke mußte sich fürchten auf die wenigen ausgezeichneten Sachverständigen wie Hue, Sachs, Bredt und andere wenige. Es fehlte an Abgeordneten, die sich ein Urteil in Spezialfragen bilden können, z. B. den nötigen Einblick in solche Gebiete wie Kohle und Kali haben. Damit hängt es zusammen, daß nur ein so schwacher Anlauf für die Sozialisierung gemacht werden konnte. Darüber hat die lebhafteste Kritik eingesetzt. Aber man sollte sich doch nicht wundern, daß so wenig geschehen ist. Ich will nicht so bemerkenswerte Zeugen wie Kautsky und Hilferding über die Schwierigkeiten einer plötzlichen Sozialisierung heranziehen. Aber gerade in diesem Augenblick werden Sie einen Hinweis auf die Tatsache begreifen, daß fremde Kapitalisten dabei sind, ihre Hand auf unsere Staatsbetriebe zu legen.

LÖBE

(Lebhafte Zustimmung.) Berücksichtigen Sie ferner den abgenutzten Zustand unserer Eisenbahnen und die Lage des Wirtschaftsmarktes. Dann werden Sie doch verstehen können, daß keine unüberwindliche Begeisterung für eine plötzliche Sozialisierung herrschen konnte. (Lebhafte Zustimmung.) Dazu kommt noch, daß es im Parlament auch außerdem an erheblichen Widerständen nicht gefehlt hat. Dabei möchte ich feststellen, daß in der Koalition die Demokraten und die größten Schwierigkeiten bereitet haben (lebhaftes Gähnen, Hörl) und der Sozialisierung noch größeren Widerstand entgegenstellten als das Zentrum. (Lebhafte Entrüstungsgrufe.) Auch über die Reichswehrordnung will ich nicht mehr ausführlich sprechen. Ueber diese Angelegenheit haben wir uns unterhalten bei der Aussprache über die Freiwilligenkorps und den Belagerungszustand. Die Debatte darüber braucht wohl nicht wieder aufzuleben. (Zustimmung.) Unsere Fraktion sah sich in dem Augenblick, als sich bewaffnete Heere gegen die Regierung aufzuehnten, gezwungen, der Regierung militärische Macht in die Hände zu legen. Unser Beschluß war auf eine demokratische Organisation gerichtet. Als wir ihn annahmen, konnten wir nicht voraussehen, daß fast nur adlige Offiziere, deren Namen beim Volke keinen guten Klang haben, an die hervorragenden Stellen berufen werden müßten. Wir brauchen auch nicht damit zu rechnen, daß die neue Heeresorganisation mangels einer starken Beteiligung der Arbeiterkassen an ihr eine so einseitige Zusammensetzung erfahren würde. Daraus erklären sich im großen und ganzen die Ausschreitungen. Es ist doch nicht zu bestreiten, daß ihre Spitze zumißt gegen die Arbeiter gerichtet war. Die Fraktion hat sich immer mit Wirklichkeit den persönlichen Vorwürfen entgegengestellt, die auf den Genossen Koste gemünzt waren. Die Fraktion sagte sich, daß Koste sein schwieriges Amt in einer unglücklichen Zeit antreten mußte, in einer Zeit, in der das ganze Volk der Regierung die Frage vorhielt: wann greift Ihr denn einmal feste zu? (Lebhafte Zustimmung.) Wann endlich werdet Ihr Ordnung schaffen! (Lebhafte Zustimmung.) Die Fraktion hat sich deswegen für verpflichtet gefühlt, die Beschimpfungen Kostes stets mit besonderem Nachdruck zurückzuweisen, abgleich ich persönlich und mit mir andere Fraktionsgenossen auch heute noch die Ueberzeugung haben, daß eine gegenrevolutionäre Militärlaste ein militärisches Nebenregiment auszubilden beginnt. Diese Gefahr muß bei der Ausführung der Friedensbedingungen, soweit sie sich auf das künftige Heer beziehen, gründlich beseitigt werden. (Lebhafter Beifall und Händeflatzen.)

Seit dem Ihnen vorliegenden schriftlichen Bericht sind von der Fraktion noch eine Reihe Interpellationen eingebracht worden, und zwar erstens eine Interpellation des Genossen Keil, die einen Erlaß über die Vermögensbesteuerung verlangt und Vorschläge für eine tatkräftige Verhinderung der Vermögensflucht nach dem Auslande bringt. (Lebhafter Beifall.) Zweitens ein Antrag des Genossen Heilmann auf Abschaffung der Militärgerichtsbarkeit, und drittens eine Interpellation Meyer über die Heraussetzung der Renten für Invaliden, Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene. (Lebhafter Beifall.)

Ueber die Stellungnahme der Fraktion zu den Friedensbedingungen will ich ebenfalls nicht ausführlich sprechen, weil sie noch in Ihrer aller Erinnerung sein muß, und weil Sie vermutlich noch während Ihrer Anwesenheit die Stellungnahme der Fraktion bei den letzten Entscheidungen über die Friedensbedingungen beobachten können. Unter den Genossen, die andauernd lebhafteste Beschwerden gegen die Haltung der Fraktion in der Nationalversammlung erheben, sind auch eine ganze Reihe, die auf der Kandidatenliste stehen und, wenn sie nachrücken, selber nachprüfen können, inwieweit berechtigt ihre Einwürfe gegen unsere Haltung sind. Aus ganz natürlichen Gründen müssen wir jetzt eine schwere Belastungsprobe aushalten. Denken Sie daran, daß wir

50 Jahre in der Opposition gestanden haben, 50 Jahre uneingeschränkte Kritik üben konnten, 50 Jahre hindurch so gut wie gar keine Verantwortung für die Regierung zu tragen hatten, nun aber als Regierungspartei alle Dinge von der anderen Seite ansehen müssen! Das ist eine Umstellung, der nicht alle Genossen im Augenblick folgen können. Das mußte unsere Partei schon unter normalen Verhältnissen erschüttern, wieviel mehr heute, wo wir als Koalitionspartei gar nicht in der Lage sind, jeden Punkt unseres Programms durchzuführen, weil wir nicht allein maßgebend sind, und wieviel mehr in einer Zeit, wo wir kein Vermögen, sondern eine Konkursmasse zu verwalten übernommen haben.

Unter diesen ungünstigen Umständen wird jede Fraktion und vor allem jede Regierung, der diese Fraktion ihr Vertrauen auspricht, nicht ohne schwere Angriffe im Lande bleiben. Und wenn die kuesten Genossen, die wir ins Reichsministerium entsandt haben, am Schluß unserer Beratungen zu Ihnen sagen würden: Wir haben eingesehen, daß wir für unser Amt nicht taugen, wir legen es in die Hände der Partei zurück, nehmt Sieben andere — glauben Sie, daß die nach einem Vierteljahr einen anderen Stand hätten als die, die heute auf diesem Platz sitzen? (Lebhafte Sehr richtig!) Ja, nicht nur andere Personen, auch jede andere Partei, die in diesem Augenblick die Regierung übernehmen würde, würde keine anderen Erfahrungen machen. Wir wissen ja nicht, ob Deutschland einmal eine einheitliche, rein sozialistische Koalitionsregierung bekommt, ob es etwa mal eine unabhängige Regierung bekommt; aber das wissen wir, wenn das kommt, werden sich dieselben Vorwürfe gegen die Leute richten, die dann auf den Ministerbnken sitzen. Wenn wir keinen anderen Beweis hätten, hätten wir das russische Beispiel. Trotzki hielt auf dem Sowjetkongreß eine einzige Rede gegen die Resolutionen seiner Parteigenossen, die seine Regierungsweise nicht verstanden, die Anklagen wegen der Kommandogewalt, der Befrdigung der alten Offiziere, der Wiedereinsetzung der alten Beamten und Betriebsleiter erheben. Auch die Sowjetrepublik konnte das nicht erfüllen, was viele von ihr erwarteten.

Unter diesem Gesichtspunkt üben Sie, bitte, Ihre Kritik. Wir haben das Bewußtsein, daß wir allgemein bewundrigende Arbeit nicht haben leisten können. Aber wir wissen, daß die durch den Krieg hervorgerufenen Umstände die Ursache waren, nicht unser Wille, und wir hoffen, daß es recht bald dem deutschen Volke sowohl wie seinem Parlament möglich sein mag, nützlichere Arbeit zu leisten, als das in den letzten 4 Monaten möglich war. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Heinrich Schulz: Ich schlage dem Parteitag vor, nicht mehr in die Besprechung über diesen Bericht eintreten zu wollen, aber noch den Bericht der Mandatsprüfungskommission über einige Beschwerden entgegenzunehmen.

Der Parteitag ist damit einberstanden.

Bericht der Mandatsprüfungskommission.

Berichterstatter Brdner-Berlin: Der Genosse Gustav Schirmer war in Dortmund-Grde Mitglied der Partei und wurde 1909 wegen sozialistischer Propaganda aus derselben ausgeschlossen. Der Genosse Schirmer hat sich nunmehr wiederum an die Partei in dem dortigen Kreise mit der Bitte gewandt, ihm den Zutritt zur Partei wieder zu gestatten. Die dortige Parteiführung sowohl wie auch die Bezirkfhrung haben der Aufnahme zugestimmt. Ein Antrag aber an den Parteitag entsprechend dem Organisationsstatut ist zu stellen unterlassen worden. Die Beschwerde, resp. Mandatsprüfungskommission ist bez Anficht, daß trotz des formalen Fehlers der Wiedereinsetzung des Genossen

Gustav Schirmer nichts in den Weg gelegt werden sollte. Wir beantragen daher beim Parteitag, der Wiederaufnahme des Genossen Gustav Schirmer die Zustimmung zu geben.

Vorsitzender Heinrich Schulz: Wortmeldungen liegen nicht vor. Wenn kein Widerspruch erfolgt, nehme ich an, daß der Parteitag mit dem Antrag einverstanden ist. Ich stelle das fest.

Berichterstatter Brückner: Der Genosse Robert Conradt ist Mitte der Vier Jahre auf Grund des damals herrschenden Schandgesetzes aus Berlin ausgewiesen worden. Er ist nach Breslau gegangen und dort im Interesse der Partei tätig gewesen. Nach dem großen Sozialistenprozeß im Jahre 1887, in welchem die Hälfte der Angeklagten, darunter Bruno Seifer und Robert Conradt, wegen Mangel an Beweisen freigesprochen werden mußten, ist der Genosse Robert Conradt von dem damaligen Mitangeklagten Abg. Kräcker und dem späteren Abgeordneten Kühn-Langenbielau des Verrats bezichtigt worden. Der Genosse Kräcker hat auch im damaligen „Sozialdemokrat“ den Genossen Robert Conradt des Verrats bezichtigt, während der Genosse Kühn die Mitteilung des Verrats im „Sozialdemokrat“ in einer Probingsitzung bei Freisburg bekanntgegeben hatte. Die „Breslauer Morgenzeitung“ hatte damals die Notiz aus dem „Sozialdemokrat“ abgedruckt und ist von dem Genossen Robert Conradt auf Grund dieser Mitteilung wegen Verleumdung verklagt worden. In diesem Prozeß ist der verantwortliche Redakteur zu 500 Mk. Geldstrafe verurteilt worden. Ein Zigarrenarbeiter, der gleichfalls diesen Vorwurf des Verrats auf Grund der Notiz im „Sozialdemokrat“ gegen den Genossen Conradt erhoben hatte, ist gleichfalls von demselben wegen Verleumdung verklagt worden und zu 4 Wochen Gefängnis verurteilt worden. In beiden Prozessen hat der Genosse Robert Conradt nicht anders als durch Eid seine Unschuld beweisen können. Der Genosse Conradt ist dann nach wie vor — er ist von Breslau nach Köln übergesiedelt — Mitglied der Partei geblieben, hat sich aber aus dem öffentlichen Leben zurückgezogen. Der Genosse Conradt, der vielen der Alten bekannt sein dürfte und auch aus der Parteigeschichte bekannt ist, richtet nun an den Parteitag das Ersuchen, da ja die Regierung anders zusammengesetzt sei, ihm die Wege zu ebnen, daß er sich wieder rehabilitieren kann. Obwohl im Organisationsstatut ein derartiger Weg nicht vorgeschrieben ist, glaubt die Mandatsprüfungskommission trotzdem, dem Parteitag vorzuschlagen zu sollen, diese Angelegenheit dem Parteivorstand zu überweisen mit dem Ersuchen, die notwendigen Schritte zur Aufhebung des Sachverhalts, sofern dies nach 31 Jahren überhaupt noch möglich ist, zu tun. Wir beantragen daher, diese Angelegenheit dem Parteivorstand zur weiteren Erledigung zu überweisen.

Vorsitzender Heinrich Schulz: Anträge hierzu liegen nicht vor. Wenn kein Widerspruch erhoben wird, nehme ich an, daß der Parteitag dem Antrag der Mandatsprüfungskommission zustimmt. Das ist der Fall.

Berichterstatter Brückner: Ein dritter Fall. Der erste pfälzische Wahlkreis Ludwigshafen resp. dessen Ortsgruppe Oppau hat gegen ein Schiedsgerichtsurteil vom 18. November 1917, das in Sachen der Genossen Valentin Jacoby III, Heinrich Collignon und Georg Schwarz in Oppau ergangen war, an den Parteitag Berufung eingelegt.

In dieser Berufung ist beantragt worden, das Urteil aufzuheben und auf Ausschluß gegen die drei genannten Genossen zu erkennen.

Der Inhalt der Akten ergab, daß die drei Genossen Gemeinderatsmitglieder in Oppau waren. Im November 1914 beschloß der Verein Oppau, mit vier bürgerlichen Parteien gemeinsam eine Liste aufzustellen. Die drei Ge-

Genannten wurden ebenso wie der größte Teil der bisherigen sozialdemokratischen Fraktionsmitglieder nicht wieder aufgestellt.

Von parteiloser Seite wurde gegen die gemeinsame Liste des Vereins Oppau eine andere Liste, auf der sich die Namen der Genossen J., G., Sch. befanden, aufgestellt.

Die genannten Genossen unternahmen nichts gegen dieses Vorgehen. Ihr Verhalten charakterisierte sich demnach als parteischädlich. Der Bezirksvorstand schloß daraufhin die drei Genannten von der Partei aus. — Auf eingelegte Berufung wurde entsprechend den Bestimmungen des Organisationsstatuts der Partei ein Schiedsgericht eingesetzt, welches am 18. November 1917 den Ausschluß aufhob und den drei Genossen eine scharfe Rüge erteilte.

Die Beschwerdef Kommission schlägt nach erfolgter Untersuchung dem Parteitag vor, die Berufung des Vereins Oppau zurückzuweisen und die Entscheidung des Schiedsgerichts vom 18. November 1917 zu bestätigen und es bei der scharfen Rüge zu belassen.

Wir verkennen nicht, daß in dem Verfahren der genannten Drei ein Verfahren zu erblicken sei, das unter feigen Umständen zu billigen ist und parteischädigend wirken mußte. Angesichts des Umstandes jedoch, daß seit dem Vorgang im November 1914 nahezu 5 Jahre verstrichen sind, ehe der Fall zur Erledigung hier vor den Parteitag kommen konnte, sind wir der Ansicht, daß es bei dem Urteil des Schiedsgerichts sein Bewenden haben kann. Denn wenn damals das Verfahren im Jahre 1915 zum Abschluß gekommen wäre, wäre den Genossen vielleicht die Möglichkeit des Wiedereintritts gegeben. Da irgendetwelche Bedenken seitens der Bezirksleitung gegen den Beschluß der Mandatsprüfungskommission nicht vorgebracht wurden, bitten auch wir den Parteitag, unserem Beschluß beizutreten und damit die Sache für erledigt zu erklären.

Vorsitzender Heinrich Schulz: Die Mandatsprüfungskommission beantragt, daß der Parteitag die von ihr ausgesprochene Rüge auch zu der seinigen macht. Ich bitte diejenigen, die dem Antrag zustimmen wollen, die Hand zu erheben. (Geschloß.) Das ist die Mehrheit. Damit ist der Bericht der Mandatsprüfungskommission erledigt.

Nach geschäftlichen Mitteilungen wird die Sitzung auf Sonnabend, 9 Uhr, pünktlich, verlagt.

Schluß 6 Uhr 32 Minuten.

Fünfter Verhandlungstag.

Sonnabend, den 14. Juni 1919. — Vormittagsitzung.

Vorsitzender Heinrich Schulz eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 15 Minuten. Es ist folgende Erklärung zum Protokoll eingegangen:

„Die Unterzeichneten erklären hiermit, daß sie dem Antrage 202 bei der Gesamtabstimmung deswegen nicht zugestimmt haben, weil bei der Abstimmung über die einzelnen Absätze es nicht gelungen ist, die Absätze 3 und 4 sowie den 2. Teil von Absatz 6 auszumergen. Die Unterzeichneten haben die Überzeugung, daß diese Absätze dazu angetan sind, die erstrebte Einigung mit der U. S. P. zu erschweren.“

Bayer-Bezirk, Maschhoff-Büchel, Loops-Danzig, Wieser-Hamburg, Weder-Thorn, Strelling-Göttingen, R. Vertikus, Schädlisch-Celle, Böse, Engländer-Stralupönen, Davidsohn, Zell-Byd.“

Genosse Bernstein wünscht zu Protokoll zu erklären, daß er sich bei der Abstimmung über den Antrag 244 nebst Zusatzantrag Stagenstein der Stimme enthalten habe. Bernstein möchte außerdem beantragen, über den Antrag 242, der durch jene Abstimmung nach seiner Auffassung nicht erledigt ist, bei gezeigter Gelegenheit ohne Debatte abzustimmen. Ich halte es an sich für geschäftsordnungsmäßig nicht zulässig, daß wir jetzt auf einen erledigten Punkt der Tagesordnung und einen sachlich erledigten Antrag noch einmal zurückkommen. (Sehr richtig!) Ich bitte, daß der Parteitag sich dieser Auffassung anschließt.

Bernstein (zur Geschäftsordnung): Ob ein Antrag erledigt ist oder nicht durch die Annahme eines andern Antrags, der einen ganz andern Charakter trägt, darüber kann man verschiedener Meinung sein. Ich wünsche die Entscheidung dem Parteitag zu überlassen, nachdem er noch einmal die beiden Resolutionen verglichen hat. Er wird dann finden, daß beide einen ganz verschiedenen Charakter tragen. Die eine ist ein Protest gegen die Friedensbedingungen mit einigen Sätzen aus der andern Resolution, die kaum zu einander passen, die andere ist eine grundsätzliche Erklärung zur sozialdemokratischen Außenpolitik. Ich will, wie gesagt, keine Debatte, ich will nur, daß Ihnen Zeit gelassen wird, die beiden Anträge noch einmal zu vergleichen, und daß dann über die Resolution 242 noch einmal abgestimmt wird. Das wünsche ich nicht meinetwegen, sondern der Partei wegen. Ueberlegen Sie es sich sehr genau. Es ist 1915 in der Fraktion ein ähnlicher Irrtum begangen worden, der nicht mir damals geschadet hat, sondern eben der Fraktion. Der Antrag enthält die grundsätzliche Stellungnahme der Partei zur Außenpolitik, und diese ist nicht zur Abstimmung gelangt. Es liegt aber im Interesse der Partei, daß das geschieht.

Vorsitzender Heinrich Schulz: Einen Antrag hat Genosse Bernstein nicht gestellt. Wir können also jetzt vorläufig in der Tagesordnung weitergehen.

Löbe teilt mit, daß fast alle bayerischen Abgeordneten mittags abreisen müssen, weil am Sonntag in Bayern Gemeindevahlen stattfinden, und bittet deshalb, sich darauf einzurichten, daß die Vorstandswahlen bis dahin erledigt sein können.

Auf den Wunsch des Genossen Hoch beruft der Vorsitzende Heinrich Schulz die bisher eingegangene Vorschlagsliste, die lautet:

Gerhard Müller, Otto Wels, Vorsitzende, Friedrich Bartels, Otto Braun, Kassierer. Weitere Mitglieder des Vorstandes: Scheibemann, Mollenhuth, Pfannkuch, Heinrich Schulz, Frau Juchacz. Beisitzer: Adolf Ritter-Berlin, Otto Frank-Berlin, Frau Ihnack-Berlin-Treptom.

Das Wort zur Geschäftsordnung erhält:

Lili-Gersfeld: Das außerordentlich unästhetische Bild, das sich gestern durch den Anstrich auf die Rednerliste abspielte, als Löbe sein Referat halten wollte, ist nicht geeignet gewesen, den Parteitag in seinem Ansehen zu heben. (Lebhafte Zustimmung.) Dabei hat doch nicht die Sache eine Rolle gespielt, sondern die Person. Es handelt sich um ein Thema, zu dem sich außerordentlich viel sagen ließe, aber nach dem großzügigen Referat Löbes auch außerordentlich wenig, wenn man die Sachlage überhaut. Daher ist es ein Anfang, was da getrieben worden ist. Man kann sich zum Wort melden, wenn ein Referat begonnen hat oder fertig ist, aber es scheint, als ob eine ganze Reihe von Genossen unbedingt stützen wollen (Lebhafte Zustimmung), daß es ihnen eben nicht auf die Sache ankommt, sondern auf die Person. Dem muß entgegengetreten werden, damit schließlich auch mal Genossen zu Wort kommen, die tatsächlich etwas zu sagen haben. (Sehr gut! — Zuruf: Ich beantrage, daß die

Rednerliste zur Umwechslung einmal von hinten begonnen wird statt von vorn! — Große Heiterkeit.)

Dr. Gresting-Göttingen: Sie alle werden mit mir den Eindruck gewonnen haben, daß es auf unserm Parteitag eine Opposition gegen die herrschende Richtung gibt. Sie ist klein an Zahl, aber es wäre von der Mehrheit der Partei meiner Ansicht nicht loyal, diese Opposition durch ihre bloße zahlenmäßige Mehrheit zum Schweigen zu bringen. Nun liegt die Sache so, daß die Diskussion über das Referat des Genossen Löbe die einzige Gelegenheit gibt, die überhaupt noch auf dem Parteitag vorhanden ist, sich über die allgemeinen politischen Fragen zu äußern. Ich möchte deshalb einen Appell an die Loyalität des Parteitags richten und den Antrag stellen, daß bei der Diskussion abwechselnd ein Redner, der im großen und ganzen für die Politik der Fraktion sprechen will, zu Wort kommt und dann einer dagegen. (Unruhe und Widerspruch.) Ich sage noch einmal, ich richte einen Appell an die Loyalität der Mehrheit des Parteitags, und ich möchte Ihnen auch raten, im Interesse des Ansehens des Parteitags vor der Arbeiterkraft diesen Antrag anzunehmen, damit nicht der Eindruck entsteht, als ob hier eine Opposition mundtot gemacht werden soll. (Anbauende Unruhe — Ruf: Unsinn!)

Löbe: Die Mitteilung des Genossen Gresting überrascht mich außerordentlich. Von einer Opposition, die, wie es nach seinem Vorschlag erscheinen will, fast wie eine organisierte Opposition aussieht, war bei den Beratungen in der Fraktion und bei unserm Verkehr mit den Genossen bisher keine Rede. Auch dort, wo unsere Meinungen getrennt waren, gab es niemals eine einheitliche Opposition. In der Rätefrage, in der Sozialisierungsfrage, in der Verfassungsfrage standen die einzelnen Genossen bald auf dieser, bald auf jener Seite. Nun bemühen wir uns, auf diesem Parteitag eine Einigung der deutschen Sozialdemokratie herbeizuführen, eine einheitliche Republik, und diesen Parteitag benutzen einige Neulinge (Lebhafte Zustimmung) verbunden mit solchen, denen nur es nie recht machen können (erneute lebhafte Zustimmung), um Sonderkonferenzen abzuhalten, um sich abends besonders zusammenzufinden, und wenn dann 12 bis 20 von 400 Delegierten des Parteitages sich zu diesem Zweck zusammengefunden haben, dann beanspruchen sie, daß ihnen auf der Rednerliste dasselbe Recht eingeräumt wird, wie den übrigen 380 Delegierten. Ich glaube, das Ansehen der Partei und die Förderung unserer Arbeit verbietet, daß wir in dieser Weise verfahren. (Lebhafte Zustimmung.)

Schiller-Gumburg: Sie werden aus meinen Ausführungen am Mittwoch entnommen haben, daß ich auch zur Opposition in dem Sinne gehöre . . . (Zurufe des Genossen Brühme) — man könnte doch auch von alten Genossen erwarten, daß sie den Redner seine Meinung aussprechen lassen — daß ich auch mit der Politik unserer Vertrauensmänner in der Regierung nicht einverstanden bin. Aber ich habe doch zum Ausdruck gebracht, und stehe noch heute auf dem Standpunkt, daß wir nicht hier den Anfang machen sollen zur neuen Spaltung. Wir dürfen nicht in dem Augenblick, wo wir die allgemeine sozialistische Spaltung aus der Welt schaffen wollen, durch Sonderkonferenzen und Fraktionsbesprechungen die neue Spaltung vorbereiten. Wir werden nicht zu einer Einigung kommen, wenn wir hier eine Generalprobe für eine neue Spaltung machen. (Zuruf: Die hat schon halb begonnen.) Mag sein, aber dann dürfen wir zu dem äußersten Mittel, das die Dinge hier in die Luft sprengt, erst dann greifen, wenn wir den positiven Beweis haben, daß es sich hier um eine wirklich organisierte Mundtotmachung der Minderheit handelt, und diese Auffassung habe ich noch nicht. Es ist mangelndes Selbstvertrauen,

wenn wir glauben, wir sind zu schwach, um unsere abweichende Meinung in irgendwelchen Dingen ohne eine solche Organisation durchzusetzen. Ich wenigstens habe mich für stark genug, meine Meinung hier in der Gesamtpartei ohne Fraktionsüberbeteiligung sagen zu können. Ich lehne eine Beteiligung an solchen Sonderkonferenzen ab.

Davidsohn (zur Geschäftsordnung): (Als der Redner die Tribüne betritt, ruft der Delegierte Brüdner ihm zu: Haben wir weiter nichts zu tun? — Zustimmung.) Auch ich will die Zeit des Parteitag nicht unnütz in Anspruch nehmen und auf die gereizten Ausführungen Löbes nicht näher eingehen. Feststellen muß ich aber, daß seit der guten alten Zeit bis vor etwa einer Woche sich Dinge ereignet haben und noch täglich ereignen, die uns den Wunsch aufbrängen, zum Nutzen unserer Sache einmal das Für und Wider organisiert wirken zu lassen. Dieser Parteitag bedeutet doch eine Epoche. Folgen Sie also dem Antrage Grelling, dann werden Sie sehen, daß Sie damit der Partei am besten dienen. (Widerpruch und Beifall.)

Ragenstein (zur Geschäftsordnung): Ich gehöre nicht zur Opposition. Gerade deshalb halte ich es für richtig, wenn wir der Minderheit erweiterte Redegelegenheit entsprechend ihrer Stärke zukommen lassen. (Zuruf: Sie besteht ja nur aus wenigen Mitgliedern!) Eine Spaltungsbewegung ist deswegen nicht zu befürchten. Wir haben in ähnlichen Fällen bei früheren Gelegenheiten wiederholt eine solche Regelung der Debatte, wie sie Grelling wünscht, getroffen, ohne daß Spaltungsbewegungen davon ausgegangen sind. Geben Sie der Opposition reichliche Gelegenheit zur Aussprache, damit man uns später nicht entgegnen kann, wir hätten sie behindert. Lassen Sie bei den Genossen der Opposition keinen Stachel zurück. (Zeitweiser Beifall.)

Vorsitzender Heinrich Schulz: Ich halte es für notwendig, von der Geschäftsführung aus festzustellen, daß wir keine Hand gerührt haben zur Bevorzugung oder Benachteiligung irgendeines Redners. Unbedenklich von uns gehen die Meinungen hier ein, wir kennen die Redner teilweise gar nicht, wissen vor allen Dingen nicht, was sie sagen wollen, so daß von hier aus eine Gruppierung einfach unmöglich ist. Vom Standpunkt einer gerechten Geschäftsführung aus haben wir selbstverständlich auch keine Anordnung über die Reihenfolge der Redner getroffen. Die Mitglieder der Opposition haben es sämtlich in der Hand, sich zu melden, und werden der Reihenfolge ihrer Meldung entsprechend in der Rednerliste verzeichnet. Ein Blick auf die Rednerliste zeigt mir, daß der Genosse Wiestler an dritter Stelle steht. Von dem Genossen Wiestler darf ich wohl annehmen, daß er zur Opposition gehört. (Geisterzeit und Zustimmung.) Ich darf Ihnen also sagen, (zu Wiestler) daß Sie sehr frühzeitig zu Worte kommen werden. Im übrigen kann ich die Meinungen, die die späteren Redner äußern werden, vorher nicht beurteilen, und hebe nur noch einmal ausdrücklich hervor, daß von hier aus keinerlei Beschränkung der Opposition erfolgt.

Mühle: Ich weise darauf hin, daß eine größere Anzahl von Mitgliedern des Parteitages wieder heimreisen muß. Die Genossen werden dort zu bringenden politischen Geschäften gewünscht. Darauf müssen wir Rücksicht nehmen. Folgen wir aber dem Antrage Grelling, dann werden wir am Montag und Dienstag noch hier sein. (Widerpruch und Zustimmung.) Ich beantrage Uebergang zur Tagesordnung. (Davidsohn: Wollen Sie denn überhaupt nicht debattieren?)

Riß-Magdeburg: Ich fordere den Vorsitzenden auf, doch einmal festzustellen, wer sich denn überhaupt zur Opposition rechnet. (Geisterzeit.)

Vorsitzender Heinrich Schulz: Es liegt kein Antrag des Genossen Mühl vor. (Zuruf Davidsohn: Sie brauchen ja nur noch einmal in so schöner Art wie gewöhnlich die Namen der 20 Delegierten zu verlesen!) Gestern war ich zu der Verlesung aus geschäftsordnungsmäßigen Gründen gezwungen und verlese daher den gereizten Zuruf des Genossen Davidsohn nicht. (Davidsohn: Lassen Sie sich diese famose Erfindung patentieren!) Wir schreiten in der Tagesordnung weiter. Ich habe zunächst die Unterstützungsfrage für die Anträge zu stellen, die sich auf den Bericht der Fraktion der verfassunggebenden Nationalversammlung beziehen. Einige dieser Anträge sind schon durch vorhergegangene Beschlüsse erledigt worden.

Der Antrag 109 durch Annahme des Antrages 228, der Antrag 115 durch Annahme des Antrages 223, Absatz 2. Durch frühere Beschlüsse erledigt ist der Antrag 183 und durch eine Regierungsvorlage ist sachlich erledigt der Antrag 184, endlich sind noch Antrag 229 und Antrag 253 erledigt durch Antrag 231. Die weiteren zahlreichen Anträge werden wir am besten wieder gruppieren. Eine Anzahl Anträge beschäftigt sich mit der Einheitsrepublik. Dahin gehören: 101, 110, 113, 210 und 213. Eine weitere Reihe betrifft die Doppelmandate: 30, 47, 48, 49, 56 bis 59, 64, 71 und 204. Fragen der Beamtenschaft betreffen die Anträge: 97, 107/108 und 257. Ernährungsfragen im weitesten Sinne behandeln die Anträge 72, 75, 78—80, 85, 168/169, 201, 6, 212, 230, 248 und 255. Die nächste Gruppe betrifft die Sozialisierung: 89, 91, 164, 186, 1—7, 188, 231. Fragen der sozialen Gesetzgebung betreffen die Anträge 83—88, 92, 98, 211, 222. Gemäß dem bisherigen Brauche stelle ich die Unterstützungsfrage für diese Anträge nicht, weil sie wegen ihrer Zahl verunmüßigt genügend unterstützt sind. Der Parteitag ist damit einberufen. Für jede der genannten Gruppen können wir nunmehr aber nur je einem Redner die erweiterte Redezeit gewähren. Auch damit ist der Parteitag einberufen.

Genossin Juchacz (zur Geschäftsordnung): Der Vorsitzende hat den Antrag 106 irtümlich als erledigt bezeichnet durch Annahme des Antrages 62. Der Antrag 106 gehört aber zu dieser Gruppe. Ich bitte ihn mit zur Verhandlung zu stellen.

Vorsitzender Heinrich Schulz: Wir werden dem Wunsch der Genossin Juchacz gern entsprechen.

Thielemann-Düsseldorf: Auch hier ist ein Irrtum passiert, indem durch den Antrag 231 auch der Antrag 253 als erledigt erklärt worden ist. 253 will etwas ganz anderes als 231.

Vorsitzender Heinrich Schulz: Wir können den Antrag mit zur Diskussion stellen. Jetzt kommt eine Reihe von Anträgen, die nicht zu den Gruppen gehören, bei denen ich die Unterstützungsfrage einzeln stelle. Die Anträge Nr. 65, 66, 67, 70, 73, 76, 77, 90, 93, 94, 99, 100, 103, 104, 105, 111, 112, 114, 116, 118, 119, 166, 174, 179, 180, 181. Absatz 7, 196, 200, 223, Absatz 1 und 3, 226 finden sämtlich ausreichende Unterstützung. Damit sind, soweit ich es übersehen kann, sämtliche zum Fraktionsbericht gehörigen Anträge erledigt worden, und sie stehen sämtlich mit zur Debatte. Wir treten nunmehr in die Debatte ein.

Schnecker-Damburg: Ich glaube, meine Pflicht als Delegierter nicht zu erfüllen, wenn ich nicht zum Ausdruck bringe, daß große Teile unserer Mitgliedschaft mit der Arbeit unserer Fraktion in der Nationalversammlung außerordentlich unzufrieden, zum Teil recht verärgert sind, weil ihnen die

Resultate dieser Arbeit nicht genügen, weil sie der Meinung sind, daß auf manchen Gebieten schon etwas hätte geleistet werden können, auf deren noch nichts geleistet ist, und auf manchen Gebieten die Fraktion und die Regierung allzu zaghaft an die Dinge herangegangen sind. Ich will damit sagen, insofern gehen wir und gehöre auch ich zur Opposition. Aber wer nicht nur agitatorisch tätig ist, und wenn es nicht nur auf die Agitation ankommt, sondern wer die Pflicht und die Möglichkeit hat, praktisch daran mitzuarbeiten, den bisherigen Staat umzuwandeln in einen demokratischen, wer daran mitzuarbeiten hat, die bisherige kapitalistische Wirtschaft in eine sozialistische umzuwandeln, der wird zugeben müssen, daß eine ganze Reihe Schwierigkeiten nicht nur in den äußeren Parteiverhältnissen begründet liegen, in der Zusammensetzung der Nationalversammlung, sondern daß eine ganze Reihe Schwierigkeiten in den Dingen selbst liegen, und daß diese Schwierigkeiten auch dort bestehen, wo, wie es bei uns in Hamburg der Fall ist, wir die glatte Mehrheit in unserer gesetzgebenden Körperschaft haben.

Ich will auf diese Schwierigkeiten nicht weiter eingehen. Indessen unterliegt es keinem Zweifel, daß wir bei den Konzeptionen, die wir innerhalb der Koalitionsregierung den anderen Parteien machen müssen, unter Umständen Gefahr laufen und vielleicht zum Teil schon gelaufen sind, das Vertrauen der großen Masse unserer Anhänger zu verlieren. (Hört, hört!) Ich fürchte nicht, daß die bürgerlichen Parteien leichten Herzens diese Koalition von ihrer Seite aufgeben, und ich glaube deshalb, daß wir manches Mal doch etwas Kühner auf den Leib rücken sollten, und die Frage, ob die Koalition unter allen Umständen bestehen bleiben soll, von ihnen beantwortet werden muß. Inwiefern Kompromisse in der Reichsgesetzgebung die einzelnen Gliedstaaten hindern können, mehr zu leisten, als sie ohne das Reich zu leisten imstande wären, dafür möchte ich nur ein Beispiel anführen.

Es ist uns ein Entwurf der neu zu schaffenden Verfassung überreicht worden. In diesem Entwurf verweise ich nur auf die Bestimmungen, die die Schulfraße und die Kirchenangelegenheiten regeln sollen. An sich ist es ja ein riesiger Fortschritt, daß zunächst einmal auf dem Gebiete des Schulwesens überhaupt reichsgesetzlich etwas geregelt werden soll, und ich bin überzeugt, daß in manchen Gebieten Deutschlands durch das, was hier niedergelegt worden ist, erhebliche Fortschritte erzielt werden. Aber was hier niedergelegt worden ist, wird, wenn wir beispielsweise in Hamburg diese Verfassung für uns als maßgebend anerkennen müssen — und das müssen wir ja —, für uns unter den heutigen Verhältnissen schon in mehr als einer Beziehung ein Rückschritt sein. Es würde für uns eine Pessel sein, wenn wir jetzt daran gehen, ein neues Unterrichtsgesetz für Hamburg zu schaffen.

Mir ist als Mitglied der Hamburger Oberschulbehörde die Aufgabe geworden, mitzuarbeiten, ein neues Unterrichtsgesetz zu schaffen. Aber was wir dort zu bewerkstelligen und vorgekommen haben, wird uns unendlich gemacht durch einzelne Bestimmungen, die in der Reichsverfassung niedergelegt worden sind. So steht in der Verfassung, daß für die Volksschulen ein achtkjähriger Lehrgang maßgebend sein soll. Das ist für manche Landesteile zweifellos ein Fortschritt. Es würde aber in Hamburg möglich sein, den neunjährigen Lehrgang durchzusetzen. Wenn die Bestimmungen wenigstens so lauten würden, daß „mindestens“ ein achtkjähriger Lehrgang für die Volksschule maßgebend ist, so würden unsere Bedenken ja hinfällig sein. Ich weiß nicht, ob diese Auslegung zulässig ist.

Weiter sollen nach dem Entwurf die Privatschulen aufrecht erhalten werden können. Ich bin der Meinung, daß wir das Privatschulsystem, wenn

auch nicht mit einem Male, so doch allmählich abbauen müssen, weil die Privatschulen den einheitlichen Aufbau des Einheitschulsystems erheblich zu stören geeignet sind. (Sehr richtig!)

Was die Religionsfrage anlangt, so haben wir in Hamburg durch Verordnung des Arbeiter- und Soldatenrats die Abschaffung des Religionsunterrichts als Lehrgegenstand in der Schule erreicht. (Bravo!) Wir könnten ohne große Schwierigkeiten in unserem neuen Unterrichtsgesetz bestimmen, daß der Religionsunterricht kein Lehrgegenstand der allgemeinen Volksschule ist. Durch die Bestimmung der neuen Reichsverfassung gewinnt das Zentrum, das bei uns keine Bedeutung hat, Einfluß auch auf diese Dinge, und deshalb müssen wir von unserer Fraktion verlangen, daß sie alles daran setzt, daß diese Bestimmung so formuliert wird, daß in den Einzelstaaten die Möglichkeit besteht, daß über das, was hier als Mindestforderung in der Verfassung festgelegt ist, hinausgegangen werden kann, so daß wir nicht gehindert werden, dort, wo es möglich ist, durch die Gesetzgebung in den einzelnen Ländern den Religionsunterricht als Lehrgegenstand aus der Schule auszuschalten.

Wir wünschen ferner, daß die Fraktionen sich energisch dafür einsetzen, daß das Berechtigungswesen baldigt neu geordnet und mit dem Einjährig-privileg ausgeräumt wird, damit wir in den Einzelstaaten daran gehen können, unser Unterrichtswesen neu zu ordnen. Denn die Massen stehen hinter uns und verlangen, daß wir Resultate zeitigen. (Bravo!)

Nähe-Näherungen: Genosse Löbe hat es in seinem Referat als Janner bezeichnet, daß wir nicht schon zu Beginn dieses Jahres zu einer einheitlichen deutschen Republik gekommen sind und hat den Parteitag aufgefordert, einen lauten Ruf ins Land erschallen zu lassen, daß wir Sozialdemokraten auf alle Fälle für die einheitliche deutsche Republik sind. In der Tat, es ist eine Unterlassungssünde, daß wir nicht schon in der Begeisterung der Novembertage zu der Einheitsrepublik gekommen sind. Diesen Fehler müssen wir gutmachen und alles daran setzen, um dieses Ziel zu bewerkstelligen. Wir müssen diesen Gedanken so viel wie möglich propagieren, besonders in den einzelnen Gliedstaaten, die jetzt schon wirtschaftlich oder geographisch miteinander verbunden sind, daß sie sich jetzt schon nach dem Vorbilde Großhüringens zusammenschließen. Ein Moment der Ablehnung aus wissenschaftlichen Gründen ist wohl kaum vorhanden, vielmehr bin ich der Meinung, daß es häufig eine finanzielle oder gesellschaftliche Kründe einzelner Minister oder höherer Beamten ist, die sie einem solchen Zusammenschluß mit Vorurteilen gegenüberstellen läßt. So ergänzen sich z. B. Oldenburg und Bremen sehr gut, Bremen ist ein Industrie-land, Oldenburg ein Agrarland. Bremen ist ohne weiteres bereit zu einer Verschmelzung mit Oldenburg, in Oldenburg wollen zwar unsere Parteigenossen zum größten Teil diese Vereinigung, aber nicht die deutschen Demokraten und das Zentrum. Letzteres macht keinen Hehl daraus, daß es deshalb dagegen ist, weil nach einem Zusammenschluß die Sozialdemokraten die Mehrheit hätten. Der Parteitag muß also allenfalls unseren Genossen in den Regierungen und in den Parlamenten zur Pflicht machen, in diesem Sinne zu wirken. Ich bitte Sie, eine Entschliebung anzunehmen, wie sie der Antrag 101 vorsteht.

Ich habe ferner die nicht gerade dankbare Aufgabe, ein Wort für die Welsprache zu sprechen. Es wäre gewiß sehr gut gewesen, wenn die Soldaten in den Schützengräben eine einheitliche Sprache gesprochen hätten, manches Unheil wäre dadurch vermieden worden, und der Krieg hätte vielleicht sehr abgekürzt werden können. Daher bitte ich Sie, dem Antrag 102 freundlich gegenüberstehen zu wollen.

Weiter ein Wort zu den Anträgen 99 und 100, die die Fraktion der Nationalversammlung auffordern, dafür einzutreten, daß die fiskalischen Eigenschaften, Flugplätze, Exerzierplätze, Kasernen, Festungsanlagen usw. nicht der privaten Spekulation ausgeliefert, sondern dem Allgemeinwohl in erster Linie, vielleischt zu einem Vorkaufserwerb den Kommunen überwiehen werden. Wir denken uns, daß die Exerzier- und Flugplätze in erster Linie als billiges Baugelände, als Gemüse- und Kartoffelfeld dienen können. Deshalb sind diese Anträge wohl berechtigt. Wir haben in Wilhelmshaven-Rüstringen eine ganze Anzahl von Kasernen, die leer stehen, weil das Militär bedeutend reduziert ist. Die Marine hat aber ihre Bureaus nicht in diesen Kasernen, sondern in privaten Mietshäusern, für die der Staat eine hohe Pachtsumme zahlen muß. Das ist ein Widerspruch. Dazu kommt, daß in Rüstringen-Wilhelmshaven eine trasse Wohnungsnot ist. Hunderte von Familien haben kein menschenwürdiges Obdach. Es darf aber niemand in die Kasernen ziehen. Alle Schritte gegen diese Zustände haben bisher nichts genützt. Ich möchte die Aufforderung an den Reichswehrminister richten, daß er diese Gesellschaft aus den Käufern hinausdrift, in die sie nicht gehört. Auch die Fraktion bitte ich, in diesem Sinne zu wirken. Dann wird es gelingen, den Unabhängigen manches Wasser von den Röhren zu nehmen, und manches Weh und Ach, das uns in den letzten Monaten geplagt hat, wäre in diesem Punkte zu kurieren.

Hierher: Hamburg: Ich weiß, daß ein großer Teil der Versammlung mir mit einer Stimmung der inneren Abwehr entgegensteht. (Zuruf: Einbildung!) Ich weiß auch, nach den Vorgängen, daß das nicht der Grund ist, auf dem eine Verständigung in irgendeiner Weise erfolgen kann. Ich weiß auch, daß der Ruf zur Sammlung, der von mir ausging, nicht dazu beigetragen hat, diese Stimmung der inneren Abwehr zu beseitigen. (Unruhe. Zuruf: Größenwahn!) Ich bitte Sie, mich ruhig ausreden zu lassen. Ich weiß auch, daß es in solchen Punkten eine Grenze gibt, die Grenze, wo die innere Ueberzeugung einen Menschen zwingt, für eine Sache, die er für gefährlich hält, auch das Letzte zu tun. (Bravo! und Sehr richtig!) Ich bitte Sie, das nicht zu vergessen. Ich möchte ferner etwas richtigstellen. Es ist mir wiederholt der Vorwurf gemacht worden, ich hätte im November vorigen Jahres meinen Anschluß verpaßt und sei in eine verfehlte Partei gekommen. (Sehr richtig!) Das ist nicht sehr richtig. Ich stehe seit 1909 als Lehrer mit der Parteiarbeit in Verbindung und bin seit 1912, zu einer Zeit, als es wohl gefährlich war, für die Partei zu arbeiten (Lachen) und sich offen dazu zu bekennen, Mitglied der Partei. Ich muß das sagen, um einer Vegenendbildung vorzubeugen. Ich halte es für leichtfertig, wenn man mit dem Wort: Gehen Sie doch! so leicht umgeht. (Sehr wahr!) Die Zeiten, in denen wir Leute gebrauchen, die aufrechten Mutes zu ihrer Partei stehen und zu dem, was sie für richtig erkennen, die werden kommen. Schwere Zeiten stehen uns bevor. Wollen Sie, daß die, die aufrechten Mutes zu ihrer Ueberzeugung und zu der Partei stehen, obwohl sie eine andere Auffassung innerhalb der Partei haben, wollen Sie zu denen leichten Herzens sagen: Gehen Sie nach links? (Rufe: Nein!) Ich sage, das wäre leichtfertig. Und damit sollen wir uns vorsehen. Ich habe es für nötig erachtet, diese Dinge zu sagen. Ich würde jedem Zusammenschluß entgegenstehen, der unsere Partei zersplittern würde. (Bravo!) Wenn das nicht der Fall wäre, dann wäre ich doch längst gegangen. Wenn nicht die Partei mich hielte, zu der ich in der Zeit der Not gehörte, dann ginge ich doch. Wir haben uns zusammengeschlossen, um unsere Stimmung hier zum Ausdruck zu bringen, die in weiten Kreisen Stimmung der Masse ist, und das müssen Sie uns gestatten, dazu müssen Sie uns auch Zeit geben. (Rufe: Zur Sache!) Der Genosse Löbe hat sein Referat sachlich klar, deutlich und ohne

jede agitatorische Spitze gehalten. Wären solche Referate hier von Anfang an gehalten worden, dieser Streit wäre nicht gekommen. Was wir beklagt haben, ist, daß in den Referaten nicht die Sachlichkeit, sondern eine Empfindlichkeit, eine Erregung, eine Gefühlstimmung war. Gegen diese Gefühlstimmung wandten sich auch die, die uns beauftragt haben, hier zu sprechen. Aus den Ausführungen des Genossen Löbe ging hervor, daß auch in der Fraktion der Kampf ist, der draußen im Lande unter den Genossen ist, daß die Fraktion ein Bild unserer Partei gibt, daß es auch da ein Hüben und Trüben gibt, daß dieselben Streitpunkte wie draußen eine Rolle spielen, diese Streitpunkte nämlich der absoluten Demokratie oder der Machterhaltung, der Machterweiterung zur Durchsetzung der politischen Rechte. Und hier möchte ich Stellung nehmen zu den Freiwilligenkorps. Wir stehen nicht grundsätzlich gegen die Organisierung der militärischen Macht. Wir stehen grundsätzlich gegen dem Boden von Marx, daß in der Uebergangszeit die staatliche Gewalt eine Rolle spielen wird. Wogegen wir uns wenden, ist, daß diese Maschinerie sich mehr nach links als nach rechts wendet (Bravo!), daß diese reaktionären Freikorps für uns eine Gefahr bedeuten in dem entscheidenden Moment, da wir abzurechnen haben mit denen von rechts. Ich befinde mich in guter Gesellschaft, wenn ich diese Gefahr klar und deutlich sehe, in der Gesellschaft des Genossen Scheidemann, dessen Wortruf: Seid bereit! und dessen Anklage und klare Gegnererschaft gegen die Reaktion so prächtig und deutlich zum Ausdruck kam. (Pannschuß: Ha! so!) Diese Gegnererschaft hat sich aber nicht in den Referaten der ersten Zeit so gezeigt. Die Sache liegt so: es gibt bestimmte Dinge, die zwangsläufig sind in der Entwicklung, und zu diesen zwangsläufigen Dingen gehört, daß wir die Organisierung der Arbeit in immer weiterem Maße betreiben müssen. Diese Zwangsläufigkeit besagt ferner, daß diese organisierte Arbeit ernsthaft unbedingt darauf drängen muß und daß es der organisierten Arbeiterschaft gesichert werden muß durch Machterhaltung zur Sicherung der wirtschaftlichen Demokratie. Insofern stehen wir auf dem Boden, die Machtmittel des Militärs, wie Koske das auch will, nicht aus unseren Händen zu geben. Aber wir fürchten, daß sie schon längst in anderen Händen sind. (Sehr richtig!) Sie sehen die Tatsache einer ungeheuren Unzufriedenheit draußen im Lande, einer Unzufriedenheit, der vielleischt aus Verantwortlichkeitsgefühl hier nicht so klar und deutlich Ausdruck gegeben worden ist, ein wachsender Glaube an die Notwendigkeit, der politischen Demokratie die Sicherung zu geben, durch Anwendung der Gewalt, unserer Macht. Das ist es, was draußen ist. Dies Wachsen ist unaufhaltbar. Es wird jeden niederkämpfen, der sich ihm entgegenstellt, und die Genossen aus der Werkstatt sind es, und nicht wir, die wir nicht Arbeiter sind, die diese Entwicklung tragen werden. Es handelt sich nun, die Wege festzustellen und zu beschreiten, die in das Land der sozialen Gesellschaft führen, um den Ugrund aller Leiden der Arbeiterklasse, die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu beseitigen. Da liegt der Widerspruch. Draußen gärt und brodet und kocht es, die Masse ist unruhig. Nach wissen wir nicht, was die nächste Zeit bringt. (Sehr richtig!) Dunkel liegt sie vor uns, wir können nicht alle Bahnen abschneiden, um im gegebenen Moment bereit zu sein. Die Arbeiterschaft erlebt täglich Dinge, die ihr unfassbar erscheinen, und weil die Koalitionsregierung nicht in der Lage ist, weil sie mit gebundenen Händen und Füßen infolge der Koalition keine berufsfähige Wirkung schaffen kann, so taucht — sehen Sie doch mal die Zeitungen außer dem „Vorwärts“ an — in allen wirklich bedeutenden sozialistischen Zeitungen der Glaube an die Notwendigkeit eines rein sozialistischen Ministeriums auf. Ich weiß, solange wir keine Einigung haben, ist dies sozialistische Ministerium un-

das Bedürfnis der Bevölkerung nach einer höheren Lebensform, das hinter möglich. Und daher bedauere ich so unendlich tief, daß die vom Parteitag angenommene Resolution zwar nicht die Eingung unmöglich macht, aber gehörige Felsblöcke in den Weg der Eirigung gewälzt hat. (Stunde des Präsidenten.) Ich habe 20 Minuten Redezeit, da ich einen Antrag begründe.

Vorsitzender Vize: Es ist richtig, der Genosse Bießer hat 20 Minuten Redezeit, weil er einen Antrag begründen will, er hat aber zu dem Antrag noch kein Wort gesagt.

Bießer (fortfahrend): Das ist die Sechstage, die sich besonders auch in der Ernährungsfrage gezeigt hat. Während der Hunger durch die Arzlierviertel geht, die Kindersterblichkeit, Tuberkulose, diese echte Proletarietkrankheit, zunehmen, lebt man in den Vierteln der Reichen nach wie vor aus dem Vollen. Das sieht der Arbeiter; während Not und Elend in seinen Reichen trotz der höheren Löhne wachsen, nehmen auf der anderen Seite Samsterei, Ausbeutung, Wucher zu. Das sieht der Arbeiter, und die Regierung hat nicht Kraft genug, dagegen eine soziale Gesetzgebung durchzuführen. Der Antrag Braun kann hier wohl nach meiner Auffassung die Grundlage bilden, auf der wir uns einigen können. Ich bin Bauernsohn und habe noch Verbindung mit dem Lande. Ich kann deshalb die Verhältnisse aus eigener Anschauung beurteilen. Die Kernfrage ist: wie erfassen wir die Lebensmittel, heintächtigen aber dennoch nicht die Arbeitsfreudigkeit? Bedenken Sie, daß ein Teil der Bauern auf dem Lande seine Haupteinnahme aus der Verwertung seiner Arbeitskraft zieht. Wie weit dürfen wir ihn dabei unterstützen, wo müssen wir ihm entgegengetreten, da, wo er sich als Ausbeuter durch Kauf der Arbeitskraft zeigt. Danach müssen wir auch die Bestimmung der Preise messen. Denn in gewissem Sinne ist auch er Ausbeuter. Die Polizeimaßnahmen zur Erfassung der Lebensmittel haben völlig versagt. Das System der Selbstversorgung ist völlig zusammengebrochen, auch das Rationierungssystem auf dem Lande hat sich als völlig untauglich erwiesen. Der Bauer, der sich an die Rationierungsvorschriften gebunden hätte, wäre innerhalb dreier Wochen zur Schließung seines Betriebes gezwungen gewesen. (Beifall.) Der Bauer, der die Versorgungsvorschriften für das Getreide beachtet hätte, wäre gezwungen gewesen, seine Pferde auf die Weide zu treiben und seinen Acker brach liegen zu lassen. (Beifall.) Die Regierungsvorschriften sind einfach aus Notwendigkeit überschritten worden. Daraus sind alle die anderen Unrechlichkeiten erwachsen. Keine Erfassung durch die Volksgarde, wie sie hier jemand verlangt hat, keine Landespolizei kann uns aus der Notlage herausbringen. Rettung ergibt allein die Organisation. Deshalb schlage ich vor: die Lebensmittelversorgung darf nicht mehr in der bisherigen Weise vorgenommen werden. Aber man darf auch nichts drunter und drüber gehen lassen, wie das jetzt der Ernährungsminister tut. Das ist empörend; läßt man, wie jetzt, den Dingen freien Lauf, dann ist der sozialistische Bauer und Landarbeiter in seinem Willen, eifrig zur Volksernährung beitragen zu helfen, völlig aufgefressen. Ich lebe in einer Landgemeinde, in der bereits die sozialistischen Bauern und Landarbeiter auf der einen Seite, die Großbauern auf der anderen stehen. Aber niemand magt, gegen den Stachel zu läden, weil er den Popkott befürchtet. (Hört, hört!) Wir verlangen die Aufhebung der Selbstversorgung und eine gleichmäßige Verteilung der Lebensmittel für Stadt und Land. Wenn der Bauer nicht folgen will, dann gibt es nur eine Strafe für ihn, mit der man ihn wirklich treffen kann: Enteignung. Wer seine Pflicht durch Bewahrung seines Bodens und Herausgabe der Ernte im Interesse der Allgemeinheit nicht erfüllt, dem müssen wir den Boden, sein Produktionsmittel, ent-

eignen. Lassen Sie sich nicht über die Stimmung auf dem Lande und stimmen Sie meiner Resolution zu. Genossen und Genossinnen, wir mußten uns hier von den Genossen Heine und Moskale als Dummköpfe hinstellen lassen, die die Dinge nicht übersehen. Aber wenn die Genossen hier so demonstrativ zum Ausdruck brachten, daß nur von ihnen die Hilfe kommen kann, daß sie nur wissen, wie es recht zu machen ist, uns geradezu den Stuhl vor die Tür setzen, so sollten wir doch sagen: bitte sehr, reisende Leute soll man nicht aufhaken. (Vereinzelter Beifall.)

Vorsitzender Vize: Es ist der Geschäftsführung nicht bekannt, daß hier gegen den Genossen Bießer oder gegen irgendeinen anderen Genossen das Wort Dummkopf gefallen ist. Diese Bemängelung des Genossen Bießer ist also unsinnhaft.

Beifall: Sie werden es verstehen, daß es mich drängt, zu sagen, weshalb wir wirtschaftlich nicht das erreicht haben, was bei Ausbruch der Revolution erwartet wurde. Es wird behauptet, daß gerade die Nichterfüllung unseres Wirtschaftsprogramms den Linksmarsch verursacht hätte. (Sehr richtig!) Deshalb halte ich mich für verpflichtet, einmal eingehend die Ursachen für den langsamen Vortschritt der Wirtschaftsteform darzulegen. Das geht natürlich nicht innerhalb der Redezeit von zehn Minuten. Sie müssen mir schon gestatten, daß ich länger spreche, sonst läßt sich keine gründliche Untersuchung anstellen. (Lebhafte Sehr richtig!) Politische, wirtschaftliche und ethische Momente haben die Durchführung der Sozialisierung verhindert. Meine Ausführungen darüber mache ich natürlich nicht in amtlicher Eigenschaft. Diese soll mich nicht abhalten, die Dinge so darzustellen, wie sie sind. Ich spreche als Parteigenosse und will sagen, was ist. (Lebhafte Beifall.)

Ich wende mich zu den Geminnissen politischer Natur

Wir verlegten die Nationalversammlung nach Weimar, weil wir nach außen und innen zum Ausdruck bringen wollten, daß Deutschlands Politik fortan von dem Geist Weimars erfüllt sein würde. Ich will nicht untersuchen, in welchen Taten die Nationalversammlung dem Weimarer Geist gerecht geworden ist. Aber ich muß doch feststellen, daß das Ansehen der Nationalversammlung im Volke deswegen geringer geworden ist, weil sie den Erwartungen des Volkes nicht entsprochen hat. (Lebhafte Beifall.) Ich glaube, daß die Nationalversammlung in der Beschichte bereinigt fortleben wird als die zweite Auflage der Nationalversammlung von 1848. (Zustimmung.) Der Geist von 1848 hat wenigstens später die deutsche Politik befruchtet. Hoffen wir, daß man das auch einmal von der jetzigen Nationalversammlung sagen kann. (Zustimmung.)

Was hat die Regierung getan, was hat sie überhaupt tun können? Das ist die Hauptfrage. Es ist im Februar ein Programm vereinbart worden, aber es ist ein Kompromißprogramm mit allen Schwächen (Lebhafte Sehr richtig!) und macht in den entscheidenden, namentlich in den für mich in Betracht kommenden Fragen wirtschaftlicher Art die Koalitionsregierung oft fast handlungsunfähig. (Lebhafte Hört! hört!) Trotz der Revolution sieht sich das Volk in seinen Erwartungen enttäuscht. Es ist nicht das geschehen, was das Volk von der Regierung erwartet hat. Wir haben die formale politische Demokratie weiter ausgebaut. Gewiß! Aber wir haben doch nichts anderes getan, als das Programm fortgeführt, das von der Kaiserlich Deutschen Regierung des Prinzen Max von Baden schon begonnen worden war. (Lebhafte Zustimmung.) Wir haben die Verfassung fertiggestellt ohne tiefere Anteilnahme der Bevölkerung. (Zuruf: Gebt ihr was zu essen!) Wir konnten

dem dumpfen Grollen der Massen steht, nicht befriedigen, weil wir kein richtiges Programm hatten. Das sage ich auch für die Partei; auch heute fehlt es uns.

Was ich hier sage, trifft mich natürlich in dem gleichen Maße wie jedes andere der Regierungsmitglieder auch. Es ist Selbstkritik, die ich hier übe. Wer gerade weil ich mich von dieser Kritik nicht ausschließe, kann ich um so offener aussprechen, daß es uns an dem Geist und an den Ideen gefehlt hat, mit denen wir Herz und Seele des Volkes wecken konnten. (Beifall.) Wir haben im wesentlichen in den alten Formen unseres staatlichen Lebens regiert. Neuen Geist haben wir diesen Formen nur wenig einhauchen können. Wir haben die Revolution nicht so beeinflusst können, als das Deutschland von einem neuen Geist erfüllt erschiene. Das innere Wesen der deutschen Kultur, das gesellschaftliche Leben erscheint wenig verändert. Vieles hat nicht zum Besseren. (Lebhafte Zustimmung.) Und das Volk glaubt, daß die Erregungseigenschaften der Revolution lediglich negativen Charakter haben, daß an die Stelle einer militärischen und bürokratischen Herrschaft einzelner nur eine andere getreten ist, und daß sich die Regierungsmaximen im Wesen nicht von denen des alten Regimes unterscheiden. (Sehr richtig!)

Das liegt zum Teil an der Koalition. Sie bewirkt Hemmungen und mangelnde Einheitlichkeit und das läßt auch die Regierung, in ihrer Gesamtheit betrachtet, trotz des ehrlichen Willens jedes einzelnen in der Regierung, nach außen hin vielfach zweideutig erscheinen, oft mehr sogar noch als die früheren Gewalten zweideutig erschienen sind. Uns fehlt die innere Geschlossenheit. Das Volk steht nicht geschlossen hinter der Regierung.

Ich glaube, die Geschichte wird wie über die Nationalversammlung auch über uns in der Regierung hart und bitter urteilen. (Sehr richtig!)

Ich habe noch nicht den Glauben verloren, daß es uns gelingen könnte, innerhalb Deutschlands die Geschloffenheit herzustellen, deren es in einer solchen Schicksalsstunde bedarf. Wenn es nicht gelingt, die heute, ich möchte sagen, mehr denn je, auf das Materielle gerichteten Anschauungen aller Kreise des Volkes zurückzudrängen, dann werden wir schweren und ersten und bitteren Zeiten entgegengehen. (Zustimmung.)

Daß bisher unser ganzes wirtschaftliches Leben vom Profitstreben beherrscht war, ist ja jedem klar, und es mehrten sich die Kräfte, die Erwerbstrieb und Eigennutz auch für die Zukunft für unser inneres Leben entscheidend sein lassen wollen. Es ist doch wahrlich kein Zufall, wenn die Anhänger der alten Wirtschaft sich stärker als je regen, wenn sich hinter den Kulissen ein Kampf abspielt, von dem die wenigsten etwas ahnen, der sich in der Gegenüberstellung weniger Namen ausdrückt, der nicht die private Meinungsverschiedenheit einzelner über wirtschaftliche Dinge widerspiegelt, sondern der emporschlauernde Gegensatz zwischen gemeinwirtschaftlich-sozialistischer Wirtschaft und der alten Wirtschaft des freien Spiels der Kräfte ist. Mit allen Mitteln wird in diesen Kampf einzugreifen versucht. Jetzt oder nie, so heißt es heute in der bürgerlichen Presse. (Sehr wahr!)

Täuschen wir uns über unsere Macht und über das, was wir erreichen können, nicht. Nur unter dem Eindruck der Berliner Straßenkämpfe haben wir das Sozialistengesetz durchgedrückt. (Lebhafte Zustimmung.) Und jetzt, nach dem Zusammenbruch der Münchener Käserregierung, da holen die Anhänger der alten Wirtschaft zum neuen entscheidenden Vorstoß aus. (Zustimmung.) Und dieser Kampf — und da übe ich auch Kritik an unseren Arbeitern, ich scheue mich auch nicht, Ihnen das zu sagen, was Ihnen gesagt werden muß — dieser Kampf wird diesen Kräften erleichtert, weil auch breite

Massen der Arbeiterschaft vom Profitstreben angezogen sind (Lebhafte Zustimmung), weil sie im Sozialismus nur die ökonomische Besserstellung, nicht aber auch das sittliche Prinzip erkennen. (Erneute lebhafte Zustimmung.) Daran sind wir auch mit schuld. (Sehr wahr!) Wir haben in unserer ganzen Agitation ausschließlich die ökonomischen Triebkräfte des Sozialismus betont, nicht aber die Elemente der Ethik, die doch auch in ihm liegen. Ich sage, wir sind mit schuld, wir sind nicht allein schuld.

Wenn heute die sittlichen Prinzipien so in den Hintergrund gedrängt werden, wenn so sehr das auf das Materielle gerichtete Streben in den Vordergrund tritt, so durch die ausschließliche Betonung des Erwerbstriebs in der Kriegsarbeit der Heimat. An der Moral mit doppeltem Boden lag es, die sich als die Regierungsmaxime im Kriege herausgebildet hat. Wo es sich um Leib und Leben gehandelt hat, da galt der Sozialismus, da forderte die Gesamtheit das Eintreten des einzelnen für die Gesamtheit; und wo es sich im Innern des Landes um Geld und Gut handelte, da galt der Individualismus, da meinte man, mit Gewinnanreiz den einzelnen betraffen zu müssen, in der Heimat die Pflichten dem Volke gegenüber zu erfüllen. (Sehr richtig!) Dort Pflichterfüllung und hier Erwerbstrieb! Dort Altruismus und auf der anderen Seite Egoismus als Grundlage der Kriegsbetätigung!

Den Krieg, der bei so vielen Hunderttausenden zum Tode geführt hat, der unsagbares Elend über weite Teile der Bevölkerung gebracht hat, den hat man für andere zu einer glänzenden geschäftlichen Konjunktur im Innern werden lassen. (Lebhafte Zustimmung.) Und wer will es denn da den Arbeitern verübeln, wenn sie das tun, was die Unternehmer die ganze Kriegszeit hindurch treiben durften? Profitgier und Gewinnstreben waren während der Kriegszeit sorgsam behütete Triebfedern zum wirtschaftlichen Handeln. Warum soll es denn nun heute, wo es sich um die Arbeiter handelt, anders sein?

Und doch glaube ich an den guten Kern im Volke. Wir sehen es gerade jetzt wieder im Rheintand. Die Arbeiter stehen auf unserer Seite, die wollen zum Reich gehören, die haben das Gefühl der Zusammengehörigkeit, und diejenigen, die im West sind, die fliehen und wollen fort.

Ich sagte schon, daß hinter dem dumpfen Grollen der Massen ein instinktives Drängen nach höheren Lebensformen steckt. Hinter diesem dumpfen Grollen, da wirken Ideen, noch unausgesprochene, da wirken geistige Kräfte, die, sich selbst noch unbewußt, einem höheren Menschentum zustreben. Und wer hören will mit seinen Ohren, der kann, glaube ich, auch diesen Geist schon spüren und ihn hören. Wir finden ihn schon angebeutet in dem, was unsere Dichter heute schreiben, die feinsinnig voraussehen, was noch im Unbewußtsein des Volkes schlummert, was demnächst kommen muß, die die Ideen der neuen Zeit in sich aufnehmen und sie gestalten, denen die Gegenwart schon ein hoffnungsvolles Erleben ist, der Vorabend der kommenden sozialen und der geistigen Revolution.

Wer die Formulierung des Programms dafür findet, daß neben den bei keinem Menschen auszuscheidenden Egoismus auch sittliche und geistige Kräfte im einzelnen und im ganzen Volke wirksam sein müssen, der, glaube ich, hat die Zukunft an seine Fahnen geheftet. (Beifall.) Und wir sollten sie finden. Denn es handelt sich ja da um die in unserer Agitation bisher vernachlässigten Seiten des Sozialismus. Wir haben diese Formulierung bisher nicht gefunden, und das hat große Massen des Volkes nach links abgetrieben. Nicht weil etwa dort die Formulierung gefunden wäre — nein, weil dort unter Umschmeihlung den Massen vorgegaukelt wird, die Diktatur des Proletariats werde alle Räte der Massen befehlen.

Ich glaube nicht, daß diese Massen uns dauernd ernüßten sind. Denn die Unabhängigen können den Massen nicht die Erfüllung des Sehens bringen, das die Massen erfüllt. (Beifällige Zustimmung.) Dieser Aufgabe sind sie geistig nicht gewachsen. Denn dort werden ja dem Volke nur Rechte versprochen, oder niemals hat man den Mut, dem Volke auch zu sagen, daß es Pflichten der Allgemeinheit gegenüber zu erfüllen hat. (Stürmischer Beifall.)

Ich frage mich aber, weshalb hatten die Unabhängigen Erfolge? Und ich sehe die Schuld auch mit bei uns. So wenig wie ein Land, das Fruchtbares erleben muß, die Ursachen seines Verhängnisses nur außerhalb seiner selbst suchen darf, so wenig darf auch eine Partei, die ihre Anhänger in immer größere Anzufriedenheit und Parteiberbrosenheit hineingeleitet sieht, die Schuld daran nur in äußeren Momenten suchen. (Sehr richtig!) Sie hat sich zu fragen, was ist die Ursache? Und ich sehe sie eben mit darin, daß wir das Bedürfnis der Massen nach einem tieferen Lebensinhalt nicht betriebig konnten. Ich glaube an dieses Bedürfnis. Ich lasse mich durch die allgemeine Demoralisation des Volkes nicht darüber hinwegtäuschen. Ja, ich möchte sogar sagen, daß das Volk selbst, je unerträglicher die fittlichen Zustände werden, mit um so größerem Verlangen nach dem Panier ausschaut, das den Weg weist, wie es aus dem Wirral herauskommen kann. Und die Regierung, die dieses Panier entwirft, kann hoffen, daß sich das Volk, die noch guten, innerlich starken Kräfte desselben, hinter diese Regierung stellt.

Das innere Programm dieser Regierung müßte in dem Willen bestehen, in Deutschland nicht nur eine neue politische Ordnung durchzuführen, sondern auch eine sozialwirtschaftliche, bei der jeder einzelne an der Bildung des Gesamtwillens organisch mitarbeitet, bei der er zu seinem Teil an der Verantwortlichkeit für das Schicksal unseres Volkes teilt. Klar und deutlich muß es zum Ausdruck gebracht werden, daß in Zukunft ein soziales und wirtschaftliches Leben nur im Geiste der Unterordnung des einzelnen unter das Ganze möglich ist. (Beifall.)

Das Volk vermehrt den Geist sozialer Gerechtigkeit, den Geist planmäßiger Einordnung der Persönlichkeit des einzelnen in das Ganze. Darum bedauere ich es auch, daß es uns bisher noch nicht möglich war, über jeden Zweifel klarzustellen, welche Wirtschaftsführung für uns als Sozialdemokraten gelten soll. (Sehr wahr!)

Der laute Lärm der Anhänger des freien Spiels der Kräfte in den letzten Wochen läßt, wie ich glaube, in den Massen die Befürchtung hochkommen, daß es uns nicht ernst sei mit der Bewirklichung sozialistischer Grundätze. (Sehr wahr!) Freilich, auch das müssen wir sagen, die Massen erwarten mehr als man erfüllen kann. Daß unser Wirtschaftsleben heute nicht gleich sozialisiert werden kann, das werden sie wahrscheinlich alle in der Mehrzahl eingesehen haben. Aber, so höre ich immer und immer wieder die Frage: warum nicht wenigstens dort, wo die Vorbedingungen dazu gegeben sind, warum nicht beim Bergbau? Dein Kohlegeschäft ist doch keine Sozialisierung in dem Sinne wie wir es meinen, das Eigentum an den Produktionsstätten ist doch den privaten Besitzern verblieben. Hier hätte man es doch in den Staatsbesitz überführen können. (Sehr richtig!) Sie rufen mir zu: Sehr richtig! Ich sehe ganz davon ab, ob es möglich gewesen wäre, das hier in der Nationalversammlung, in diesem Hause durchzuführen. Ich habe nach allen Seiten überlegt, ob es richtig sei, wenigstens den Versuch zu machen, so vorzugehen. Ich habe mich nicht von meinen Wünschen leiten lassen, ich habe rein verstandesmäßig geprüft, und ich bin zu dem Ergebnis gekommen, daß wir dem Gebanken des Sozialismus mit der heute erfolgenden Sozialisierung des Bergbaus den schwersten Schaden zugefügt hätten, den wir ihm hätten zufügen können. Sehen wir uns doch

einmal die Tatsachen an. Zunächst beim Bergbau. Lassen Sie mich rein ziffermäßig Ihnen nur in ganz wenigen Zahlen die Sache darstellen.

Der Jahresverkaufswert der Kohlenproduktion des Jahres 1918 betrug ohne die Steuer auf der Basis der Verkaufspreise vom 30. September 1918: 3333 Millionen Mark, und diese selbe Menge von Kohlen, die im Jahre 1918 gefördert wurde, stellt einen Wert dar nach den Preisen vom Mai dieses Jahres von 7982 Millionen Mark. Mit anderen Worten, die seit dem 30. September eingetretene Preiserhöhung beträgt 4 099 000 000 Mark, das heißt die innerhalb sieben Monaten vorgenommenen Preiserhöhungen übersteigen weit den Gesamtwert der deutschen Kohle vor der Revolution. Und eine weitere Steigerung wird bis 15. Juni wegen der Lohnheraufsetzungen eintreten. Die prägtuale Kohlensteuer wird dann infolge der Preiserhöhungen seit dem September 1918 das Volk mit mehr denn eine Milliarde belasten. Nur die Kohlensteuer allein!

Hätten wir den Bergbau sozialisiert, was wäre die Folge gewesen? Die Behauptung der Gegner des Sozialismus, daß sich ja jetzt erlasant erwiesen habe, zu welcher nachteiligen Verteuerung der Kohle die Sozialisierung geführt habe. Man kann nicht mit dem Einwand kommen, daß bei geschickterer Sozialisierung die Lohnforderungen nicht in dieser Höhe gekommen wären. Die wären doch gekommen wegen der Preissteigerung der Lebenshaltung, und ich glaube, daß wir in noch höhere Lohnaufbesserungen hätten einwilligen müssen; denn vom Staate meint man ja alles fordern zu müssen. (Sehr richtig!) Pflichten gegenüber dem Staate, davon spricht man heute nicht. (Zuruf: Siehe Spandau!)

Aber von diesen besonderen Verhältnissen im Bergbau abgesehen: eine Vollsozialisierung, das heißt also die Übernahme der wirtschaftlichen Unternehmungen in das Eigentum des Reichs würde dem Reich Mittel kosten, die heute aufzuwenden keiner verantwortlich kann, der an verantwortlicher Stelle steht. Das Reich muß bei Enteignungen noch allgemeiner und auch von extremen Sozialisten, wie Rautsch, Giffenberg und anderen, vertretener Auffassung den bisherigen Eigentümern entschädigen. Ich sehe ab von den Bergregalen, den Berggerechtigungen usw. Aber den realen Wert, der da ist, die Gruben, Bergwerke, Bauten, müssen wir entschädigen, und da das Reich heute bares Geld dazu nicht hat, kann es nur durch eine Verpflichtung zur Zahlung, durch Banknoten und Schuldscheine geschehen. Würde das Reich diese Entschädigungen nach dem zurzeit bestehenden geringen Geldwert auf sich nehmen, es müßte sie übermäßig hoch bemerken. Was wir heute kaufen, Genossen, müssen wir dreimal so hoch bezahlen als in der Vorkriegszeit, nicht weil etwa der Wert an sich gestiegen ist, sondern weil der Wert unserer papierernen Zahlungsmittel so gesunken ist, und den teuren Realwert, die Gruben, das, was wir sozialisieren wollen, müßten wir jetzt mit einem zurzeit spottbilligen Nominalwert, eben der Banknote oder dem Schuldschein bezahlen. Dieser Nominalwert wird aber wieder steigen, d. h. der Wert des Geldes wird wieder größer werden. Wer heute eine Schuld aus der Vorkriegszeit abträgt, zahlt zwar nominal, wenn sie tausend Mark betrug, auch tausend Mark, aber faktisch gibt er nur ein Drittel des Werts, den er in der Vorkriegszeit empfangen hat, und wer heute eine Schuld aufnimmt, der muß mehr zurückzahlen, wenn unsere Markta wieder besser geworden ist. (Sehr richtig!) Der Staat muß sich aber mit allen Mitteln bemühen, den Geldwert wieder zu heben, um die Zerrüttung des Geldmarktes infolge der Geldbewertung zu beheben.

Ich will nur in Form einer Anmerkung davon sprechen, daß die Übernahme einzelner Wirtschaftsunternehmungen oder einzelner Gruppen in das Eigentum des Staates die wirtschaftliche Gesamtproduktion ja nicht ändert, sie

nicht in eine sozialistische verwandelt. Die Wirtschaft als solche würde somit ihre rein kapitalistische Struktur behalten. Aber trotzdem bin ich auch bereit, diesen Weg zu gehen, wenn wir die erforderlichen Grundlagen dazu schaffen, und diese Grundlagen scheinen mir gegeben zu sein in einer wirklich durchgreifenden Vermögensabgabe (Sehr richtig!), die ja kommen muß, und in der dem Staat ein Optionsrecht auf die einzelnen Vermögensobjekte eingeräumt wird, die in der Vermögensdeklaration aufgeführt sind. (Sehr richtig!) Es müßte daneben bestimmt sein, daß, was in dieser Deklaration nicht angegeben ist, dem Staate überhaupt verfällt. (Sehr richtig!) Dann hätte das Reich die Möglichkeit, die Werte herauszunehmen, die es braucht, die Aktien dieses oder jenes Unternehmens. Dann könnte es sich zum wesentlichen Teil in den Besitz jener Produktionsstätten setzen, die für unsere Gesamtproduktion von Bedeutung sind. Auf diesem Wege mache ich auch eine Volksozialisierung mit; ich mache sie aber nicht mit auf dem Wege, daß ich heute dem Unternehmer ein geringwertiges Zahlungsmittel gebe, das, wie wir hoffen, nach drei oder fünf oder zehn Jahren um das Doppelte oder das Dreifache in die Höhe gegangen ist. (Zuruf von Davidsohn: Und das ins Ausland entschlüpfte Vermögen?) Ich spreche über die Vermögenssteuer als solche nicht, ich erörtere die Sache nur im Zusammenhang mit der Sozialisierung.

Es mag vielleicht nicht leicht sein, den Massen plausibel zu machen, daß die Verhältnisse heute ganz andere sind als jene, unter denen wir uns seinerzeit die Entwicklung zum Sozialismus vorstellten. Was ist die Regierung, was ist das Wirtschaftsministerium angegriffen worden von den früheren Mitgliedern der Sozialisierungskommission! Jetzt schreibt Professor Lederer, der Mitglied unserer Sozialisierungskommission war und jetzt Sozialisierungsminister in Oesterreich geworden ist:

„Es müssen erst wieder die wirtschaftlichen Trümmer, welche sich auf jenem (Oesterreichs) Boden befinden, zu einem sinnvollen Ganzen zusammengefügt werden, seine Industrie muß wieder in Gang gesetzt werden. . . . Je schwieriger die wirtschaftliche Lage eines Landes ist, desto schwieriger ist auch die Sozialisierung. Sollen wir heute Industrien sozialisieren, die vor dem Kriege größtenteils vom Absatz für Konsumentenkreise lebten, welchen jetzt der Boden unter den Füßen weggezogen wurde? . . . Wir dürfen nie einen Moment vergessen, daß jeder falsche Schritt auf dem Wege zur Sozialisierung uns in den Abgrund treiben kann. Es ist weitaus besser, wenn sich einige Sozialisten in den Augen ungebildeter Massen oder kenntnisloser Literaten diskreditieren, als wenn Mißerfolg die Idee diskreditiert. Ein Mißerfolg aber könnte nicht ausbleiben, wenn mehr geschähe als wirtschaftlich möglich ist.“

Das schreibt in diesen Tagen ein Mann, der der Sozialisierungskommission angehört, aus der heraus uns Vorwürfe gemacht wurden, daß wir unsere sozialistische Idee nicht diskreditieren wollten durch irgendwelche Schritte, die zum Verhängnis für unser Land geworden wären.

Unsere Theoretiker haben alle vorausgesetzt, und Marx und Engels vor allem, daß die wirtschaftlichen Unternehmungen auf dem Wege zunehmender Konzentration zur Uebernahme für die Gesamtheit reif würden, und sie glaubten, daß sich gewissermaßen aus der immer größeren Steigerung des Kapitalismus schließlich der Sozialismus von selbst entwickeln würde. In einer Zeit der Hochproduktion, einer Ueberfülle der Güter, würde die Ueberführung der durch und für den Staat betriebenen Produktion aus dem Kapitalismus von selbst einsehen. Heute haben wir keine Ueberfülle von Gütern, sondern wir stehen vor einer Verarmung unseres Landes, wie sie keiner für möglich gehalten hat (Sehr richtig!), und ich halte mich für verpflichtet, es hier wiederum in

die Öffentlichkeit hinauszuwerfen: Viel größer und viel schlimmer ist diese Verarmung, als sie die große Masse und auch mancher von Ihnen wohl ahnt. (Sehr wahr!) Mag es im einzelnen vielleicht auch besser werden, Schmalhans wird auf lange Zeit bei uns Rückenmeister bleiben. (Sehr richtig!) Wie wollen wir die 19 Milliarden Jahre für Jahr aufbringen, die wir nur im Inland ohne die Auslandsverpflichtungen, die uns der Friedensvertrag auferbürden wird, zu leisten haben würden? Das macht pro Kopf, den Greis und den Säugling eingerechnet, 300 Mk. im Jahre. (Hört, hört!) Das ist für eine Familie von fünf Köpfen eine Belastung von 1500 Mk. Reinen Sie, daß Sie das vom Arbeiter bekommen können? Eine Verschuldung gegenüber dem Ausland besteht, und der Friede, mag er aussehen wie er will, wird eine weitere Erhöhung bringen. Die Übertragung dieser Schulden können wir aber nur durch die Produkte unserer Arbeit möglich machen. (Sehr richtig!) Heute schon gehen wir von dem, was wir im nächsten Jahre erst produzieren sollen. (Hört, hört!) Mein größtes Sorgenkind ist Robert Schmidt. (Seiterteil.) Das, was wir auf Kredit einführen, um jetzt die Not zu lindern, das werden wir bezahlen müssen mit den Waren, die wir erst im nächsten Jahre erzeugen. (Zuruf des Genossen Koch: Er muß es aber einführen!) — Gewiß, ich sage es nicht im Sinne eines Vorwurfs, er kann ja gar nicht anders. (Sehr wahr! — Zuruf des Genossen Robert Schmidt.) — Gewiß doch, aber man kann es den Massen nicht oft genug sagen (lebhafteste Zustimmung), daß sie heute schon von dem gehen, was im nächsten Jahre erst produziert wird. (Erneute lebhafteste Zustimmung.) Darauf kam es mir doch an, das ist es, was ich sagen will, und es wird eine bittere Enttäuschung für denjenigen geben, der da meint, daß mit dem Frieden etwa die Verhältnisse besser werden würden.

Wenn aber so die Verhältnisse sind, was müssen wir tun, und die Produktivität unserer Arbeit aufs Höchste zu steigern? Soll etwa heute noch der schalten und walten, wie er es für notwendig hält? Mag der Frieden werden wie er will, wir werden nur existieren können, wenn wir unsere Wirtschaft in planmäßiger Weise aus gestalten. (Sehr wahr!) Nicht das Privatinteresse einzelner, die Allgemeininteressen müssen ausschlaggebend sein. (Bravo!) Keine Privat-, Gemeinwirtschaft müssen wir treiben. (Sehr richtig!) Die Gemeinwirtschaft bezweckt eine Durchbringung der gesamten Produktion mit sozialistischen Prinzipien. Die Gemeinwirtschaft, wie sie mir vorschwebt, ermöglicht das allmähliche Fortschreiten zum Sozialismus. Für alle Zweige der Wirtschaft vollzieht sich ziemlich gleichmäßig ein Vorschreiten der sozialistischen Prinzipien durch organische gemeinwirtschaftliche Zusammenfassung, die von unten nach oben immer mehr und mehr ansteigt. Ist es ein Wunder, Genossen, daß der Sturm gegen diese Gemeinwirtschaft so heftig und intensiv ist, heftiger und intensiver als etwa gegen die Volksozialisierung auf dem einen oder anderen Gebiet? Mit den persönlichsten Unterstellungen wird heute gearbeitet, eine Bauwirtschaft sei diese Planwirtschaft. Etwas Wahres ist in der Tat daran; den Wahn sieht nämlich mancher schon zerfallen, daß er in der Weise, wie in der Vorkriegszeit, die eigenen Taschen auf Kosten der Allgemeinheit werfen können. Man schreibt, das sei eine Verewigung der Kriegswirtschaft. Ich will auch hier keinen Zweifel darüber lassen, daß wir uns von den bisherigen Methoden der Kriegswirtschaft so gründlich und so schnell als möglich abwenden wollen. Wir wollen diese bürokratische polizeistaatliche Betätigung der Kriegswirtschaft nicht mitmachen, wir wollen an die Stelle dieser Methoden das Prinzip der Selbstverwaltung stellen. Das wirtschaftliche Leben ist eben zu diffus, um durch Gesetze und Verordnungen im einzelnen geregelt werden zu können. Dieser lebendige liberale Organismus kann nicht in Fesseln gefesselt werden.

Das Wirtschaftsleben ist zu flüchtig, als daß man es in feste Formen pressen könnte, und deshalb meinen wir, mit dem Prinzip der Selbstverwaltung unserem Wirtschaftsleben die beste Bürgschaft der freien Gestaltung geben zu können. Aber noch haben wir diesen Selbstverwaltungskörper nicht, und so lange wir den nicht haben, können wir nicht das, was bisher unsere Wirtschaft ordnete, ganz lockern und freigeben, denn dann würde ein wildes Tobwagnis entstehen (Sehr richtig!), ein Zusammenbrechen unseres ganzen Wirtschaftslebens. Es sind nämlich keine Theorien, denen wir nachjagen, sondern es ist die Erfüllung der aus dem Gebot der Not sich ergebenden Bedürfnisse. Wir können in den Zeiten der Not, die uns bevorstehen, den wirtschaftlichen Dingen nicht ohne weiteres ihren Lauf lassen und die Versorgung unserer Bevölkerung in den Zeiten der Not nicht dem freien Spiel der Kräfte anheimgelassen. (Sehr wahr!) Diese Zeiten der Not müssen Zeiten der Pflichtgebundenheit sein. (Sehr gut!) Das wirtschaftliche Leben darf seinen Antrieb nicht nur von dem Profitstreben des einzelnen erhalten, sondern auch die wirtschaftlichen Vorgänge müssen sozial beeinflusst sein, müssen den Geboten sittlicher Gesetze unterstellt sein. (Sehr richtig!) Diesen Plänen strebe ich zu, und nur nach diesen Richtlinien kann ich das mir anvertraute Amt führen.

Daher stimme ich dem Antrag 231 des Genossen Hoch zu. Stellen Sie sich auf den Boden dieses Antrags, Sie geben damit unseren Genossen in der Regierung die Rückenstützung, deren sie auf wirtschaftlichem Gebiet für die Erfüllung ihrer Aufgaben bedürfen. Sie verhindern dann auch faule Kompromisse, die ich dahingehend kommen sehe, daß man uns vielleicht einige Vollsozialisierungen zugesteht, dafür aber auf anderen Gebieten das freie Spiel der Kräfte einkaufsen will.

Ich bin überzeugt, für ein solches Programm, wie es in dem Antrag Braun niedergelegt ist, werden wir durch alle Particlen der Nationalversammlung hindurch Anhänger und Vertreter finden, auch bei den Demokraten. Und wenn das wider Erwarten nicht der Fall sein sollte, dann meine ich, müßten die Bürgerlichen die Verantwortung dafür tragen (Sehr richtig!), was eintreten wird, wenn wir dann in der Regierung nicht mehr mitmachen würden. (Lebhafte Sehr richtig! und Bravo!) Ich glaube, sie werden sich scheuen, diese Verantwortung auf sich zu nehmen. (Erneute lebhafte Zustimmung.) Möglich, daß auch der eine oder andere Genosse hier sich noch nicht in diese Gedankengänge ganz glatt hineinfinden wird. Ich bin überzeugt, daß, wenn die Geschichte dermaleinst über uns urteilen wird, wenn unsere Kinder und Enkelkinder ihr Urteil abgeben werden über die Wirtschaftspolitik, die wir in dieser schwersten Zeit, die über unser Land gekommen ist, haben führen wollen, dann werden sie sagen, daß wir den richtigen Weg haben beschritten wollen, und dann werden wir uns auch — davon bin ich überzeugt, und damit will ich zum Schluß kommen —, vor der Geschichte der Aufgabe gewachsen gezeigt haben, die die höchste Not des Landes uns auferlegt hat. (Stürmischer Beifall.)

Vorklender Rede: Wir konnten das Einverständnis des Parteitag ohne weiteres voraussetzen, daß eine Ueberschreitung der Redezeit in diesem Falle erfolgte. (Sehr richtig!) Wir wollen aber doch in wiederkehrenden Fällen nach Ablauf der Redezeit immer erst die Frage an den Parteitag stellen, damit das keine ständige Einrichtung wird.

Im übrigen bitte ich die Genossen, sich einzurichten auf eine Abend-sitzung heute oder einen Arbeitstag morgen oder auch beides, wenn wir unsere Tagesordnung ordentlich erledigen wollen. Soweit wir hören, wird es möglich sein, daß wir den Raum hier noch weitere Zeit benutzen können.

Es sind zwei Anträge eingegangen, die eine Drudlegung der Rede Wissells beabsichtigen. Wir werden sie später zur Abstimmung bringen.

Bogel-Gürtel: Die harte Zeit, in der wir leben und die noch viel härter über uns hereinbrechen wird, erfordert es, daß wir uns einander mehr als bisher verstehen lernen. Deshalb möchte ich, bevor ich zur Begründung des Antrags 210 komme, einige allgemeine Bemerkungen vorausgehen lassen. Wenn Genosse Lbbe gestern in seinem Bericht darauf hinwies, daß die Tätigkeit der Nationalversammlung und auch die unserer Fraktion draußen bei den Massen keine besondere Befriedigung auslöse, so kann der, der ständig in Versammlungen oder sonst unter dem Volke zu tun hat, dieser Auffassung wohl nur beipflichten. Allein es scheint, daß bei dieser wenig erfreulichen Beurteilung der Tätigkeit unserer Fraktion doch zum guten Teil auch die miserable Berichterstattung unserer Presse mitspielt (Sehr richtig!), die an und für sich wieder begründet ist durch den außerordentlich großen Papiermangel. Am meisten wird gegen die Tätigkeit der Nationalversammlung eingewandt, daß sie es an dem nötigen Schwung und der revolutionären Begeisterung habe fehlen lassen, ein Einwand, den ich bis zu einem gewissen Grade gelten lassen kann, denn man so oft fühlt man sich bei den Beratungen der Nationalversammlung in den alten Reichstag zurückversetzt. Im großen und ganzen wird aber auch der schärfste Kritiker die Tätigkeit unserer Fraktion anerkennen müssen, daß sie in rastloser Arbeit verfuhr hat, das für das Volk herauszuklagen, was unter den gegebenen Verhältnissen möglich ist. Auch bei der Kritik der Fraktion darf es doch nicht übersehen werden, daß sie in ihren Entschlüssen nicht vollkommen frei ist, daß sie wesentlich beeinflusst wird von den Verhältnissen, unter denen wir hier in der Nationalversammlung zu arbeiten haben. Die Hauptkritiker der Fraktionstätigkeit überschätzen viel zu viel, daß wir heute nicht mehr die Oppositionspartei sind, die wir vor fünf Jahrzehnten gewesen sind, daß wir Vertreter in der Regierung zu sitzen haben, denen ein entscheidender Einfluß zusteht, daß wir Regierungspartei geworden sind. Es wäre für die Partei als solche sicher viel leichter und bequemer gewesen, aus der Regierung herauszutreten, die bürgerlichen Parteien allein die Regierung bilden zu lassen und uns weiter in dem Gleis zu bewegen, in dem wir uns über vier Jahrzehnte hindurch bewegt haben, und ich rechne auch damit, wie Genosse Wissell, daß einmal die Zeit kommen kann, wo wir direkt vor die Frage gestellt sind, ob wir die Belastungsprobe unserer Mitwirkung in der Regierung weiterhin ertragen können. Aber ganz unmbglich erschien es mir bei der Neubildung der Regierung, daß wir aus der Regierung fernblieben, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil wir doch schon ein sehr großes Interesse daran haben, bei den künftigen Friedensverhandlungen den Grundrhythmen der Internationale mit Rechnung zu tragen, die doch keinesfalls von den kapitalistischen Regierungen der Entente vertreten werden würden. Ich habe bei den Beratungen der Fraktion selbst den Standpunkt vertreten, die Regierung allein aus Sozialdemokraten zu bilden, unter seltenen Umständen den Eintritt des Zentrum mit in den Kauf zu nehmen. Wenn ich mir heute die Friedensbedingungen der Entente ansehe, so muß ich sagen, es wäre geradezu verhängnisvoll, wenn dieser Friede allein von einer sozialistischen Regierung geschlossen werden müßte, wenn die Verantwortung für diesen Frieden nicht auch auf die bürgerlichen Parteien übertragen werden würde. (Sehr richtig!) Gäßen wir eine sozialistische Mehrheit und damit auch eine sozialistische Regierung, dann bin ich überzeugt, manche Arbeit wäre anders ausgefallen und manche Arbeit, die noch ansteht, wäre schon längst durchgeführt. Daß aber in dem gegenwärtigen Zeitpunkt, wo die ganze Wirtschaft Deutschlands daniederliegt, eine sozialistische Regierung und eine sozialistische Mehrheit imstande gewesen wäre oder sein würde, den Sozialismus mit einem Schlage voll zu verwirklichen, völlig neue Produktionsverhältnisse zu schaffen, die doch letzten Endes entscheidend sind bei der Umgestaltung

der kapitalistischen in die sozialistische Wirtschaft, das wird wohl nur der annehmen können, der ganz oberflächlich in die Gedankengänge eingedrungen ist, wie sie uns Marx und Engels gelehrt haben und auf deren Kenntnis wir bisher immer so stolz waren. Bei der Zusammenfassung der Nationalversammlung, in der wir Sozialdemokraten im Verhältnis zu den bürgerlichen Parteien die Minderheit bilden, ist jedenfalls das eine bedauerlich, daß die Uebergangszeit, die Zeit vom Tage des Umsturzes bis zum Zusammentritt der Nationalversammlung, nicht genügend ausgenutzt worden ist zur Festigung des Sozialismus. Daran krankt jetzt unsere ganze Bewegung. Es ist das ein Verjammeris, das für das Reich so gut gilt wie für die Einzelstaaten und das in. E., solange wir uns auf den Standpunkt der Demokratie stellen, auch nicht leicht wieder wettgemacht werden kann. Vielleicht waren es auch hier wieder besondere Verhältnisse, die schuld daran haben. Die immer erneuten Anruhen ließen ja unsere Leute in der Regierung nicht zum praktischen Arbeiten kommen. (Sehr wahr!) Wenn man schon von einer Schulfrage sprechen will, trifft dann nicht die Schuld im gleichen Maße auch die Unabhängigen, die Monate hindurch während der Uebergangszeit mit in der Regierung als Volksbeauftragte gesessen haben? (Sehr richtig!) Es ist ja sehr billig, sich an den verhältnismäßig leichten Erfolgen der Revolution in den Novembertagen zu berauschen. Ungleich viel schwerer erweist sich die Aufgabe, die damaligen Augenblickserfolge in dauernde umzugestalten, die Erfolge der Revolution vom November gesetzmäßig zu verankern. Genosse Löbe hat in seinem Bericht mit Recht hervorgehoben, daß es der Revolution leider nicht gelungen ist, im ersten Ansturm die Kleinhaatereien hinwegzuführen. Der Verfassungsentwurf bringt zwar einen bedeutungsvollen Fortschritt gegenüber der durch die Revolution überwindenden Staatsform, er bringt die Einheitlichkeit im Verkehrswesen und auf anderen Gebieten, staatlich aber läßt er Deutschland doch auf föderalistischer Grundlage. Das bedauerlichste ist, daß die Einzellandtage und Einzelregierungen nicht immer die Einheitsrepublik vertreten haben, ja ihre Einführung vielfach gehemmt haben. Hier trifft uns nicht allein die Schuld, sondern im gleichen Maßstabe oder noch viel mehr die Unabhängigen. (Sehr richtig!) Löbe hat ganz mit Recht hervorgehoben, daß gerade der Unabhängige Eisner sich zum Vornamträger des Partikularismus ausgeworfen hat. Von der Mehrheit des deutschen Volkes und von der Arbeiterschaft kann ich sagen, daß sie den Partikularismus entschieden ablehnt. (Zustimmung.) Das gilt ganz besonders auch von den Mitgliedern der Nationalversammlung. Die Einzelstaaten werden durch die Einheitsrepublik zwar Beschränkungen ihrer Selbständigkeit erfahren. Die können sie aber ruhig hinnehmen, denn sie werden wettgemacht durch ihre Teilnahme an der Gestaltung der Geschichte des gesamten Volkes. Die Einheitsrepublik ist besonders auch aus außenpolitischen Gründen notwendig. Das muß gerade im Hinblick auf den Versuch der Entente gesagt werden, die Zersplitterung als Friedensziel hinzustellen, und auf die Versuche kapitalistischer Gruppen in den Rheinländern, große Städte des Deutschen Reiches loszureißen. In diesem Kreise bedarf es keiner eingehenden Darlegung, daß die Einzelstaaten, auf sich allein gestellt, in der hohen Politik zur Bedeutungslosigkeit, Hilflosigkeit, ja zur wirtschaftlichen Abschmürung verurteilt wären. Diese Erkenntnis bricht sich in den letzten Wochen in der gesamten Arbeiterschaft des Rheinlands und Oberpfaltens Bahn. Wie ich aus Mitteilungen unserer Parteifreunde weiß, bekennen sich auch die christlich organisierten Arbeiter in steigendem Maße zum Katholizismus. (Blodengeischen.) Ich höre das Blodengeischen und muß zum Schluß kommen. Allein ich will doch noch sagen, daß auch im Innern die freie Entwicklung gehemmt wird, solange noch so viele staatliche Zwerggebilde bestehen. Wir haben in diesem Falle nicht nur den Widerstand einer einzigen

Stelle gegen notwendige Reformen zu bekämpfen, sondern müssen uns gleichzeitig gegen 25 Stellen wenden. Das bedeutet selbstverständlich eine bedeutende Erschwerung. (Lebhafte Zustimmung.) Auch im Hinblick auf die Frage der Kriegsentfärbung und die Verteilung der Kosten würde die Einheitsrepublik uns wesentliche Erleichterungen und Verbilligungen der ganzen Verwaltung ermöglichen. Auch aus vielen andern Gründen, die ich jetzt nicht mehr anführen kann, ist die Annahme des Antrags 210 notwendig. Ausdrücklich stelle ich fest, daß die Antragsteller nicht wünschen, daß dadurch unsere Fraktion in der Nationalversammlung eine gebundene Marschroute mit auf den Weg erhält sondern daß die Genossen der Einzellandtage und der Regierungen dadurch bestimmt werden sollen, ihren Widerstand gegen die Einheitsrepublik einzustellen. (Lebhafte Beifall.)

Vorsitzender Löbe: Die Mandatsprüfungskommission teilt mit, daß sie jetzt die Stimmzettel für die Wahlen des Parteivorstandes und der Kontrollkommission einziehen wird. Um 12 Uhr wird die Abstimmung geschlossen.

Eggerstedt-Riel: Wir haben schon eine ganze Anzahl Ministerreden gehört. Die bürgerliche Presse hat es nun für nötig befunden zu erklären, daß man nur über einige rhetorische Begabung verfügen müsse, um Anfang beim Parteitag zu finden, um sein Vertrauen zu erhalten. Vielleicht erkentt sie jetzt an, daß doch etwas mehr nötig ist als nur rhetorische Begabung. Das hat die Rede des Genossen Bissell gezeigt. Sie ist bisher der Höhepunkt des Parteitags. (Lebhafte Beifall und Handklatschen.) Er hat nicht durch rhetorische Kunststücke gewirkt, sondern durch die Ehrlichkeit, mit der er ohne Beschönigung ausgesprochen hat, was die Massen bewegt. (Lebhafte Zustimmung.) Es ist nicht wahr, daß Schönredner ein Vertrauensvotum erreichen können. Und wäre es der Fall, dann würde für uns der Kassenjammer im Lande sehr bald hinterher kommen. (Lebhaftes Gehr richtig!) Die Arbeiterschaft erwartet von dem Parteitag Klärung und die Grundlage für eine zielbewusste Politik, auf der sich weiter arbeiten läßt. Regien hat einmal ausgeführt: die sozialdemokratische Partei biete jetzt ein merkwürdiges Bild. Die Arbeiter liefen directionslos hinter den Parteigenossen her, die jetzt Minister geworden sind. So darf das natürlich nicht sein. Im Gegenteil, wir wollen, daß der Parteivorstand und die Fraktion die Richtung angeben, die die Regierungen für ihre Arbeit einzuschlagen haben. Was Löbe über die Konstitutionsregierung und ihre Mängel gesagt hat, stimmt. Gerade deswegen verlangen wir, daß die sozialdemokratischen Genossen in den Regierungen ihre eigene Politik stärker betonen. Der Mangel an einheitlichen Richtlinien ist jetzt ja aufgehoben durch das uns gedruckt vorliegende Arbeitsprogramm. Wir begrüßen es, und möchten in diesem Zusammenhange dem Genossen Drey zurufen, daß er sich irrt, wenn er glaubt, daß man die Arbeiterschaft allein mit Lebensmitteln zufrieden machen könne. Sein Zwischenruf bei der Rede Bissells: „Geben Sie dem Volke Brot!“ war so deplaziert wie irgend möglich und muß eine Zurückweisung erfahren. Die Arbeiterschaft verlangt doch mehr als zu essen, das lassen Sie sich gesagt sein, Genosse Drey. (Lebhafte Beifall.) Es ist viel über die Demokratisierung gesprochen worden. Wenn Genosse Heine von 100 vakanten Landratsstellen gesprochen hat, so soll er doch sagen, mit wieviel Parteigenossen er sie besetzen wird. (Zuruf: Mit gar keinen.) Legen wir doch nicht so viel Wert auf die formale Geschicklichkeit! Es kommt auf den guten Geist an, den bringen die Arbeitervertreter mit, während er der alten Beamtenschaft sehr häufig gefehlt hat. (Zustimmung.) Es ist die Frage aufgeworfen worden, weshalb so wenig Parteigenossen in das Volkshcer eingetreten sind. Ja, wenn man die Rechte, die sich die Co-

daten in der Resolution errungen haben, abmürkt, dann kann man doch nicht erwarten, daß sie in die Freiwilligenkorps einreten sollen. Gerade jetzt herrscht bedenkliche Empörung in der Reichsmarine über das sie betreffende neue Gesetz. Danach müßten unsere Genossen den Admiral Weurer erst fragen, ob sie zusammenkommen dürfen. Die Soldatenräte, die Werftarzensmänner, werden abgemürkt, die Grußpflicht wieder eingeführt. Kein Wunder, daß es die Arbeiterschaft ablehnt, in solche militärischen Verbände einzutreten. (Zustimmung.) Koske sollte den Offizieren mehr auf die Finger sehen: Wenn er dieselbe Energie, mit der er hier aufgetreten ist (Zuruf: Hier?), gegen die Offiziere angewendet hätte, dann wären die Fälle Macloß und Vogel nicht möglich gewesen. Wir verstehen auch nicht Koskes Ablehnung der Kontrollorgane aus dem Mannschafsstande. Er hat auf die Schwierigkeiten für eine uns befriedigende Bildung der Reichswehr hingewiesen angesichts des Umstandes, daß es drei verschiedene sozialistische Parteien gäbe und sich daraus keine zuverlässige Truppe zusammenstellen lasse. Sind denn die Offiziere, die sich ihm zur Verfügung stellten, zuverlässiger? (Zuruf: Im Gegenteil!) Ich glaube sagen zu dürfen, daß er nicht sie, sondern sie ihn in der Hand haben. (Beifall.) Er sollte alles tun, um das recht bald zu ändern. Es muß dafür gesorgt werden, daß die Lebensmittelbetriebe nicht von der Kommunalisierung ausgeschlossen sind. Es wundern mich auch nicht, daß es so gekommen ist. Denn als man darüber beraten hat, hat man wohl die Organisation der Arbeitgeber, aber nicht die der Arbeitnehmer gehört. Ein Wiederaufbau der Arbeit ist nur möglich durch ein praktisch durchgeführtes Räteystem. Ich will darauf jetzt nicht eingehen. Aber die Abwägung der kommunalen Arbeiterräte hat sehr viel Mißstimmung im Lande ausgeleitet. Man hätte solange warten müssen, bis die neuen Arbeiterräte im Sinne der Richtlinien des zweiten Rätekongresses gewählt worden wären.

Ein anderer Punkt, wo ich der Fraktion einen Vorwurf nicht ersparen kann, ist die Erfassung der Kriegsgewinne und der Vermögensabgabe. Es soll ja ein Entwurf in Vorbereitung sein. Aber die Gewinne sind inzwischen ja doch längst über die Grenze gegangen. Wir haben beantragt, daß die Invaliden- und Altersrenten erhöht werden. Früher hat man sich immer damit entschuldigen können, daß man nicht die nötige Macht hätte, das durchzuführen. Damit kann man jetzt nicht mehr kommen.

Genosse Löbe hat erklärt, daß sie auch an die Fraktion der U. C. P. herantreten wären, um eine Arbeitsgemeinschaft zu schaffen. Ich gebe zu, daß es nicht leicht ist, zu einer Einigung zu kommen. Aber es schadet nichts, wenn wir immer wieder betonen, daß wir bereit sind zur Einigung. Sie müssen sehen, daß wir, auch wenn die Führer es nicht wollen, zur Einigung bereit sind. Interessant ist es zu beobachten, daß sobald ein Genosse hier Kritik übt, er nachher vollständig von den Ministern zugebedt wird. Wir achten die Ueberzeugung der Genossen in der Regierung, aber wir verlangen, daß sie auch unsere Ueberzeugung achten, wir wollen durch unsere Kritik die Partei vorwärts treiben.

Dr. David: Der Genosse Wiffell hat Kritik geübt an der Regierung, der er selber angehört. Selbstkritik ist ja nun gewiß eine gute Sache, aber wir Kollegen des Genossen Wiffell in der Regierung sind doch berechtigt, die Frage an den Genossen Wiffell zu stellen: welche Anregung hat er im Kabinett gegeben, der nicht Folge geleistet worden wäre? Welchen Antrag hat er in Bezug auf Sozialisierung usw. gestellt, der abgelehnt worden wäre? Da würde die Antwort zu geben sein. Nichts, keine! (Zuruf: Ja der Presse hat es gestanden!)

Die Denkschrift, die vom Genossen Wiffell verfaßt oder wohl in erster Linie verfaßt ist von dem früheren Ingenieur der U. C. P., seinem Unterstaatssekretär von Müllendorf . . . (Zurufe.) Lassen Sie mich doch ausprechen, es ist doch kein Vorwurf, aber ich muß doch den Autor nennen. Diese Denkschrift ist im Kabinett noch nicht beraten worden. Sie ist auch nicht durch eine Indiskretion der bürgerlichen Presse herausgekommen, sondern durch eine Indiskretion im Ministerium des Genossen Wiffell. Also die ganze Sache ist nicht abgeschlossen, sie ist nicht beraten; wir konnten sie nicht beraten, da die Friedensdinge die ganze Arbeitskraft des Kabinetts in Anspruch nahmen und wir vor allem die neuen Grundlagen, die der Friede bringt, haben müssen, bevor wir ein wirtschaftliches Programm aufstellen können.

Das Urteil, das Genosse Wiffell an Nationalversammlung und Regierung gefällt hat, war herb. Ich bin überzeugt, daß die Geschichte ein gerechteres Urteil fällen wird. Der künftige Geschichtsforscher wird sagen: dieses Parlament hat eine ungeheure Leistung vollbracht. Es hat es fertig gebracht, das Chaos, das das zusammengebrochene frühere System hinterlassen hatte, die vollkommene wirtschaftliche und moralische Zerrüttung innerhalb unseres Volkes infolge des Krieges doch einigermaßen zu meistern. Es hat es fertig gebracht, während von außen durch den Waffenstillstand die Dinge noch immer schlimmer wurden und im Innern fortgesetzt soziale Erdbeben stattfanden, den politischen Verhältnissen feste Formen zu geben und zu verhüten, daß alles in blutigen Bürgerkrieg und einen wirtschaftlichen Trümmerhaufen sich verwandelte. Wenn die große Aufgabe der Konsolidierung mit ihren ungeheuren Schwierigkeiten zum Abschluß kommt, so steht dieses Parlament, diese Nationalversammlung, und ich glaube auch ihr Vertrauensauschuß in der Regierung, vor der Geschichte gerechtfertigt da. (Zustimmung.)

Man sagt nun freilich: Was ist es denn, was sie geleistet haben? Die Formaldemokratie! Ich bedauere, daß dieses Wort von einem Minister hier ausgesprochen ist. Was wir durch die Jahrzehnte hindurch als unser politisches Ziel im Volk vertreten haben, was wir als die Voraussetzung jedes weiteren Fortschrittes hingestellt haben, das wird jetzt mit der Geste „Formaldemokratie“ betruttet. Ja, wenn man dem Volke, nachdem es eine so gewaltige Errungenschaft erobert hat, sagt: ach, das ist ja eigentlich nichts, wie soll man sich denn wundern, wenn das Volk keine Begeisterung für das Errungene empfindet. (Sehr richtig!) Ist es wirklich nichts, der Zusammenbruch des alten absolutistischen Systems und seine Ersetzung durch eine Demokratie, was sie kein Volk hat? (Zurufe: Daran hat die Regierung keine Schuld!) Die Regierung hat das Chaos übernommen und sofort diese Dinge verfassungsmäßig fixiert. (Erneute Zurufe.) So leicht war ja das doch wahrhaftig auch nicht. Diese Formaldemokratie gibt der Masse des Volkes, den Arbeitern, den 80 bis 90 Proz., die politische Gewalt in die Hand in Gemeinde, Staat und Reich, vorausgesetzt, daß diese arbeitende Masse in sich einig ist, daß sie politisch erzogen ist, daß sie das Instrument richtig benützt, was sie in die Hand bekommen hat.

Daß sie es noch nicht genügend benützt hat, liegt nicht an Regierung und Nationalversammlung, das liegt doch wohl an der politischen Rückständigkeit des Volkes selber. (Lebhafte Zustimmung.) Dagegen richte man also die Kritik. Nun sagt man, das Volk sei enttäuscht, weil kein neuer Geist von Nationalversammlung und Regierung ausgegangen sei. O doch, der neue Geist, der Appell an das demokratische und soziale Pflichtbewußtsein ist wiederholt ins Volk hinausgegangen. Ich erinnere an das Wort Oberis: Sozialismus ist Arbeit! Es wurde darauf hingewiesen, daß nur die pflichttreue Arbeit jetzt

unser Volk aus den inneren Nöten retten könne. Was war die Antwort? Eine Streikpöhsel! Eine weitere Zerrüttung des Wirtschaftslebens, weil große Gruppen des arbeitenden Volkes in der Revolution nur eine große Apathiebewegung sahen, wie Emil Barth es treffend ausgedrückt hat. (Sehr wahr!) Man dachte gar nicht daran, aus sozialem Pflichtbewußtsein dem Interesse des Ganzen zu dienen und, um die Nöte zu heben, jetzt intensiver und gewissenhafter zu arbeiten als früher, weil man nur daran dachte, die Geldlöhne möglichst rasch in die Höhe zu treiben, die Arbeitszeit noch weiter zu verkürzen und, das war das schlimmste, in der gegebenen Arbeitszeit nicht intensiver, nicht gewissenhafter zu arbeiten, sondern schlechter und weniger. (Zurufe: Der Hunger!) Der Hunger wird eingeworfen, aber diese intensiveren, gewissenhafteren, von sozialem Pflichtgefühl erfüllte Arbeit war ja das einzige Mittel, um dem Hunger zu entgehen.

Was hat es uns denn unmöglich gemacht, während der Waffenstillstandszeit schon Lebensmittel ins Land hereinzubringen? Die Streiks, der Mangel an Kohle, der Mangel an Kali, mit denen wir Brot hätten hereinlaufen können, der Mangel an anderen Exportwaren für Industrien, in denen wir Rohmaterial hatten, in denen aber nicht gearbeitet wurde. So ist der Appell an das Pflichtgefühl des Volkes beantwortet worden. Und da liegt ja auch heute noch die Grundursache dafür, daß wir uns noch immer in diesem Tiefstand befinden.

Also wenn das Volk mit der Regierung unzufrieden ist, so sage ich, die Regierung, die Nationalversammlung hat auch allen Grund, mit großen Teilen des Volkes unzufrieden zu sein. (Sehr wahr!) Und wenn die Wahrheit ausgesprochen werden muß und soll, so sagen Sie das auch draußen sehr deutlich und sehr scharf, daß es Rettung nicht gibt, bevor nicht dieses soziale Pflichtbewußtsein in den Arbeitermassen einkehrt, bevor man nicht einsieht, daß wir ohne dieses in den Untergang hineingehen. . . (Lebhafte Zurufe.) Ich habe nur kurze Redezeit, sonst würde ich selbstverständlich das ganze Bild aufrollen, aber ich muß voraussetzen, daß Sie nicht von mir annehmen, daß ich nicht auch noch andere Gründe von der anderen Seite im kapitalistischen Lager sehe. Aber es ist gut, auch einmal hier hervorzuhoben, was von der Arbeiterseite verfehlt wird, wenn erklärt worden ist: der neue Geist sei dem Volke nicht verhängt worden, er sei nicht verkündet worden von Regierung und Nationalversammlung.

Das kapitalistische System hatte die große Springsfeder, die die Produktion zu ungeheurer Höhe steigerte in dem Eigeninteresse des einzelnen, des kapitalistischen Unternehmers, aber auch des Arbeiters, den eventuell die Hungerpeitsche traf, wenn er nicht genügend arbeitete. Diese Springsfeder des Wirtschaftslebens ist entspannt. Der Sozialismus will eine andere Springsfeder einsetzen, nämlich das soziale Pflichtbewußtsein. Aber diese Springsfeder ist noch nicht da. Das ist der Kernpunkt der ganzen Schwierigkeit, in der wir uns befinden. (Zustimmung.)

Genosse Wiffell appelliert ja auch, und da bin ich vollkommen mit ihm einverstanden, an dieses Pflichtbewußtsein. Aber was haben die Appelle bis jetzt für einen Erfolg gehabt, und was dürfen wir weiter von ihnen erwarten? Wir müssen Idealisten sein, wir müssen erwarten, daß die Arbeiterschaft sich mehr und mehr auf diesen höheren sozialen Pflichtenstandpunkt hinaufarbeitet. Aber wir müssen mit dem Gegebenen rechnen und müssen uns hüten, Dinge jetzt für möglich zu halten, die unmöglich sind, solange diese neue Springsfeder nicht mit der nötigen Kraft arbeitet.

(Auf Beschluß des Parteitags wird die Redezeit für den Redner um weitere zehn Minuten verlängert.)

Deshalb ist auch der Gedanke einer rein sozialistischen Regierung, von dem einige Genossen die Erfüllung erwarten, ein Trugschluß. Auch eine rein sozialistische Regierung könnte das nicht machen. Der Kollege Wiffell hat ja selbst gesagt: eine Vollsozialisierung im Handumdrehen ist unmöglich, und die rein sozialistische Regierung würde nicht nur in den kapitalistischen Kreisen sehr schwer zu überwindende Gegenkräfte haben, sondern auch in der Masse der Arbeiterschaft würden ihr die größten Schwierigkeiten erwachsen, eben, weil jenes soziale Arbeitspflichtgefühl noch nicht entwickelt ist.

Darum ist es falsch, die Koalitionsregierung als den eigentlichen Hemmschuh hinzustellen. Es ist auch nicht so; ich konstatiere hier vor der Öffentlichkeit, daß uns aus den Reihen der nichtsozialistischen Kabinettsmitglieder Hemmnisse auf diesem Gebiete nicht gekommen sind. (Zurufe: Hört, hört! Was Na, na!) Wir haben ein gemeinsames Programm aufgestellt und vom ersten Tage an in der Linie dieses Programms gearbeitet. (Zuruf vom Genossen Davidsohn: Und Gotheim mit den Militärwerkstätten?) — Gotheim hat die Militärwerkstätten in die Zivilverwaltung übergeführt. (Davidsohn: An die Kapitalisten verramscht!) — Das mühten Sie erst nachzuweisen! (Zuruf: Ja wohl!) Im Kabinett ist beschlossen worden, diese Betriebe aus der Militärverwaltung in die Zivilverwaltung überzuführen, sie möglichst auf Zivilproduktion einzustellen nach den Gesichtspunkten von sozial verwalteten Staatsbetrieben, und wenn nun bei der Ausführung irgendwelche Mißstände vorkommen, bitten wir sehr, die uns zur Kenntnis zu geben, damit wir in der Lage sind, da nach dem Rechten zu sehen. Im Kabinett sind die Beschüsse über das Nächsthem und über die Gesamtkriterien der Sozialisierung usw. einstimmig gefaßt worden. Hemmnisse waren dort nicht vorhanden.

Parteilgenossen! Ich meine also, eine rein sozialistische Regierung kann auf diesem Gebiete auch nicht springen, sondern muß langsam gehen, immer Schritt für Schritt nach den gegebenen Möglichkeiten. Aber eins müssen die Arbeiter einsehen: Lohnvermehrung, einseitig erzwungen von einzelnen Gruppen, weiteres In-die-Höhe-Treiben der Geldlöhne kann uns nicht retten, wenn nicht zugleich eine Gütervermehrung stattfindet. Das hat ja alles nur zur Folge, daß der Geldwert immer mehr sinkt. (Sehr richtig!) Wenn nicht die Warenmassen, die gekauft werden sollen, vermehrt werden durch vermehrte Produktion, so kommen wir aus dem Elend gar nicht heraus. (Sehr richtig!) Das muß jedem draußen largemacht werden.

Der Genosse Wiffell meinte nun, dadurch, daß man den Arbeitern das Mitverantwortlichkeitsgefühl an der Wirtschaft gebe, dadurch, daß man eine planmäßige Einordnung des einzelnen in die Gesamtwirtschaft durchführt, werde dieses Arbeitsgefühl erzeugt, die Intensität der Arbeitsleistung gesteigert. Gewiß, Parteilgenossen, dieses Verantwortlichkeitsgefühl für das Ganze, das Bewußtsein, nicht für den Kapitalisten, sondern für die Gesamtheit zu arbeiten, nicht durch die Intensität der Arbeit den Mehrerwerb irgendeines privaten Profitmachers zu steigern, sondern dem Wohle der Gesamtheit zu dienen, wirkt stark ergebend und arbeitsfördernd bei allen Arbeitern. Die idealen Ermüdungen zugänglich sind. Das ist zweifellos und ist auch das, was uns zu Sozialisten macht. Aber es darf nicht vergessen werden, was wir heute erleben, daß die Mehrheit der Arbeiter noch nicht durch solche Ermüdungen geleitet wird. Wir haben sozialistische Betriebe, die früher staatssozialistische Betriebe waren. Nachdem die Regierung demokratisiert ist, nachdem an der Spitze der Regierung Sozialdemokraten stehen, nachdem für Mitbeteiligung und Heranziehung der Arbeiter auch in den Staatsbetrieben Sorge getragen ist und immer mehr Sorge

getragen werden muß, haben wir in Eisenbahn, Post und Telegraphie usw. sozialistische Betriebe. Und was müssen wir erleben? Wir mußten erleben, daß die Arbeitsintensität, die Arbeitsleistung immer mehr sank und daß die Lohnforderungen nur immer gesteigert wurden, abgesehen die preussischen Eisenbahnen zum Beispiel, die früher Hunderte von Millionen Mark Rente für den Staat abwarfen, heute mit Defizit arbeiten und noch einer Angabe des Ministers Dejer in diesem Jahre mit einem Milliardendefizit rechnen müssen. (Hört, hört!) Diese Lohnerhöhungen wurden also herausgeholt auf Kosten der Gesamtheit. (Zuruf: Wohin fliehen die Einnahmen?) In die Staatskassen, wo die Demokratie und ihre Minister sie zu verwalten haben und das demokratische preussische Parlament selber und Pfennig zu kontrollieren hat. (Bravo!) Und wenn sie dort nicht hineinkommen, sondern wenn ein Defizit gedeckt werden muß, muß es aus den Steuern der Gesamtheit aufgebracht werden. (Sehr richtig!) Es handelt sich also nicht um einen Kampf gegen den Geldsak und Kapitalisten, sondern um einen Kampf gegen den Besitz der Gesamtheit. (Sehr richtig!) Das Hauptproblem ist also: Steigerung der Produktivität, das allein kann uns retten.

Und nun, Parteigenossen, möchte ich Sie — das ist besser als noch viele Worte — auf ein Bülchlein: „Die Bilanz des russischen Bolschewismus“ aufmerksam machen von dem russischen Sozialdemokraten Dimitry Gornowski, der von der russischen Sozialdemokratie zur Berner Konferenz delegiert war. Er schildert darin den Verlauf der russischen Revolution und deckt dabei den eigentlichen Grund des Scheiterns des Sozialismus dort auf. Da finden Sie ein treues Spiegelbild unserer Verhältnisse, ein großer Hauch im Anfang und dann ein Verlagen der Arbeiterschaft in ihrer Masse in bezug auf die Arbeitsleistung. Kerenski, sagt er, ging daran zugrunde; er war ein Steuermann, der das Schiff dirigierte, aber die Maschinen gingen nicht, die Schrauben drehten sich nicht, und so war es ein Spielball der Winde. Dann haben die Bolschewisten ihn bei der Arbeiterschaft dadurch aus dem Sattel gehoben, daß sie sagten: Ja, es gibt noch zuviel Kapitalisten, wir müssen alles sozialisieren, wir müssen den privaten Profitmacher sofort und auf der ganzen Linie ausschalten; dann erst wird die Arbeiterschaft mit Feuerkraft arbeiten und die Wirtschaft zur höchsten Entwicklung bringen. Sie bekamen die Herrschaft, und was geschah dann? Die Arbeitsintensität sank noch viel mehr, sie sank geradezu schauderhaft, so daß schließlich die Bolschewisten, nachdem alles Appellieren an den neuen Geist nichts half, mit brutalen Strafen gegen jeden Streikenden vorgegangen sind (Hört, hört!), daß sie in den Betrieben den Stücklohn wieder einführen und schließlich große Kapitalisten des Auslands heranzogen, um kapitalistische Betriebsunternehmungen usw. wieder aufzugeben, um so aus dem schlimmsten Chaos wieder herauszukommen. Hier haben Sie das warnende Beispiel!

Und nun das Positive! Was haben wir zu tun. Unser Programm muß sein: erstens im Volke das Bewußtsein der Demokratie, ihres Wesens, zu verbreiten, ihnen klarzumachen, welche gewaltigen Errungenschaften es erlangt hat und wie notwendig es ist, daß es selber sie nicht gefährdet, sondern bewahrt. Zweitens Sozialismus. Einmal ist der Weg der Staatsmonopole gegeben auf all den Gebieten, wo die Arbeit hinreichend kontrolliert werden kann, in allen Betrieben, die ihrer Natur nach eine zentrale klare Organisation zulassen. Ferner Enteignung des Staates. Das ganze Kabinett ist sich einig in einer höheren Vermögensabgabe, die ganz von selbst zu einem weitgehenden Eigentumsrecht des Staates führt und dadurch auch zu einem weitgehenden Mitbewaltungsrecht. Weiter: Der Staat, der in das Privateigentum kommt, wird in vielen Fällen die Gemeinwirtschaft als Übergangsstufe pflegen müssen, als die einzige, die unter den gegebenen Verhältnissen zurzeit möglich ist.

Schließlich — wer soll die Lösung über die einzuschlagenden Wege schaffen? Das kann weder das Kabinett noch der Parteitag, noch eine politische Partei, sondern dafür wollen wir eben als die Hülforgane die Wirtschaftsräte schaffen. Das ist das Organ, das die neue Wirtschaftsorganisation, die allmähliche Entwicklung zu höherer Zweckmäßigkeit nach Maßgabe des Möglichen unter Berücksichtigung der gegebenen Verhältnisse und Menschen Schritt für Schritt weiter zu entwickeln hat.

Deshalb kommen wir mit großen Schlagworten nicht weiter (Sehr richtig!), sondern das erste ist, jetzt einmal das Organ zu schaffen und dann diesem Organ die schwierige Aufgabe zu überlassen, dem Ziele der Umbildung unserer Wirtschaft zuzustreben, das wir für das richtige halten. Würden wir anders verfahren, würden wir dem Volke Illusionen machen, die wir nicht erfüllen können, so würden wir nur zu einem Fiasko des Sozialismus gelangen. (Sehr richtig!) Das öfter muß verhindert werden. Deshalb sage ich, auf diesem Gebiete ist die kühlste und nüchternste Betrachtung nötig; hier können wir nicht springen, sondern müssen auf der Linie der Zweckmäßigkeit Schritt für Schritt prüfend vorwärts gehen. Dieser Schritt für Schritt heute wird im Laufe der Zeit die große Entwicklung darstellen. Der Übergang von einem Wirtschaftssystem zu einem anderen ist nicht so leicht wie der Übergang von einem politischen System zu einem anderen. (Sehr richtig!) Schon bei letzterem ist es schwer, daß sich der neue Geist rasch überall durchsetzt. Aber im Wirtschaftselben ist es unendlich viel schwieriger, und jedes Fiasko durch Ueberstürzung muß die Masse des Volkes büßen. Wir müssen verhindern, daß ein solches Fiasko entsteht. Und darum: Schritt für Schritt vorwärts, Schritt für Schritt aufwärts einer schöneren, herrlicheren Zukunft entgegen. (Lebhafte Beifall.)

Genossin Raumerer-Leonhard-Hamburg: Ich glaube, daß die letzten Sätze, die Genosse David aussprach, sich vollkommen mit den Ausführungen des Genossen Bissell decken (Sehr wahr!) und daß die überwältigende Mehrheit der Parteimitglieder ganz und gar hinter den Ausführungen des Genossen Bissell steht (Lebhaftes Sehr richtig!), daß wir alle nur sein energisches Bekenntnis zur Gemeinwirtschaft begrüßen können (Sehr wahr!), und ebenso das Bekenntnis, das Genosse Braun in der uns vorliegenden Resolution zur Gemeinwirtschaft abgelegt hat. Was die Sozialisierung anlangt, so gilt ja für sie doppelt und dreifach, was heute für die Partei im allgemeinen gilt, nämlich: daß es jetzt nicht mehr darauf ankommt, viele schöne Worte zu machen oder neue Ideen zu finden, sondern daß, was von den alten Ideen dafür reif ist, in die Wirklichkeit zu überführen (Sehr wahr!), daß es heute nicht mehr unsere Aufgabe ist, von der Utopie zur Wissenschaft, sondern von der Wissenschaft zur Praxis. (Sehr gut!) Die Ansicht, daß wir die Durchführung der Sozialisierung vertagen müßten, weil die Wirtschaftslage heute eine so schwierige ist, diese Ansicht birgt in sich selbst einen gewissen Widerspruch. (Sehr richtig!) Genosse Bissell hat gewiß mit dem größten Recht gesagt: je schwieriger die wirtschaftliche Lage ist, desto schwieriger ist die Sozialisierung durchzuführen, aber desto notwendiger ist sie auch. (Sehr richtig!) Wenn es stimmt, wovon wir alle überzeugt sind, daß der Sozialismus, die sozialistische Wirtschaftsordnung die überlegene, bessere Ordnung darstellt, daß die Sozialisierung die Produktivität erhöht, wenn das stimmt, dann haben wir doch heute noch nicht weniger, sondern mehr Grund als sonst, sie einzuführen. (Sehr wahr!) Gerade die Not zwingt, das beste System anzuwenden. Es ist ja auch die Not und nicht der eigene Wille gewesen, der die alte reaktionäre Regierung gezwungen hat, mitten im Kriege noch den sogenannten Kriegs-

sozialismus einzuführen. Wir sind uns alle darin einig, daß man die Sozialisierung nicht von heute auf morgen durchführen kann. Aber wir können es nicht länger hinausschieben, die Vorbereitungen zu schaffen, die für ihre Durchführung notwendig sind. (Sehr wahr!)

Ich möchte nur auf drei Vorbereitungen hinweisen, die hier noch nicht eingehend behandelt sind. Das erste ist die Durchführung der Demokratie in den Betrieben. Genau so wie der sozialistische Staat sich entwickelt aus dem demokratischen und parlamentarischen Staat, so muß der Sozialisierung in der Wirtschaft die Demokratisierung und Parlamentarisierung vorangehen. (Sehr wahr!) Wie früher die Vertretungen des Volkes, die Parlamente, im Staat die Alleinherrschaft der Fürsten gebrochen haben, so muß jetzt durch die Vertretung der Arbeiter, die Arbeiterräte, die Alleinherrschaft der Unternehmer in den Betrieben gebrochen werden. (Sehr richtig!) So wie die Parlamente früher den Fürsten, so werden jetzt die Arbeiterräte den Unternehmern ein Recht nach dem anderen abnehmen, werden sie die Unternehmer langsam verdrängen, bis sie schließlich überflüssig werden, wie heute die Fürsten im Staat, damit die Sozialisierung sich vollendet. Ganz gewiß kommt neben diesem Weg der Sozialisierung auch der Weg über die Kommunisierung und Verstaatlichung in Betracht. Aber im Gegensatz zu diesem Weg von oben herunter, zu diesem Weg der Verordnungen und Befehle, wird der Weg der Sozialisierung von unten herauf durch die Arbeiterparlamente, die Arbeiterräte (Sehr richtig!) ganz gewiß der allgemeinere, der organischere Weg bleiben. Aber es genügt nicht, wenn die Arbeiter die Macht in den Betrieben erlangen, sie müssen dazu auch die Fähigkeit erhalten, diese Macht richtig auszunutzen. (Sehr richtig!) Das Wissen, die Bildung muß in ganz anderer Weise wie bisher gefördert werden. Neben der praktischen Bildung, die den Arbeitern durch die Einsicht in die Betriebe, die sich den Arbeiterräten jetzt eröffnet, zuteil wird, neben den Kursen, die Gewerkschaften und Partei im allergrößten Maßstabe für die Arbeiterräte einrichten sollen, ist auch die Bildungspolitik der Fraktion, die Schulreform, in diesem Sinne ein Stück praktischer Sozialisierung. Als dritte wichtigste Vorbereitungsmaßnahme für die Sozialisierung kommt die Internationalisierung in Betracht. Kein Argument der Sozialisierungsgegner ist so unüberleglich wie dies, daß die Sozialisierung nur international durchführbar ist. Aber ich glaube, daß diese Tatsache, anstatt von der Sozialisierung abzuschrecken, uns nur antreiben sollte, die Internationalisierung noch energischer als bisher zu fördern. Ich glaube, daß auf diesem Gebiet manches verläumt ist, und daß die Rechtfertigung der Fraktion und des Parteivorstandes in bezug auf die äußere Politik nicht ganz so überzeugend ausgefallen ist, wie in bezug auf die innere Politik. Es ist nicht ganz unverständlich, wenn unsere Genossen in den anderen Ländern, die mehr noch als wir nach den äußeren Tatsachen urteilen müssen, manchmal Zweifel an der Echtheit einer Revolution hegen, die in Heer, Staat und Parlament die allein missglückigen Führer, die Hindenburg, Dernburg, Erzberger und Fehrenbach an erster Stelle läßt, einer Revolution, die die Könige laufen läßt und die Revolutionäre erntet. (Sehr gut!) Wir kaufen heute Gefahr, daß das sozialistische Deutschland in der sozialistischen Internationale genau so isoliert dasteht, wie früher das kapitalistische Deutschland in der alten Welt. Wir sollten nicht die Fehler begehen, die Weltrevolution, wie früher die deutsche Revolution, solange als Utopie von der Hand zu weisen, bis sie eines Tages da ist und uns unvorherreitet findet. Die Weltrevolution ist ganz gewiß eine Utopie in dem Sinne, wie die Kommunisten sie auffassen, als ein verzögerter Straßenputz, aber sie ist keine Utopie in dem Sinne wirtschaftlicher Umwälzungen, der Umde-

nung der Besitzverhältnisse, der internationalen Sozialisierung. Ich möchte nur, um das zu beweisen, einige Sätze von 8 Genossen aus anderen Ländern anführen, die uns allen bekannt sind als besonnene und vernünftige Genossen, als Genossen, die auf dem rechten Flügel der Partei stehen. So sagt Branting: „Dem Kriege muß eine umfassende Wandlung der Besitzverhältnisse folgen, damit das Nationalvermögen, das jetzt in den Händen der Finanzkapitalisten ist, für nationale Zwecke verwendet werden kann.“ Genau dasselbe sagte Sachin vor einiger Zeit in der „Humanität“ und genau dasselbe sagt Henderson, wenn er ausspricht: „Die Hauptursache der immer wachsenden Unruhen unter den Arbeitern ist der Einfluß der Arbeiter, die ganze gegenwärtige Struktur der kapitalistischen Wirtschaft in Frage zu stellen.“ Die Hauptursache ist der Niederbruch des herrschenden kapitalistischen Wirtschaftssystems in dem Sinne, daß die Masse der Arbeiter zu der festen Ueberzeugung gelangt ist, daß die Produktion für den privaten Profit keine gerechte Grundlage mehr für die Wirtschaftsordnung bildet. Ich möchte zusammenfassend sagen, daß ich glaube, die Partei und die Fraktion im allgemeinen muß sich mehr noch als bisher dem Problem der Sozialisierung und Internationalisierung als Hauptproblem zuwenden. Jede Zeit, jede Revolution hat ihre Aufgabe, die sie vor allen anderen Aufgaben zu lösen berufen ist. Wie die Aufgabe der Revolution des vergangenen Jahrhunderts die politische, wie hier gesagt worden ist, die formale Demokratie war, so ist die Aufgabe der jetzigen Revolution die Sozialisierung, die wirtschaftliche Umwälzung. Nur dadurch können wir das Vertrauen der Arbeiter in den anderen Ländern und hier bei uns wiedergewinnen. Nur durch radikale Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiete können wir auch die Einigung wieder herbeiführen, nicht durch Konferenzen oder Resolutionen. Ich glaube deshalb, daß die besten Kräfte der Fraktion diesen Problemen gewidmet werden müssen. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender Löbe: Es ist noch Antrag 275 eingegangen, der zu diesem Punkt der Tagesordnung gehört.

Brennede-Frankfurt a. M.: Nachdem unsere eigene Regierung während der Wochen und Monate vor der Nationalversammlung kein rechtliches Vertrauen zu den Arbeiterräten, den Treuhändern der Revolution, hatte, waren die Hoffnungen, die von unserer Anhängerenschaft auf das Wirken der Nationalversammlung gesetzt wurden, natürlich sehr groß. Aber schon nach wenigen Wochen wurden diese Hoffnungen arg enttäuscht, und an ihre Stelle ist geradezu eine Erbitterung gegen die Nationalversammlung getreten. Es ist notwendig, zu untersuchen, ob diese Erbitterung berechtigt ist, und ob alles so hätte kommen müssen, wie es nun einmal gekommen ist. Es ist ja unbedingt richtig, daß eine Koalitionsregierung Platz nehmen mußte, nachdem unsere Genossen von den Unabhängigen es ablehnten, mit uns gemeinsam die Regierung zu führen. Aber daß es nicht möglich war, während der Tagung der Nationalversammlung noch mehr für unsere Ideale zu erwirken, das muß doch bestritten werden. Schon die eine Tatsache, daß der Präsident des alten Reichstages, Herr Fehrenbach, derselbe, der im Dezember vorigen Jahres den Reichstag zusammenberufen wollte, als Instrument der Gegenrevolution, auch wieder auf den Präzidentenstuhl des neuen Hauses gesetzt wurde, hat Enttäuschung und Erbitterung bei unsern Anhängern hervorgerufen. Dann aber vor allem das praktische Ergebnis im Ministerium und der Nationalversammlung. Obwohl die Rat des Volkes täglich sieg und obwohl alles nach Tätigkeit schrie, mußten wir sehen, daß man sehr lange darüber diskutieren konnte, welche Platte in Zukunft das Deutsche Reich führen sollte. Man hörte auch davon, daß wieder ein Staatsanmarsch eingeleitet wurde, und man sah nicht, daß man endlich einmütig

erst gemacht wurde mit der alten Forderung der Einheitspolitik, sondern an Stelle der gestürzten Fürsten wurden, man möchte beinahe sagen, rote Fürsten gesetzt, die ebenso fest in ihrem Sattel saßen wie die alten. (Zuruf: Jaunhäutige!) Sehr richtig! Darum müssen wir hier ganz besonders die Forderung erheben, daß mit diesen Staatengebilden endlich Schluß gemacht wird, daß man unsere eigenen Genossen ganz energisch den Stuhl vor die Tür setz, wenn nicht mit diesem Anflug bald aufgehört wird. (Sehr richtig!) Ebenso sind die Hoffnungen auf die Nationalversammlung in den Fragen der inneren Reform zum großen Teil zerschanden geworden. Wo ist mit der Einheitschance der Anfang gemacht worden? Man streitet sich in den Bundesstaaten, in den einzelnen Städten herum, aber an das Grundübel wagt man sich nicht heran. (Zuruf: Und das Wahlergebnis?) Dann vor allem die Frage der Lebensmittelversorgung. Ich bedaure, daß wir es nicht fertig bekommen haben, die Lebensmittelversorgung, vor allem die Lebensmittelbezugsfrage in anderer Weise zu regeln. Man hätte doch unbedingt eine Preisstaffelung einführen müssen, aber man wollte, daß das Reich unter seinen Umständen Geld darauflegen sollte. Ich muß mich auch wenden gegen die Anschauung, die aus den Worten des Genossen David hervorgeht, daß die Arbeiterklasse rein mutwillig nur immer Lohnbewegungen gemacht habe. Nein, die Lohnbewegungen sind immer erst gekommen, wenn die Lebensmittel und Wohnungen dauernd im Preise hinaufgingen. (Sehr richtig!) Was David anführte, ist nichts anderes, als was uns heute von den Unternehmern jeden Tag entgegengehalten wird, die Theorie: „Ihr müßt erst mit den Löhnen heruntergehen, dann können die Preise heruntergehen.“ (Zuruf: Das ist nicht ausgeführt worden.) Nein, aber wer sein hören kann, muß sagen, daß das eine ganz natürliche Folgerung von dem war, was er gesagt hat.

Nun haben wir aus Frankfurt a. M. einige Anträge gestellt. So fordern wir, daß der Zinsfuß der Kriegsanleihe wesentlich herabgesetzt werde, und wir hoffen, daß man gegenüber den Besitzern der großen und hohen Kriegsanleihen nicht nur den Zinsfuß herabsetzt, sondern bei der Vermögensabgabe steuerrückständig diese Kriegsanleihe einzieht. Was da bisher geschehen ist, kann uns nicht befriedigen, das sieht nicht nach dem Wort Scheidemanns aus, daß nicht einer an diesem Kriege Verdienste haben dürfe. Die Steuerfrage ist durchaus nicht in unserem Sinne gelöst worden. Mit Wissells Richtlinien sind wir einverstanden. Sie haben auch den Beifall des ganzen Parteitag gefunden. Deshalb verstehen wir nicht, daß ein anderer Minister, Genosse David, gleich hinter Wissell auftritt und den Finger zur Warnung erhebt. (Lebhaftes Sehr richtig!) Wissells Rede ist uns wie ein Schrei an die Öffentlichkeit erschienen. (Starke Zustimmung.) Wir wollen jetzt wissen, wie die anderen Minister zu ihm stehen. Wir wollen wissen, ob in dem Kampf zwischen Dernburg und Wissell der Manchestermann Dernburg den Sieg davontragen wird. Wir stehen einmütig hinter Wissell, wenn uns auch manche seiner Ausführungen nicht gefallen haben. Sein Grundprogramm ist aber unser wirtschaftliches Zukunftsprogramm und muß durchgeführt werden. Die Schwereigkeiten der Koalitionspolitik sind eine Folge unserer Einigung mit den Bürgerlichen schon während des Krieges. Wenn jetzt aber die Bürgerlichen in reaktionärem Sinne ihre Köpfe erheben, dann sollten wir ihnen endlich sagen: bis hierher und nicht weiter! Wir weichen nicht ab von Wissells Programm! Mit der Kammerbesetzung sind unsere Forderungen wahrlich nicht erschöpft, das muß den Bürgerlichen immer wieder gesagt werden. Das Hauptstück unserer Arbeit liegt auf wirtschaftlichem Gebiete.

Zu kurz gekommen ist in der Nationalversammlung auch das Wohnungs- wesen. Es ist sehr viel über Siedlungsgesetze und Siedlungsfragen geschrieben

worden. Aber jetzt, wo es gilt, die Worte in die Tat umzusetzen, versagt die Nationalversammlung. (Hermann Müller: Soll sie Kohlen machen?) Nein, sie soll Grund und Boden enteignen. (Zuruf: Damit haben wir noch keine Häuser! Zuruf Hermann Müllers: Die Wohnungsfrage ist nichts weiter als eine Kohlenfrage!) Wir können uns nicht davon überzeugen, daß in der Sozialisierung nicht mehr hätte geschehen können. Ich stimme Wissell zu und gehe noch weiter als er: Was bisher gemacht worden ist, kann man schwerlich als Sozialisierung bezeichnen. Das gilt besonders von der Kohlenfrage. Werben wir wieder, was wir früher gemeint sind. (Beifall.)

Robert Schmidt: Wir können Wissell dafür dankbar sein, daß er volkswirtschaftliche Probleme erörtert hat, die für die Partei und die politische Konstellation von ganz besonderer Bedeutung sind. Als Ernährungsminister habe ich natürlich ein besonders großes Interesse an seinen Ausführungen, aber ich muß mich doch sehr entschieden gegen die Kritik Wissells wenden. Er hat überhaupt, wir hätten sein Programm gehabt; demgegenüber muß ich feststellen, daß mir ein ganz bestimmtes Programm der Sozialisierung gehabt haben. Das Programm aber macht es nicht, sondern der Inhalt und die praktische Durchführung. (Lebhaftes Sehr richtig!) Wenn Sie den ersten und den zweiten Teil der Rede Wissells miteinander vergleichen, so werden Sie zugehen müssen, daß er Ihnen sehr viel Wasser in den Wein der Sozialisierung gegossen hat. (Begeistertes Sehr richtig!) Und ich bedaure nur den Mangel an Kritik, den der Parteitag in der Beurteilung des Unterschiedes zwischen Neben und Tat beweist. Wissell ist es doch gewesen, der die Sozialisierungskommission hochfliegen ließ, weil er glaubte, auf seinem Gebiet für die volle Sozialisierung arbeiten zu können. Das Reichswirtschaftsamt ist der Bremsblock für die Sozialisierung gewesen, mit seinem Bureaukraten und seinem Bureaukratismus, so erklärte damals die aufgelöste Kommission, und zwar auch unsere Parteigenossen, die der Kommission angehörten. Die Unabhängigen in der Kommission haben vielfach durchaus verhängnisvolle Anschauungen vertreten. So wenig ich Hilferding in seiner politischen Auffassung folgen kann, in so weitgehendem Maße kann ich ihm in der Frage der Sozialisierung zustimmen. Was ist denn nun an Sozialisierung geleistet worden? Die Kohlegemeinschaft ist ja ein Stück der großen Planwirtschaft, aber sie ist doch nur ein sehr schwächlicher Weg zur Sozialisierung. (Beifall.) Wenn das Sozialisierung ist, dann danke ich dafür. (Zustimmung.) Bisher ist die ganze Kohlegemeinschaft doch nichts weiter als eine Gesellschaft zur Bestimmung der Preise, und zwar bisher für eine erhebliche Höherhebung der Preise. Wenn das Sozialisierung sein soll, dann wird doch sehr bald, wenn die Planwirtschaft sich erst vollständig eingelebt hat und erkannt worden ist, eine lebhaftere Enttäuung darüber einsehen.

Nun hat Wissell behauptet, er habe von bürgerlicher Seite mit außerordentlichem Widerstand zu kämpfen gehabt. Das gibt mir Veranlassung zu dem Hinweis, daß zur Zeit der Einbringung des Kaltegesetzes durch Wissell, das sich nur mit der Preisregelung befahte, gerade ein Bürgerlicher gefragt hat: wo bleibt denn die Sozialisierung? Da hat der Wirtschaftsminister Wissell gesagt: So schnell geht das nicht mit der Sozialisierung, wir müssen erst einmal eine Preisregelung eintreten lassen. Erst durch den Druck des Kabinetts und des bürgerlichen Vertreters ist es gelungen, Wissell zur Regelung der Kaltefrage entsprechend der Kohlegemeinschaft zu bestimmen. (Lebhaftes Hört, hört!)

Ich komme zu einem anderen Punkte. In der bekannten Schrift des Reichswirtschaftsamts über die Planwirtschaft verlangt Wissell 5 Milliarden für die Industrie zur Begünstigung der Ausfuhr. Ich danke dafür, daß die

Industrie, nachdem sie während des Krieges Milliarden eingestrichen hat, nun noch weitere 5 Milliarden zugeschanzt erhalten soll. Ich verlange, daß die Industrie zur Wiederbelebung der Ausfuhr aus ihren eigenen Mitteln schöpft. Der Wönnen ihr ebensowenig Staatszuschüsse zuwenden, wie wir sie der Landwirtschaft bewilligen können.

Es ist weiter behauptet worden, wir hätten uns zu den Sozialisierungsmassnahmen unter der Einwirkung der Berliner Straßenkämpfe entschlossen. Demgegenüber muß ich feststellen, daß wir vor den Berliner Straßenkämpfen die Sozialisierungsfrage bereits in Angriff genommen hatten und sie ohne Einwirkung der Straßenkämpfe zum Abschluß gebracht haben. Weiter! Wiffell mußte wissen, daß auch in der Frage der Kohlengemeinschaft keine Einwirkung von außen mitgespielt hat. (Große Bewegung. Zuruf: Weshalb hat er es denn gesagt?)

Bei den Verhandlungen mit den Arbeitern, in der Kommission und im Plenum der Nationalversammlung hat er ja auch selbst immer wieder darauf hingewiesen, daß das Gesetz unabhängig von den Straßenkämpfen entstanden ist.

Wir dürfen an der vollen Sozialisierung nicht vorübergehen. Ich glaube, daß mehrere Industrien für die Sozialisierung reif sind. (Lebhaftes Hört. Hört!) Ich vermisfe aber die Unterstützung des Reichswirtschaftsamts. Im besonderen ist die Einführung des Getreidemonopols sofort möglich. Wiffell hat gesagt, ich sei sein Sorgenkind. In der Tat hat er dann auch verschiedene Male versucht, mich in meine väterliche Obhut zu nehmen. Ich habe mich nur sehr entschieden dagegen wenden müssen. Wie sieht seine Fürsorge aus? Wir haben bis gegenwärtig 1054 Millionen Mark Gold nach dem Auslande geschickt, um unsere Lebensmitteleinfuhr zu finanzieren. Keine Summe von dieser Milliarde 54 Millionen ist hinausgegangen, ohne daß vom Reichswirtschaftsministerium Widerspruch gegen die Mittel, die zur Verfügung gestellt wurden für die Lebensmitteleinfuhr, erhoben wurde. (Hört, hört!) Zu meinem großen Bedauern. Ich kann konstatieren, im Hinblick auf die ganz unbegründeten Angriffe, die hier gegen die bürgerlichen Mitglieder des Kabinetts geschleudert wurden, daß kein einziges Mitglied der bürgerlichen Parteien auf die Seite des Wirtschaftsministeriums getreten ist. Und weshalb? Weil Wiffell von der Idee geplagt wird, wir führten zu viel Lebensmittel ein. (Hört, hört! und Bewegung.) Ich bin geradezu entsetzt gewesen, wenn ich solche Reden gehört habe. Da habe ich natürlich sehr große Bedenken gegen dieses Wirtschaftsprogramm und gegen diese Auffassung von Sozialisierung und Vollsozialisierung. (Zuruf: Die soll wohl auch begraben werden!) Ich konstatiere hier Tatsachen, und wenn sie Ihnen unangenehm sind, dann ist es dauernd, wenn Sie dagegen Einspruch erheben. Wenn solche Angriffe gegen die Partei und ihre Tätigkeit geschleudert werden, dann muß sich der Kritiker auch schließlich gefallen lassen, daß ihm gesagt wird, wie es mit seiner Praxis aussieht.

(Auf Beschluß des Parteitag's wird dem Redner die Redezeit verlängert.)

Wir sollen zur Landwirtschaft übergehen. Sehr schön, alle diese Organisationsbestrebungen usw. Aber ich sage Ihnen, wer sich mit volkswirtschaftlichen Fragen beschäftigt hat, weiß, daß diese Landwirtschaft auch die große Gefahr in sich birgt, die Grundlagen der Ernährung und Trunks außerordentlich zu stärken. Die Rückkehr zum uneingeschränkten despotischen Kapitalismus ist bei dieser Organisation leichter als die Weiterentwicklung zum Sozialismus. Deshalb habe ich auch gegen diese Landwirtschaft meine sehr großen Bedenken und bin kein begeisteter Anhänger.

Das Vertrauen im Volke schwindet zur Regierung. Parteigenossen, eine Regierung, die solche Erbschaft angetreten und mit diesen Widerständen im Wirtschaftsleben, in Arbeiterschaft, im Unternehmertum, in allen Schichten der Bevölkerung zu rechnen hat, die hat Kriesenwiderstände zu überwinden. Denn politische Arbeit finde ich doch nur bei sehr wenigen, bei einem kleinen Teil unserer Bevölkerung. Die große Masse, die die Anhänger bei uns ausmacht, das sind doch alle die, die neu zu uns gekommen sind, und sie fragen: Was bringt es uns ein, wenn wir zur Partei kommen. Da kommen wir mit unserem Idealismus nicht aus. Eindringen können wir ungeheuer wenig, weil nichts da ist, weil es an Schaffenkraft fehlt. Das muß jeder, der die Dinge heute ansieht, sich selbst sagen. Das, was wir an materiellen Vorteilen dem Einzelnen bieten können, ist gering und wird für absehbare Zeit nicht groß werden, weil die Aufgaben, die wir zu erfüllen haben, enorm groß sind.

Wenn Wiffell sagt, wir werden damit rechnen müssen, daß Schmalhans Küchenmeister ist, so wird er damit auch keine Begeisterung beim Volke auslösen, denn dagegen richtet sich ja der ganze Kampf. Es ist nicht mit Unrecht gesagt worden, daß eine Besserung unserer Lebensmittelversorgung sehr viel zur Zufriedenheit und auch vielleicht zum Vertrauen zur heutigen Regierung beitragen würde. (Sehr richtig!)

Ich bin deshalb der Meinung, daß man die von Wiffell vorgetragenen Pläne sehr kritisch betrachten muß. Es ist doch auch sehr fraglich, wenn weiterhin das Reichswirtschaftsamt, worauf Wiffell nicht zu sprechen gekommen ist, für einen gewissen Zeitraum für eine Anzahl von Gewerben vollständig das Streikrecht ausschließen will, ob wir da allgemeine Zustimmung in der Arbeiterschaft auslösen. Da möchte ich die Meinung des Parteitag's und meiner verehrten Vorrednerin hören. Die Vorschläge sind in der Presse erschienen. Sie wollen doch das Programm vollständig unterschreiben. Ich kann mir vorstellen, daß man unter Umständen dazu gezwungen wird, irgendwelche Sicherungen für den ruhigen Fortschritt der Arbeit einzusetzen. Aber mit großer Begeisterung wähle ich den Weg nicht, und ich glaube, daß in der Arbeiterschaft dagegen wahrscheinlich eine sehr lebhafte Opposition einsetzen wird.

Ich bin deshalb der Meinung, die Sozialisierung muß zur Vollsozialisierung der Berufe gehen, die eine günstige Entwicklung dafür aufweisen. Sie muß das Tempo anschlagen, das möglich ist in Anbetracht unserer heute sehr heruntergekommenen wirtschaftlichen Verhältnisse. Sie darf vor allen Dingen nicht darauf hinausgehen, Formen zu schaffen, die die privatkapitalistische Produktionsweise aufs neue stärken, ihr Machtmittel zuführen, die sich gegen die Arbeiterklasse richten können. Die Demokratie genügt nicht allein in der Sozialisierung, sondern es handelt sich darum, den Kapitalismus durch die Gemeinschaft an Produktionsmitteln abzulösen. Das ist die Aufgabe des Sozialismus. (Lebhafter Beifall.)

Neuer-Zuruf: Es hat wohl in der Geschichte unserer Partei noch nie eine Zeit gegeben, wo die Fraktion eine derartig schwere Verantwortung übernommen hat wie heute. Wir müssen das einsehen und gestehen, daß sie ein übles Erbe angetreten hat. Sie muß gewissermaßen den deutschen wirtschaftlichen Bankrott liquidieren und sie hat die Aufgabe, das Volk aus diesem Elend in eine bessere Zukunft hinüberzuführen.

Ich möchte mich gegen das wenden, was in dem Untergrund der Ausführungen des Genossen David lag. Er richtet den Appell an das Pflichtgefühl, immer nur allein an die Arbeiter. Ich hätte es für richtig gehalten, das Pflichtgefühl und die Liebe zum Volke auch einmal der anderen Seite zuzugewandeln.

zufen. Das ist nicht der Fall gewesen. Wir haben vier Jahre im Graben als Habenichtse dafür gefogrt, daß der bestehende Gesellschaft der Note Haßn nicht auf's Dach geseht worden ist. Dafür hat man unsere Frauen und Kinder halb verkümmern lassen. Und das wird jetzt noch fortgesetzt. (Zuruf: Von Arbeiterführern!) Das ist nicht wahr, Genossen. Aber, was unser Volk draben bewegt, ist die Tatsache, daß das Volk weiß, daß wir arm sind, aber es kann nicht begreifen, daß trotz dieser Armut ein kleiner Teil doch noch imstande ist, genau wie vor dem Kriege bis an die Nase im Fett zu sitzen. Die Abstellung dieser Sache fordert man von unserer Partei. Und in dem Maße, wie es gelingt, diese Zustände zu ändern, steigt das Vertrauen zu Parlament und Partei.

Alle Tage zeigen uns von neuem, das Wort Vaterland und Liebe zum Volk existiert nur immer im Volk, in der Arbeiterschaft, aber niemals in der bestehenden Gesellschaft. Sonst könnte sie es nicht mitansehen, daß dem Wucher und dem Schwindelkum, dem Schiebertum nicht endlich mal das Genid gebrochen wird. Der Arbeiter kann nicht schieben, das können nur die Kapitalisten. Wundern wir uns doch nicht, wenn der Arbeiter streikt und mehr Lohn haben will, um für das Pfund Butter auch 80 Mk. zahlen zu können. Daran müssen wir die Axt legen. Ich komme aus einem rein bäuerlichen Bezirk, aus Ostfriesland, wo gewissermaßen eine Zeitquelle ist. Da können Sie in bezug auf Hamstererei und Schieben von Lebensmitteln etwas gewahr werden.

Wir müssen zu einer planmäßigen Erfassung der Lebensmittel kommen. Das ist die Aufgabe unseres Genossen Schmidt. Ich weiß wohl, daß er nicht alles allein machen kann. Da soll er sich bei der Auswahl seiner Mitarbeiter an die Organisation seiner Bezirke wenden. Dagegen sollen sich nicht Leute als Berater des Ernährungsministers aufspielen, von denen feststeht, daß sie, als die Eier freigegeben wurden, 1 Mk. im Einkauf für ein Ei gezahlt haben.

Im übrigen bin ich sehr einverstanden mit dem Getreidemonopol. Wir müssen sofort von dem Erzeuger zum Verbraucher kommen können. Den Zwischenhandel müssen wir ausschalten. Die Viehherwertungsgesellschaften haben Millionenverdienste gemacht. Positive Arbeit haben sie nicht geleistet. Alle diese Kriegserwertungsgesellschaften arbeiten nach diesem Schema. Die ostfriesischen Fischer, die schwer um ihre Existenz unter Lebensgefahr ringen müssen, haben als Zwischenorganisation eine Gesellschaft, die es fertig bringt, die Produkte um drei Viertel zu verteuern. Solche Organisationen müssen heraus.

In bezug auf das Sozialisierungsgefes muß ich auch Einwendungen machen. Es ist lange nicht das, was wir als Sozialismus ansehen können. Wie will man entschädigen? Wer einmal in kapitalistische Betriebe und Buchführungen hineingelacht hat, wird sehen, daß neben Ausschüttung der Dividenden mit gewaltigen Abschreibungen vorgegangen wird. Der Staat muß sagen: der Buchwert ist der gegebene Wert, oder bei den Vergewerken, die Dividenden, ja Ueberdividenden eingestrichelt haben! Da hat der Aktionär das hineingestrichelte Aktienkapital mehr als dreimal herausgeholt, und da gebührt ihm gar keine Entschädigung. Wenn wir arbeitslos geworden sind, hat uns auch niemand etwas gegeben. Die Werte sind auch mit Hilfe des gesamten Volkes geschaffen worden. Was der Unternehmer hat, hat er durch das gesamte Volk bekommen, und das gehört letzten Endes wieder dem gesamten Volk. Wenn die Fraktion einmal ernsthaft mit dem Plane einer hohen Vermögenssteuer vorgeht, so daß die Massen sehen, daß das Reich gewillt ist, den Besitzenden das zu nehmen, was sie dem Volke abgenommen haben, dann ist der Kontakt mit den Massen wiederhergestellt. Ich möchte also den führenden Genossen in der Re-

gierung zuzurufen: verliert den Kontakt mit den Massen nicht, dann verliert ihn die Masse auch mit Euch nicht. (Bravo!)

Vorsitzender Löbe: Es ist zum letzten Punkt der Tagesordnung der Antrag gestellt worden, eine Neuwahl des Zentralkomitees des Ausschusses vorzunehmen. Nachdem die Arbeiten des Ausschusses wieder aufgenommen worden sind, wird der Beschluß des Mannheimer Parteitages ausgeführt werden müssen. Es liegt nur eine Vorschlagsliste vor, die die bisherigen Mitglieder des Ausschusses, Heimann, Korn, Schulz und Löbe, und als neue Mitglieder Frau Bohm-Schuch, Professor Cunow, Dr. Franz Dieberich, Hellmann (Hamburg) und Schretz (Wieselfeld) enthält. Ich gebe einstweilen davon Kenntnis.

Schluß 1 Uhr 6 Minuten.

Nachmittags-Sitzung.

Vorsitzender Löbe teilt mit, daß zu dem Antrag 251 ein Änderungsantrag Lesche eingegangen ist, im vierten resp. sechsten Absatz hinter den Worten „die“ resp. „Arbeitgeber“ in der letzten Zeile jedes dieser Absätze einzufügen: „unter Zuzugleichung von Vertretern der organisierten Verbraucher.“

Die Debatte über das Referat Löbe wird fortgesetzt.

Dörge-Laccum: Genossinnen und Genossen! In dieser Rede liegt, glaube ich, der edelste Kern des Sozialismus. Genossinnen und Genossen wollen wir sein, zusammenwachsen zu inniger Gemeinschaft, zu inniger Verbundenheit. Aber ich glaube kaum, daß das möglich ist allein in der formalen Demokratie. Dies erblicke, was uns der Sozialismus bringen soll, die Verbrüderung des Menschengeschlechts, nach dem Sie sich mit ganzem Herzen sehnen, das ist auf diesem Parteitag zweimal zum Ausdruck gekommen, einmal von dem Genossen Scheidemann, als er sagte, nicht Selbstgewißheit der Sozialismus, sondern der große Wille, den der Sozialismus in sich birgt, der Wille zur Menschheitsbeglückung, der Wille zum großen Kampf um Ideale der Nächstenliebe, der Menschenverbrüderung. Und noch höher und herrlicher, noch edler ist dieser Ton hier angeschlagen von unserm Genossen Wissell. Ich glaube, wohl in allen Herzen der Delegierten hat die Rede des Genossen Wissell Anklang und Zustimmung gefunden. Gab er doch die Stimmung wieder, die uns Delegierte hier auf dem Parteitag bewegt und trägt, und die wir zusammengehört und getragen haben von all den Genossen, die uns hierher beordert haben auf dem Parteitag, um für dies Ziel einzutreten, ein Gemeinschaftsleben zu führen. Dieser Widerhall, den die Rede des Genossen Wissell in uns ausgelöst hat, wird auch nicht abgeschwächt durch die Ausführungen der Genossen Dabw und Schmidt. Denn wenn wir auch wohl anerkennen, daß die Lohnforderungen der Arbeiterschaft zu Unrecht bestanden (Auf: Manu!), müssen wir doch sagen: noch vier Blutzahren, nach vier Jahren schwersten Ertrages kommt der Arbeiter zurück, und da soll er mit wenig Geld die hohen Ausgaben tragen, diese gewaltigen Anforderungen des Tages bestreiten. Das war unmöglich. Und als er zurückkehrte, sah er auch, daß der alte Kapitalismus unbeeinträchtigt weiter wirtschaftete, daß er ohne Rücksicht auf das Blutopfer der Gesamtarbeiterschaft seine gewaltigen Krallen in das Herz der Arbeiterschaft schlägt. Wenn der Arbeiter überall steht, wie Geld zusammengegrast worden ist, soll ihm denn da nicht auch der Gedanke nach Geld kommen. Das ist doch psychologisch sehr leicht zu erklären. Um so weniger kann ich es verstehen, daß David den Arbeitern ihre berechtigten Ansprüche vorenthalten wissen will. (Große Unruhe. — Auf: Sie haben ja David gar nicht verstanden! Sie haben schlecht zugehört!

Sozialdemokratische Partei

Deutschlands

Partei Vorstand

— Vorsitzender Löbe: Das Wort hat der Redner.) Wenn Sie auch behaupten, ich hätte schlecht zugehört, so muß ich doch sagen, der Arbeiter verlangt mehr nach dem Sozialismus als nach der Demokratie. Am bedauerlichsten ist es, daß der Sozialismus in der Landwirtschaft noch so wenig Beachtung gefunden hat. Auch die Landwirte stehen unter der Kruste des Kapitalismus, des Bodenkapitalismus der Junker, von denen sie maßlos geknebelt und geknechtet werden. Auf dem Lande hat man noch nicht das richtige Gefühl für den Sozialismus. Das hat sich erwiesen in dem Verfahren der häuerlichen Bevölkerung mit den Lebensmitteln. Viele von Ihnen haben wohl erlebt, wie man die Stadtbefölkerung gemein betrogen hat. (Große Unruhe. Zuruf: Man hat uns herausgepeitscht! Sagen Sie doch das auf dem Lande! Wir wissen das ja alles!) Ich sehe wohl, daß ich mit meinen Ausführungen Widerspruch erwecke. Ich muß aber doch sagen, man hätte mit der Arbeit auf dem Lande schon vor Jahrzehnten beginnen müssen. (Zurufe: Das haben wir ja getan!) Aber wie! (Neue Zurufe: Man hat uns mit dem Knüttel davon gejagt!) Ach, reden Sie nur. (Die Unruhe dauert an. — Vorsitzender Löbe: Sprechen Sie doch ruhig weiter.) Ich bitte Sie jedenfalls, die Anträge 248 und 255 anzunehmen. Sie werden der Aufklärung der Bauernschaft damit dienen. Ebenso bitte ich um Annahme des Antrages 251. Es muß uns gelingen, der Bauernschaft mehr Gefühl für wahres Menschentum und den Sozialismus beizubringen.

God-Sana: Ich bitte dringend, den von Wissell begründeten Antrag 251 anzunehmen.

Es ist nicht richtig, wenn Genosse Schmidt behauptet, daß dadurch ein neuer Wirtschaftsplän aufgestellt werden soll. Der Antrag soll vielmehr die Durchführung der Vereinbarungen der Mehrheitsparteien mit der Reichsregierung sichern.

Schmidt hat auch nicht recht, wenn er die Pläne des Genossen Wissell für schädlich erklärt. Der Einwand, Wissells Pläne könnten nach einem politischen Umschwung zu einer rücksichtslosen Gewaltwirtschaft des Großkapitalismus ausgenutzt werden, wirkt wenig überzeugend. Denn wenn die Demokratie im Kampfe mit der Reaktion wirklich wieder unterliegt, dann werden viele Errungenschaften der Revolution beseitigt oder in ungünstiger Weise gegen uns ausgenutzt werden. (Sehr richtig!)

Ebenso wenig teile ich Schmidts Bedenken gegen die Kohlenwirtschaft, weil sie zunächst zur Festsetzung höherer Preise geführt hat. Genosse Schmidt möge doch an seine eigene Bierwirtschaft denken! (Lebhafte Zustimmung.) Die Preissteigerung auf so vielen Gebieten liegt eben in den jetzigen Verhältnissen. Gerade deswegen ist es Zeit, hier endlich regeln und ordnend einzugreifen, um weitere Preissteigerungen zu vermeiden.

David hat in auffällender Weise gegen Wissell gesprochen. Er machte ihm den Vorwurf, gegen die Solidarität des Kabinetts verstoßen zu haben. Was soll mehr gelten, die Solidarität mit den Bürgerlichen in der Koalitionsregierung oder die Solidarität mit der Partei? Ich glaube, daß die Solidarität mit der Partei höher stehen muß als die Solidarität mit den bürgerlichen Regierungsmitgliedern. (Lebhafte Zustimmung.) Hier möglichst Klarheit zu schaffen, ist ja gerade eine der wesentlichsten Aufgaben des Parteitagcs. Es ist einfach Pflicht der Parteigenossen, hier alles, was zur Förderung unserer Bestrebungen notwendig ist, vorzubringen ohne Rücksicht auf die bürgerlichen Minister.

Inhaber hat Wissell gar nicht gegen die bürgerlichen Minister gesprochen. Ich habe seine Ausführungen nicht so aufgefaßt. Was

Wissell gesagt hat, halte ich für durchaus zutreffend auf die bürgerlichen Parteien in der Nationalversammlung. Diese haben dem Sozialisierungsgesetz keineswegs freudig zugestimmt. Ihre Billigung des Gesetzes wäre ganz sicher nicht ohne die Straßenkämpfe zu erreichen gewesen. Die Herren haben uns rund herum erklärt, daß sie das ganze Gesetz fallen lassen wollen, wenn wir in der Entschädigungsfrage nicht nachgeben würden. Bürgerliche verlangten sogar, daß wir nicht einmal unsern Antrag auf Streichung der Entschädigungsfrist einbringen sollten, denn sie hatten Angst, daß es vielleicht mit Hilfe der Unabhängigen zur Annahme kommen würde. Dies zeugt doch nicht von großem Eifer. (Zustimmung.)

Das Mittel der Straßenkämpfe, das hier zweifellos zum Erfolge beigetragen hat, ist freilich verfehlt, weil es viel mehr schismale als gute Folgen hat. Aber wir dürfen nicht darauf verzichten, daß die Arbeiterchaft ihren Willen, wenn auch ohne Waffengewalt, so doch möglichst klar und nachdrücklich kundgibt.

David hat behauptet: Wissell hätte die „formale Demokratie“ in schlechten Ruf gebracht, Wissell hätte die Fortschritte gelehnet, die auf demokratischem Gebiet erreicht worden seien. Das sei zu beurteilen, denn solche demokratischen Errungenschaften hätte man noch vor ganz kurzer Zeit für undurchführbar gehalten. Was ist das für ein Maßstab? Inzwischen ist doch die Revolution gekommen. Deshalb können wir die Fortschritte nicht mehr mit dem Maßstabe messen, der angebracht war, als es sich um die Feststellung der Fortschritte von einer Reichstagswahl zur andern handelte. (Lebhafte Zustimmung.) Wir stehen nicht der Frage gegenüber: was haben wir erreicht, sondern der andern: was fehlt noch bis zur Durchführung der grundsätzlichen Forderungen der sozialdemokratischen Arbeiterchaft! (Beifall.) Es sind politische Fortschritte erreicht, und es sind auch wirtschaftliche Fortschritte erreicht; aber hier stehen wir erst ganz am Anfang, und es muß noch viel mehr geschehen.

Dabei wende ich mich entschieden gegen die Art, wie Genosse David gegen die Lohnforderung der Arbeiterchaft gesprochen hat. Gewiß jagt eine Lohnforderung die andere! Aber was sollen die Arbeiter denn machen! Wir bewegen uns ja andauernd in einem Kreise: Sobald eine Lohnbewegung durchgeführt ist, steigen die Lebensmittelpreise. Die ganz natürliche Folge ist, selbstverständlich, daß auch wieder neue Lohnforderungen erhoben werden. (Beifall.) Unter den gegenwärtigen Verhältnissen bleibt doch gar nichts anderes übrig. Wir sehen uns deshalb genötigt, diese Verhältnisse von Grund auf zu ändern. Das geschieht aber nicht durch Hinweise wie die des Genossen David auf Ausland mit seinen scharfen Strafen gegen streikende Arbeiter. Solche Maßnahmen können bei uns nicht zum Ziele führen. Wir müssen vielmehr, auch selbst mit großen Opfern — darin unterscheide ich mich von dem Genossen Schmidt — aus diesen Schwierigkeiten herauskommen, und es muß damit bei den Lebensmitteln angefangen werden, dadurch, daß ihre Preise heruntergesetzt werden. Das ist leider bei den ausländischen Lebensmitteln versäumt worden. Wer weiß, ob wir nicht doch noch unter viel größeren Opfern diesen Weg beschreiten müssen.

Genosse David hat ferner gesagt, daß unser Antrag Illusionen erwecke, die wir nicht erfüllen können. Das bestreite ich. Was in dem Antrag gesagt ist, kann ohne Bedenken und muß geschehen. Der Antrag verlangt in erster Linie die Sozialisierung. Damit soll eingegriffen werden, wo immer es geht. Wo die Sozialisierung nicht durchgeführt werden kann, soll eine planmäßige Regelung durch die Beteiligten selbst, die Arbeiter und Unternehmer und auch die Verbraucher, durchgeführt werden. Das ist ein Ausweg, der unter keinen

Umständen unbeachtet bleiben darf. Jeder Versuch, auf anderem Wege vorzugehen, muß unerträgliche Folgen haben. Das mußte Genosse Schmidt wissen.

Genosse Schmidt hat eine Reihe von Anklagen gegen den Genossen Wiffell erhoben. Ich will mir kein Urteil darüber erlauben, ob das die Arbeit der Genossen untereinander erleichtert. Ich habe hier den Antrag zu begründen, weshalb eine Regelung unseres Wirtschaftslebens im allgemeinen durchgeführt werden soll. Genosse Schmidt hat dem Genossen Wiffell vorgeworfen, er leiste nicht genug auf dem Gebiete der Sozialisierung, er habe sich dagegen gesträubt, daß Geldmittel für die Einfuhr von Lebensmitteln aufgewandt werden, wogegen er 6 Milliarden für die Industrie verlange; er habe sich von den anderen lassen müssen, daß das Kaligesez nicht nur die Preise erhöhe, sondern auch die Volkswirtschaft regeln müsse. Ich will nicht auf alle Einzelheiten eingehen. Aber vom Standpunkte des Genossen Schmidt muß ich doch sagen: es wäre die Pflicht unserer Genossen in der Regierung gewesen, den Genossen Wiffell zu unterstützen, wenn er ganz unfähig für seinen Posten wäre. Weshalb läßt man ihn dann an so wichtiger Stelle? (Hermann Müller: Wer hat denn gesagt, er sei ganz unfähig?) Wenn der Mann, der für Sozialisierung bestimmt ist, nichts auf dem Gebiete leistet, nur einseitig für die Industrie gegen die Versorgung der Arbeiter ist, so nenne ich das unfähig. (Robert Schmidt: Das hat kein Mensch behauptet.)

Notwendig ist, daß endlich ein klarer wirtschaftlicher Plan aufgestellt und mehr geleistet wird, als bisher gesehen ist. Die Sozialisierung hat Schwierigkeiten, aber sie muß schneller durchgeführt werden. Solche Auseinandersetzungen wie hier haben wir wiederholt in der Fraktion der Nationalversammlung gehabt. Wir haben uns immer wieder an die Genossen in der Regierung gewandt und verlangt, daß mit allem Nachdruck auf diesem Gebiete gearbeitet wird. Auch in der Grund- und Bodenfrage muß den Forderungen nach Sozialisierung Rechnung getragen werden. Unser Antrag soll daher ein Ruf an die Regierung und an die Öffentlichkeit sein, damit planmäßig durchgeführt wird.

Wir müssen schwierige Aufgaben lösen. Wir wissen, daß die Parteigenossen in der Regierung den guten Willen haben, wir wissen aber auch, daß wir nicht die Mehrheit in der Nationalversammlung sind. Darum müssen wir alle Kraft zusammennehmen, um auf die bürgerliche Welt einzuwirken. Wir müssen auf diesem Parteitag hinausrufen: Es muß weitergearbeitet und alles das muß durchgeführt werden, was zur Regelung unseres Wirtschaftslebens notwendig ist. (Weisfall.)

Frau Wegner-München: Da die Antragsteller des Antrags 228 den Parteitag bereits verlassen mußten, wurde mir der Auftrag erteilt, den Antrag zu vertreten. Aus Pressenotizen war ersichtlich, daß der Reichssekretär Dernburg beabsichtigt, zur Deckung der Kriegsschulden eine sog. Reichsüberstunde einzuführen, ohne bis jetzt von der Regierung gefundene zu haben. Mit welcher großen Opfer wurde alle Jahre am 1. Mai der Achtsundentag gefordert, und nun, da uns die Revolution den Achtsundentag gebracht hat, sollte er uns wieder so ohne weiteres genommen werden? Die Regierung möge eingreifen: härtere Erfassung des Privatkapitals, der großen Vermögen, Konfiszierung der Kriegsgewinne. Wenn das erreicht ist, ist auch die Arbeiterschaft schuldig, daß wir dies hier an dieser Stelle zum Ausdruck bringen und mit allen Mitteln dagegen streuen, daß wieder eine Verschlechterung der Verhältnisse eingeführt wird. Ich bitte Sie deshalb, den Antrag 228 zu unterstützen. (Bravo!)

Kuchen-Offen: Mitten hinein in die Debatte über die Wirtschaftspolitik nach die Nachricht, daß das Kohlenmonopol in der letzten Sitzung am Mittwoch wiederum beschlossen hat, die Kohlenpreise um 10 Mk. pro Tonne zu erhöhen. Die Schamrote steigt einem ins Gesicht, wenn man daran denkt, mit welcher Kühnheit noch immer diese Herren, oder schon wieder diese Herren, es wagen, gestützt auf angeliebte Lohnerschöpfung, die in gar keinem Verhältnis dazu stehen, immer wieder die Kohlenpreise in die Höhe zu treiben. Es war einmal anders. Im Januar, als das gesamte Proletariat des Bezirks von Wiesbaden als bis zu den Kommunistenführern sich einmütig hinter uns stellte und die Sozialisierung forderte, hat man das nicht gewagt. Damals war die Regierung genötigt, unter dem Druck der Nationalwahlen, um deren Unterstützung Verlaß in unserem Bezirk zu ermöglichen, am 18. Januar 1919 eine Verordnung zu erlassen, in der zum erstenmal das Wort Sozialisierung fiel. Ich meine, wenn eine solche Idee in die Massen geworfen wird, wird sie besser für die Einheit des Proletariats wirken als die Annahme der Resolution 202. Weshalb die Bewegung in Essen seinerzeit nicht angefaßt hat, ist eine andere Sache. Aber meine Forderungen hinsichtlich der Sozialisierung sind sehr nötig. Ich habe Anfang Dezember auf Verlangen des Delegierten im Reichswirtschaftskomitee ausgesprochen, daß zum mindesten eine objektive Prüfung erforderlich ist, ob wirklich die Gestehungskosten bei den Bergwerksunternehmungen die Höhe haben, wie behauptet wird. Man könnte dann eine etwaige Beschneidung der Unternehmergewinne vornehmen, wie es in England die Großunternehmer freiwillig während des Krieges getan haben. Wenn diese mächtigen Bedingungen durchgeführt worden wären, hätte auch die Januarbewegung nicht solchen Umfang annehmen können. Als ich dem betreffenden Delegierten vorhielt, daß es nötig wäre, an die Sache heranzugehen, meinte er, im Laufe des Januar würde er darauf zurückkommen. Ich erkläre ihm, daß nach meiner Kenntnis auch in der rechtsstehenden Arbeiterschaft die Gehalt so lange nicht mehr vorhanden wäre. Da sagte er, er könnte nichts machen, ich müßte ja, die neuen Herren hätten noch keine Vorlage gemacht, und er habe keine Veranlassung, sich mit der Sache zu beschäftigen. Ich warnte ihn damals, und als die Regierung im Januar in Berlin im Kampfe gegen Spartakus stand, brachte auch bei uns diese Bewegung. Wer weiß, was gekommen wäre, wenn es nicht gelungen wäre, durch den Gedanken der Sozialisierung das Proletariat zu bereinigen. Dadurch ist es uns binnen zwei Tagen gelungen, die Arbeiterschaft, ohne daß irgendeine der unerhörten Lohnbedingungen erfüllt wurde, zur Wiederaufnahme der Arbeit bedingungslos zu veranlassen. Das ist nicht durch Demagogie geschehen, sondern Herr Oberbecker wird es bestätigen, daß ich selbst bei Übernahme des Amtes als Volkskommissar gesprochen habe: seid überzeugt, daß die Sozialisierung keine Lohnerschöpfung bringt, sondern voraussetzlich, wenn wir sie von unparteiischen Sachmännern nachprüfen lassen, eine Lohnermäßigung. Das ist durchaus den Arbeitern klar offenbart worden. Aber selbst die Arbeiter von den Christlich-Sozialen und christlichen Gewerkschaften, die dabei waren, konnten sich dem Einbruch nicht entziehen, daß es endlich Zeit war, etwas zu tun. So kam die Verordnung vom 18. Januar zustande.

Wie die Dinge weiter gelaufen sind, wissen Sie. Heute hat der Reichswirtschaftsminister offen ausgesprochen, daß auch im Februar der Entwurf nicht eingebracht worden wäre, wenn nicht inzwischen in Berlin neue Unruhen entstanden wären. Das ist auch nach meiner Kenntnis der Sachlage durchaus richtig. Ich habe im Januar bei den Sitzungen, die unter Vorsitz von Oberbecker stattfanden, absolut nicht das Gefühl gehabt, als wenn man, bevor wir nach

Berlin kamen, überhaupt ernsthaft an diese Sache herangegangen wäre. Es ist hier von einem Genossen aus Hamburg das Wort gefallen, daß die Sozialdemokratie keine neue Idee hervorbringen könne. Wir haben heute eine neue Idee gehört, die wenigstens im Rahmen des bisherigen Programms für die nächste Zeit eine Idee in die Massen wirft. Ich stehe auch nicht hinter dem Wissenschaften Programm. Aber es wird getragen von einer tiefen ethischen Idee, und die ist es, die das Proletariat allein wieder einigen kann, nicht kleinliche Verhandlungen, die zentral von Vorstand zu Vorstand geführt werden. Diesen Eindruck habe ich in Essen gewonnen. Gleichzeitig ist damals den Arbeitern gesagt worden, daß, wenn es gelingen sollte, die Legalisierung dieser Ziele durchzuführen, ein Streit in dem alten Sinne voraussichtlich nicht mehr erfolgen würde. Und so verstehe ich die Ausführungen des Reichswirtschaftsministers, die durchaus mißverstanden werden; denn wenn sein Plan durchgeführt wird, bleibt kein Raum mehr für einen Streit wegen Lohnerhöhung; denn dann wird sachlich genau geprüft, in welchem Umfang Lohnerhöhungen bewilligt werden können. Diese Idee ist durchaus nicht so abstrukt, wie sie hingestellt worden ist. Gerade in einem demokratisch regierten Lande ist es Pflicht der Selbstachtung des Parteitag, mögen wir in Einzelheiten von dem Minister abweichen, hinter ihn zu treten. (Sehr wahr!) Und obwohl ich Neuling in der Partei bin, so gebietet es doch mein Gerechtigkeitsgefühl, gegen diese Polemik, wie sie seitens zweier Minister gegen Genossen Wissell geführt worden ist, aufzutreten. (Sehr wahr!) Ist das eine Polemik gegen einen Plan, wie der Minister David sie geführt hat, wenn er sagt, ja, Genosse Wissell hat die und die anderen Fehler gemacht? Das besagt nichts dafür, daß der Plan, den er jetzt vorlegt, unzulänglich ist. (Sehr richtig!) Das ist keine Art der logischen Dispositionen. Ferner, wenn der Minister David sagte, wir haben schon sozialisierte Betriebe, die Staatsbetriebe, so denkt er viellecht an die verstaatlichten Bergwerke. Ja, weiß er nicht, daß das längst überholt ist, daß das nach den Gedanken, die in den letzten Monaten allenthalben erörtert worden sind, weiter nichts ist als die Ersetzung des Produzentenkapitalismus durch den Konsumentkapitalismus? Das wird durchaus verkannt. Dann wird auch nicht recht verstanden, wie genial diese Idee des Kohlenwirtschaftsgesetzes ist, wie sie ein Ausgleich zwischen dem Konsumentensozialismus des Staates und dem Produzentensozialismus der Arbeiterchaft ist. Darum handelt es sich. Ich bin also überzeugt, daß gegen den Genossen Wissell nicht mit der erforderlichen Sachkenntnis polemisiert worden ist.

Genosse David hat weiter gesagt, die Antwort auf Eberls Idee: Sozialismus ist Arbeit, sei der Streit gewesen. Nein, das war der Streit im Herrerevier mit. Er ist deshalb ausgebrochen, weil nichts geschah ist. Die Herren sind gewarnt worden. Ich erwähnte schon von mir selbst im Dezember, die Arbeiter wollten nicht mehr warten, sie wollten nicht unbedingte Lohnerhöhungen haben, sie wollten nur nicht mehr in der alten Weise arbeiten, sondern wissen, für wen sie arbeiten.

Der Genosse Wissell legte seinen Ausführungen Zahlen zugrunde. Wenn ich recht unterrichtet bin, beruhen diese Zahlen auf Angaben der Leiter der Bergwerksunternehmungen in dem Bergwerksverein. (Zuruf des Ministers Wissell: Nein!) Dann würde ich mich freuen. Ich habe schon in der Sozialisierungskommission gefordert, daß unparteiische Sachverständige mit den Nachbefugnissen eines Untersuchungsrichters hinausgeschickt werden und prüfen sollen, ob es richtig ist, daß wirklich, wie Ribbort vor einigen Tagen wieder gesagt hat, eine Viertelmilliarde Verluste infolge der sozialistischen „Wahlereisen“ eingetreten sind, ob wirklich tausend Prozent von der Kohlenhandels-

gesellschaft ausgeschüttet worden sind, ob es richtig ist, daß 50 Milliarden ins Ausland gebracht worden sind. (Hört, hört!) Dabei werden Namen der ersten Korporationen unseres Unternehmertums genannt. Ich muß leider abbrechen. Ich möchte nur bitten, daß sich der Parteitag im Interesse seiner Selbstachtung hinter das Programm Wissells stellt und es nicht duldet, daß er seitens seiner Ministerkollegen angegriffen und hinausgeschickt wird. (Lebhafter Beifall.)

Steinlopf: Der Genosse Brenneke hat heute morgen gegen die Fraktion der Nationalversammlung polemisiert. Er hat aber einen Umstand vergessen, nämlich das Ergebnis der Wahlen vom 19. Januar. Nach diesem Ergebnis kann es nicht anders sein, als es augenblicklich geworden ist. Es ist kein besonderes Vergnügen, mit dem Zentrum zusammenarbeiten zu müssen, aber so lange wir auf dem Boden der Demokratie stehen, müssen wir uns dieser Notwendigkeit fügen.

Einige Worte zur Frage der Beamenschaft. Die ganze Beamenschaft Deutschlands sieht heute auf den Parteitag und erwartet von ihm eine Stellungnahme, die auf dem Verständnis für die besondere Lage der Beamenschaft beruht. Die Lage nach der Revolution hat die Beamenschaft in eine große Anarchie gebracht. Man bestürzte die Vollbeauftragten und wollte von ihnen Garantien für die Zukunft haben. Man hätte ihnen ja nun, wie es andere Parteien taten, das Blaue vom Himmel versprechen können. Aber Unethikkeit war nicht unsere Sache. So konnten wir eine klare Stellungnahme gegenüber der Beamenschaft nicht finden, weil wir die künftige Entwicklung nicht vorher wissen konnten. Die Folge war eine maßlose Demagogie seitens der bürgerlichen Parteien. Es ist deshalb dringend erforderlich, daß der Parteitag jetzt zu einer klaren Stellungnahme kommt. Das Verhalten der Beamenschaft während der Revolution war mufertüchtig. Hätte die Beamenschaft auch nur einen Augenblick besagt, so wäre die Umwälzung nicht so schnell und unblutig verlaufen. Ich glaube im Sinne des Parteitages zu sprechen, wenn ich der Beamenschaft als großem Ganzen, und hauptsächlich den Beamten, die die Träger der Behörden sind, den mittleren und unteren Beamten, die Anerkennung und den Dank ausspreche. (Bravo!) Es ist bedauerlich, daß der Genosse David es so hingestellt hat, als seien die Forderungen der Eisenbahnbeamten schuld, daß die Eisenbahnen mit einem Defizit arbeiten. Ich weiß das im Namen der Beamten zurück. Wenn es eines Beweises bedürfte, daß auch im sozialistischen Staat ein Berufsbeamtentum bestehen muß, so hat die Beamenschaft diesen Beweis bei und nach der Revolution erbracht. Es ist dringend erforderlich, daß ein von politischen Ereignissen unbeeinflusster Beamtentand ruhig seinen Aufgaben nachgeht. Nicht zum Wohle einer Partei, sondern der Allgemeinheit. Wir verlangen auch von dem Beamtentand die Pflichttreue, nicht die Knute, sondern, die, die emporwächst unter der freigestellten Verantwortung gegenüber dem Volksganzen. Wir müssen dann aber auch diesen Beamtentand zufriedenstellen, was nun dann möglich ist, wenn den Beamten ihre Rechte belassen werden. Diese Rechte sind ein Teil der Befolgung, die mit Rücksicht darauf gekürzt ist. Außerdem gibt der Beamte auch einen Teil von der persönlichen Freiheit hin, er untersteht strengen Disziplinarbestimmungen. Diese Rechte der Beamten liegen aber auch im Interesse des Staates, der dadurch die guten Kräfte für ein verhältnismäßig geringes Entgelt an sich festhält. Die Abwanderung der fähigen Köpfe aus der Beamenschaft, die heute schon erschreckend ist, wie Minister Schiffer sagte, würde noch zunehmen, wenn diese Rechte ihnen nicht mehr gewährleistet würden. Außerdem macht sich der Staat dadurch, daß die Beamten dauernd in seinem Dienst bleiben, die Kenntnisse nutzbar, die die Beamten infolge ihrer dauernden

Arbeit in der Verwaltung erlangen. Diese Rechte der Beamten sollen ja nun auch in der Verfassung verankert werden.

Was die politischen Rechte der Beamten betrifft, so sind ja die Beamten früher als Staatsbürger zweiter Klasse behandelt worden. Hauptsächlich war es das Recht der freien Meinungsäußerung und das Koalitionsrecht, das man ihnen nicht zugefand. Wir haben den Beamten während der Wahlkämpfe diesen Umstand dauernd vor Augen ge- hrt und haben ihnen so und so oft das Streikrecht versprochen. Allerdings haben wir das unter ganz anderen Umständen getan als diejenigen sind, die heute vorliegen.

Und dieser Grundsatz ist nicht wegzuleugnen, auch wenn dem Streikrecht und der festen Anstellung der Beamten ein innerer Widerspruch, auf den ich noch komme, anhaftet. Infolge dieses Grundsatzes, den wir vertreten haben, und auch, weil die Generalkommission der Gewerkschaften von dem deutschen Beamtenbund Klipp und Klar verlangt hat, daß er den Streik nicht als Kampfmittel in seine Satzungen aufnimmt, können wir nicht umhin, anzuerkennen: Solange es ein Streikrecht gibt, solange das Streikrecht ein integrierender Bestandteil des Koalitionsrechts ist, solange dies Recht allen Staatsbürgern zusteht, müssen wir es auch den Beamten uneingeschränkt gewähren. Es ist aber ein Übel, wie es die andern Parteien machen, den Beamten dies Recht in einem Falle zu gewähren, wenn es ihnen paßt, im andern Falle zu verweigern. Ich denke da z. B. an die sogenannten Abwehrstreiks in den verschiedenen Städten, wie sie von den bürgerlichen Parteien organisiert worden sind. Gewöhnlich ist das gar kein Abwehrstreik gewesen gegen die U. S. B., sondern ich möchte sagen: eine Probe auf die Organisation der Bürgerlichen zum Gegenputz. Sie wollten versuchen, wie die Sache, wenn es mal ernst werden sollte, wirklich klappen würde. Ich möchte von dieser Stelle die Beamten und besonders die sozialistischen Beamten warnen, sich zu solchen Abwehrstreiks nicht drängen zu lassen. Es ist verständlich, daß es dauerliche Erscheinungen bei diesen Streiks gegeben hat. Früher, als der Beamtenstreik überhaupt verboten war, war es für die Beamten manchmal direkt notwendig, einen Streik zu inszenieren, weil die Beamten damals dem geizigen kapitalistischen Staat gegenüberstanden, der ihnen keine ausreichende Befoldung gab. Jetzt, nachdem die Regierung anerkanntermaßen in einem halben Jahre mehr getan hat für die Beamten als die frühere kapitalistische Regierung in zehn Jahren, ist ein solcher Streik nicht mehr notwendig. Aber wir haben leider gesehen, daß hier und dort wilde Beamtenstreiks aufflatterten, die von unverantwortlichen Köpfen geführt und geschürt wurden, und das sind gerade früher die größten Dummköpfe gewesen, die überhaupt nicht wagten, den Mund aufzumachen. Es ist ein psychologisch interessanter Zug, daß gerade diese heute jetzt die größten Schreier vor dem Herrn sind. In Anbetracht der kolossalen verderblichen Folgen, die ein Beamtenstreik hat, muß unter allen Umständen darauf gebrungen werden, daß die Beamten nicht etwa, wenn sie etwas nicht erreicht haben, sofort in den Streik eintreten, sondern es muß verlangt werden, daß ein Schlichtungsverfahren eingerichtet wird und daß, bevor sie den Dienst niederlegen, alle Mittel erschöpft sind, um durch Verhandlungen usw. die Gründe zum Streik zu beseitigen. — Was nun den inneren Widerspruch anbelangt, so ist er unzulugbar vorhanden. Die feste Anstellung hat ja in der Tat nicht mehr die kolossale Bedeutung wie früher, nachdem die Angestellten das Mitbestimmungsrecht haben, nachdem sie die Angestelltenversicherung haben, die der Pension der Beamten entspricht. Aber der Widerspruch, der darin liegt, daß auf der einen Seite das Streikrecht gewährt wird und auf der andern Seite feste Anstellung besteht, läßt sich im Augenblick

noch nicht lösen. Es haben sich schon viele die Köpfe darüber zerbrochen. Aber zu einer schöpferischen Lösung ist man beim besten Willen nicht gekommen. Diese Lösung muß einer nahen Zukunft überlassen bleiben, und zwar soll sie erfolgen mit der Generalkommission der Gewerkschaften und den Beamtenorganisationen und auch bei Schaffung des neuen Beamtenrechts. Die beste Lösung wäre allerdings die Erzielung der Beamten zum Sozialismus. Es ist ja ein entsprechender Antrag eingebracht, den ich unterstützen möchte, denn je mehr Sozialismus in die Beamtenerschaft getragen wird und das Streikrecht sich im Sozialismus zur Arbeitspflicht verschiebt, um so weniger werden natürlich die Beamten streiken. — Was nun die Mitwirkung der Beamten beim Aufbau des neuen Rechts, entweder eines besonderen Beamtenrechts oder, wenn es nach mir ginge, innerhalb des großen Gesamtarbeiterrechts, das wir zu schaffen beabsichtigen, anbelangt, so handelt es sich dabei zunächst um den Ausbau der Demokratie in der Verwaltung. Man hat hier immer wieder von der Demokratisierung der Verwaltung gesprochen, man hat aber das naheliegende Mittel vergessen, die Heranziehung der Beamten zur Demokratisierung der Verwaltung. Denn von niemand wird die Demokratisierung schneller erwartet als von den Beamten selbst. Die Unterdrückung, die die Beamtenerschaft sich jetzt wieder gefallen lassen muß, schreit zum Himmel. Es ist ein Skandal, daß unter den jetzigen Verhältnissen die sozialistischen Beamten noch schlimmer drangaliert werden als früher. Die jetzige Verwaltung hat den Beamten außerordentliche Enttäuschung bereitet. Die Hunderttausende sozialistischen Beamten, die darauf gewartet haben, daß, nachdem die Volksbeauftragten ihren Einfluß geltend gemacht haben, man ihnen in jeder Verwaltung einen sichtbaren Vertrauensposten geben würde, an den sie sich wenden können, versehen nicht, warum man sie dem Zentrum, den Demokraten und zum Teil auch andern Parteien ausgeliefert hat. Man sagt, wir müssen uns hüten, eine Parteiwirtschaft bei den Behörden einzuführen. Wie war es denn früher? Haben die andern nicht die Parteiwirtschaft eingeführt? Und wie ist es jetzt? Dem Zentrum werden dauernd Zentrumsleute herangezogen aus allen Richtungen, um den Einfluß des Zentrums für alle Zeit zu sichern. Man sagt, Ihr habt Beamtenauschüsse, damit könnt Ihr Eure Wünsche zur Kenntnis der Behörden bringen. Teilweise arbeiten sie gut, aber größtenteils sind sie nichts als Puppen; einem reaktionären energischen Leiter einer Behörde gegenüber können sie absolut nichts ausrichten. Ich erwähne nur einen Fall, der typisch ist. Der Beamtenauschuß im Auswärtigen Amt ist heute noch nicht anerkannt, obgleich er schon mehrere Monate besteht. Ich bin überzeugt, daß der Reichsminister des Auswärtigen von diesen Dingen gar nichts weiß, da er andere Sachen zu tun hat.

Die beste Lösung für all diese Sachen ist folgende. Wir müssen darauf dringen, daß Genossen in leitende Stellen aller Behörden hineintommen, dann werden sie sich dort ohne weiteres ihre Mitarbeiter aussuchen und ziehen, da sind genug jüngere Beamte, die anpassungsfähig und gewillt sind, sich tatsächlich auf den Boden der neuen Regierung zu stellen. Heute ist im „III“ ein vorzüglicher Wit. Da ist ein Herr Regierungsrat Soundso, der auf dem Boden der neuen Regierung steht, als Chinese mit langem Zopf abgebildet und darunter steht: „der Zopf, der hängt ihr hinten“. Das Bild ist für die ganze Situation bezeichnend. Es ist ausgeschlossen, daß die alten Herren, die am kräftigsten gehalten haben, den Karren in den Arret zu fahren, sich jemals innerlich wandeln, auch wenn sie es tausendmal befeuern. Dann noch eins: Ich bin für die Offenlegung der Personalakten auch in meiner Resolution eingetreten. Man ist drauf und dran, diese Sache zu verflischen. Die

Beamten müssen das Recht haben, in die Akten im Originalzustand Einblick zu nehmen, so wie sie jetzt vorhanden sind. Man geht nämlich von reaktionärer Seite mit dem Gedanken um, diese Akten überhaupt verschwinden zu lassen oder sie erst zu revidieren, damit all die Niederträchtigkeiten, die von böswilligen Vorgesetzten hineingekommen sind, daraus verschwinden, bevor sie die Beamten zu Gesicht bekommen, und den Leuten nicht mehr an den Krügen gegangen werden kann. Und noch etwas: Freie Bahn dem Tüchtigen! Nichts hat solchen Wirrwarr angerichtet wie dieses böse Wort. Gewiß soll dem Tüchtigen der Aufstieg eröffnet werden. Man darf nicht von einem Menschen, der sich jahrzehntelang als fähiger Beamter benährt hat, jetzt tausend Examina verlangen, bevor er in höhere Stellen aufrücken kann. Aber jetzt betrachtet sich jeder als Tüchtiger, jetzt will jeder bis oben hinauf. Das kann unmöglich durchgeführt werden. Es ist bezeichnend für die Stimmung in weiten Kreisen der Beamten, daß Freiherr von Neffwitz ein Schreiben loslassen kann, wo er sagt: „Meinen früheren Berufsgenossen in der preussischen Verwaltung, besonders aber den jüngeren, rufe ich zu: „Ich warne vor Zuzug! Wem sein trotz allem liebgeordneter Beruf höher steht als seine politische Ueberzeugung, der hüte sich, den Sozialismus zu betreten oder gar für ihn zu wirken.“ Es ist bedauerlich, daß es soweit gekommen ist, daß ein preussischer Beamter in leitender Stellung das sagen kann. Aber Sie können überzeugt sein, er hat vielen aus dem Herzen gesprochen. (Bravol — Beifall.)

Hermann Müller: Ich hatte eigentlich nicht die Absicht, mich bei diesem Punkt zu sozialen und wirtschaftspolitischen Fragen zu äußern. Aber die Debatte von heute morgen bringt mich doch dazu, einiges Allgemeine zu sagen. Es hat viele Parteigenossen gewiß nicht angenehm berührt, daß wir diese Ministerauseinandersetzungen heute morgen hier gehabt haben. (Sehr richtig!) Auf viele hat es wie eine Sensation gewirkt. Wir in der Fraktion — darauf hat Hoch schon hingewiesen — kennen die Schwierigkeiten und haben Debatten in ähnlicher Form schon öfter gehört. Ich glaube, darüber kann kein Zweifel sein: wenn uns auf dem Parteitag ein Antrag vorliegt, nach dem wir uns für Gemeinwirtschaft zu erklären haben, dann haben wir das zu tun, weil wir eben Sozialisten sind. Aber wir wollen uns doch nicht darüber täuschen, daß so, wie die Dinge einmal liegen, mit der Annahme eines solchen Antrages noch nicht viel geschehen ist. Das Programm Wissells ist meines Wissens im Kabinett eingehend nicht diskutiert worden. In der sozialdemokratischen Fraktion der Nationalversammlung ist es überhaupt noch nicht diskutiert. Ich sehe darin nicht den größten Fehler, denn mir scheint es doch noch etwas verfrüht, zu diesen Dingen Stellung zu nehmen. Es wird sich ja erst in der nächsten Woche entscheiden, wieweit überhaupt Gemeinwirtschaft von uns in Zukunft getrieben werden kann. Wir wissen noch nicht, inwieweit die Commission des Reparations in diese Dinge in Zukunft hineinzureden haben wird auch in Deutschland. Das ist nur ein Gesichtspunkt. Um zu zeigen, wie schwierig die Dinge in der Praxis liegen, will ich noch auf etwas anderes hinweisen. Von allergrößter Bedeutung wird es sein, wie sich in den nächsten Jahren die Verhältnisse in den jetzt besetzten linksrheinischen Gebieten gestalten. Da haben sich Zustände entwickelt, die die ganze Ein- und Ausfuhrpolitik der planmäßigen Wirtschaft über den Haufen werfen können. Wenn die Franzosen und Engländer dort mit Rohstoffen und Fertigfabrikaten einrücken, ist unsere ganze Devisenpolitik der Reichsbank über den Haufen geworfen. So liegen die harten Tatsachen. Gewiß, Wissell hat recht, wenn wir die Wirtschaft wieder aufrichten sollen, brauchen wir Rohstoffe, aber Schmidt hat auch recht, wir brauchen auch Mittel, um Nahrungsmittel einzuführen.

So sind zwei da, die Mittel haben wollen, und die Dede ist zu hoch für alle beide; daher kommen die Schwierigkeiten, und diese Schwierigkeiten werden sobald nicht überwunden werden. Ich möchte Sie vor Illusionen warnen. Niemand hat gemeint, daß dies Wissellsche Programm der Boden für die Einigung der Arbeiter sein kann. Er hat deshalb seinen ethischen Wert besonders geprüft. Soweit ich die Presse der Unabhängigen verfolgt habe, kann ich nicht finden, daß die für dieses Gemeinwirtschaftsprogramm besonders begeistert wären. Heute morgen steht in der „Freiheit“:

„Ein Zeugnis der vollendeten Ideen- und Ziellosigkeit“, — das bezieht sich zunächst auf Scheidemann —

„eine dällige Preisgabe des Sozialismus — natürlich unter allerlei glitzernden Redensarten verstedt —, die Empfehlung des geheimrätlichen Bakars, die Wissellsche Planwirtschaft, die den Kapitalismus bereuigt und ihn mit kriegszwangswirtschaftlichen Maßnahmen verbindet — das ist der Scheidemannsche Sozialisierungsversuch.“

Also auf diesem Boden werden wir uns nicht näherkommen. (Scheidemann lehnt mit einer Handbewegung die Beteiligung an dem Plan Wissells ab.) Wenn der Genosse Wissell aus innerem Drang die Flucht in die Öffentlichkeit ergriffen hat, so darf man sich doch nicht darüber wundern, daß andere Minister, und namentlich der Genosse Schmidt, der besonders betroffen war, sich dagegen wehren. Wenn hier der Antrag eingebracht worden ist, Wissells Referat zu drucken, dann hat es doch nur Sinn, entweder die ganze Debatte zu drucken oder wenigstens die Reden der anderen Minister gleichzeitig mit zu veröffentlichen, damit man einen tatsächlichen Ueberblick über die berührten Probleme gewinnen kann. (Lebhafte Zustimmung.)

Einige Bemerkungen über die lettische Frage, weil wir zu ihrer Klärung von lettischen und estnischen Parteigenossen immer wieder aufgefordert werden. Ich meine, daß die Klärung dieser Angelegenheit restlos erfolgen muß. Die Einreiseerlaubnis für eine lettische Deputation ist jetzt von der Regierung genehmigt; hoffen wir, daß wir mit den Letten selbst bald über die Sache ausführlich sprechen können. Feststellen muß ich aber jetzt schon, daß schwere Uebergreife gegen die rechtmäßige lettische Regierung vorgekommen sein müssen. Wir haben den Eindruck, daß die dortigen Offiziere die Aufklärungsarbeit und Stimmungsmache für die Bevölkerung Deutschlands genau so fortsetzen, wie das während des Krieges geschehen ist. Ich erkenne deshalb auch die Schwierigkeiten nicht, die die Regierung findet, wenn sie sich Aufklärung verschaffen will. Nachdrücklich sei hervorgehoben, daß wir in dieser Sache auch Pflichten der Internationale gegenüber aufrechtzuerhalten haben. (Lebhaftes Sehr richtig!) Wir dulden unter keinen Umständen eine Antastung des Selbstbestimmungsrechts. In diesem Sinne war die Erklärung des Parteivorstandes vom 31. Mai abgefaßt, die inzwischen auch die Zustimmung der Fraktion gefunden hat.

Wir müssen an die Zukunft denken. Wenn nur ein Teil aller Beschwerden aus dem Osten zutrifft, dann müssen wir ernstlich mit dem Haß der dortigen Bevölkerung rechnen, wenn die deutschen Truppen dort einmal herausgezogen worden sind. Haß im Osten können wir uns noch weniger leisten als im Westen, weil jene östlichen Völker die Brücke nach Rußland bilden. (Lebhaftes Zustimmung.) Es muß ferner unter allen Umständen dafür gesorgt werden, daß kein Tropfen deutschen Blutes mehr dort oben fließt; es ist gerade schon genug vergossen. (Zustimmung und Händeklatschen.) Was wir von den deutschen Truppen dort oben hören, löst alles andere als angenehme Gefühle in uns aus. Arbeiter- und Bauernsöhne sind durch Landbesprechungen gewonnen worden, sich der baltischen Landeswehr anzuschließen. Wir warnen

die deutschen Truppen davor, diesen Bedingungen zu folgen. Abgesehen davon, daß die Versprechungen gar nicht gehalten werden können, denn das Letztere haben selbst Landlose genug, haben wir selbst doch die Arbeitskräfte in der Landwirtschaft gerade nötig genug. (Lebhafte Zustimmung.)

In diesem Zusammenhange gestatten Sie mir noch einige Bemerkungen über die Befürchtungen der leitenden Genossen, die glauben, daß die baltischen Truppen dazu benutzt werden könnten, als Interrevolutionäre Truppe die Hohenzollernherrschaft wieder in Deutschland aufzurichten. So etwas wird nicht nur in den baltischen Provinzen geglaubt, sondern sogar auch unter den französischen und englischen Sozialisten diskutiert. Obwohl Scheidemann in seinen Darlegungen und ich in meiner Begrüßungsrede den Gedanken schon ausgeführt haben, will ich noch einmal ausdrücklich feststellen, daß gar nicht daran zu denken ist, daß sich eine Mehrheit des deutschen Volkes noch einmal für die Aufrichtung eines Hohenzollernthrons begeistern würde, es sei denn über das Chaos durch den Bolschewismus! Massen, die auch von den Kommunisten enttäuscht wären, weil diese ihre Versprechungen nicht erfüllen konnten, würden dann vielleicht Monarchisten nachlaufen, die dann noch mehr versprechen würden. Sonst glaube ich nicht, daß sich noch einmal eine monarchistische Mehrheit in Deutschland finden wird. Die Schuld der Hohenzollern ist so ungeheuer groß, daß sie niemals wieder eine Mehrheit des deutschen Volkes hinter sich bekommen werden. Ueber die Schulfrage kann man im einzelnen erst sprechen, wenn die Akten des Auswärtigen Amtes veröffentlicht sind. Das wird, wie ich weiß, durch die Regierung in Kürze geschehen. Die persönliche Schuld Wilhelms II. steht aber schon dadurch fest, daß wir infolge seiner dreißigjährigen Regierungszeit in dieses Elend hineingeraten sind. (Lebhafte Beifall.) Seine Reden und seine Schwäche haben hauptsächlich mit zu dem internationalen Mißtrauen gegen uns geführt. (Lebhafte Beifall.) Die Schuld dieses Mannes steht infolgedessen zweifellos fest. Allein bei der historischen Beurteilung seiner Persönlichkeit wird man auch den Kathologen hinzuziehen müssen. Ich erinnere an den Brief seines Vaters an Bismarck, in dem Wilhelm II. als unweiser Mensch geschildert wird. Er ist eine pathologische, geistig minderwertige Erscheinung! Gemeinschädlich ist er nur deshalb geworden, weil er auf den Thron gekommen ist. Wäre er der Sohn eines Kostümschneiders gewesen, dann hätte er mit seinen Redereien höchstens ab und zu einen Stammtischkrakeel verursacht. (Lebhafte Zustimmung.) Ich habe mich hier auch deshalb sehr deutlich ausgesprochen, weil in der Presse Bemerkungen darüber zu finden sind, daß die preussische Regierung an einer Vorlage über die Abfindungsfordernungen der Hohenzollern arbeiten würde. Das scheint mir denn doch nicht von großer Eile zu sein. (Lebhafte Zustimmung.) Deshalb warne ich die preussische Regierung davor, sich durch Beschlüsse auf diesen Keim locken zu lassen; das Volk würde das nicht verstehen. Die Mehrheit des Volkes ist der Ueberzeugung, daß wir den Hohenzollern keinen Dank schuldig sind. (Lebhafte Beifall und Gändestatschen.)

Mallenbuhr-Berlin: Es gibt keinen Sozialdemokraten, dessen feste Ueberzeugung nicht dahin geht, daß die Sozialisierung der Produktion mit Entschiedenheit in Angriff genommen werden muß. Wir gewinnen mit Sicherheit an Macht, sobald wir diesem Ziele ernstlich zutreiben. Gerade in dieser Zeit, wo wir einzig zusammenstehen müßten, entwickelt sich nun ein heftiger Streit in unseren Reihen. Einige Leute treten mit einem fertigen Sozialisierungsprogramm auf, versammeln eine Gruppe von Anhängern um sich und erklären alle Zweifler an der Wichtigkeit des von ihnen gefundenen Weges als schlechte Sozialisten oder als Verräter des Sozialismus, die überhaupt keinen Sozialismus wollen. Was augenblicklich an Sozialisierungsprogrammen erzeugt wird,

ist geradezu erschrecklich. Unter den meist genannten Schriften führe ich die von dem Professor Ballod an, der ja auch eine ziemliche Gemeinde um sich herumammelt hat. Sein Buch wirkt auf viele durch den Umfang und die Zahlenmenge. Alles scheint bei ihm wissenschaftlich fest begründet zu sein. Weil er ein Professor ist, werden ihm seine Phantasieereien in weiten Kreisen ernstlich geglaubt. Jeder Arbeiter, der nun aber Ballods Behauptungen auf seinem eigenen Arbeitsgebiete, das er kennt, genauer nachprüft, wird finden, daß er sich zu den allerstoltesten Behauptungen versteigt. Ich bin Tabakarbeiter und habe seine Behauptungen nachgeprüft, daß er anstatt der 1907 Beschäftigten 208 000 Arbeitskräfte die Tabakproduktion mit nur 80 000 Arbeitern beschäftigen will durch Einführung einer Maschine, die nebenbei in einigen Großbetrieben schon eingeführt ist. Wäre das auch nicht der Fall, so spart Ballod in Betrieben mit 200 Beschäftigten von je 50 nach seinen eigenen Behauptungen 22 Arbeiter. Er beschäftigt also von 200 immer noch 178, so daß seine Schlußfolgerungen nicht zutreffend sind. Zu ähnlichen Ergebnissen wird jeder Arbeiter kommen, der auf seinem eigenen Arbeitsfeld die Angaben Ballods nachprüft. Nun einige Bemerkungen zur Tatsache, daß Deutschland die Anbelangung durch den Entente-Kapitalismus bevorzieht.

Bei derartigen Kämpfen kann man nicht immer voraussagen, das und das werde ich übermorgen oder nach einem biertel oder nach einem halben Jahre tun. Da muß man sich regelmäßig dazu einrichten. Wie heute der Angriff, so wird morgen pariert werden. Wir hatten doch auch einmal eine Zeit, wo wir als Partei vernichtet werden sollten, wo wir auch ein Aktionsprogramm hatten, das wesentlich einfacher war. Als das Sozialistengesetz erlassen wurde, hat uns damals im Reichstag Braide das Programm gegeben, das in den Satz zusammengefaßt war: wir streifen auf dieses Gesetz. Die Taktik dagegen wurde von Tag zu Tag entschieden, und wir wissen, daß dies Programm siegreich durchgeführt wurde. In ähnlicher Weise steht das deutsche Volk heute dem Entente-Kapitalismus gegenüber.

Wir müssen den Sozialismus zum Siege führen und die Taktik danach einrichten, wie wir am ersten zu diesem Ziele kommen können. Sobald wir dieses Ziel im Auge behalten, werden wir Schulter an Schulter mit den Proletariaten der anderen Völker stehen, und dann wird bei der Befreiung der anderen Völker gegen den Imperialismus die deutsche Sozialdemokratie die Führung haben. Ich habe die feste Ueberzeugung, daß es nicht nur gelingen wird, den Sozialismus in Deutschland durchzuführen, sondern den internationalen Sozialismus durchzuführen, den Kapitalismus der Entente, den Kapitalismus aller Länder einmal zu Fall zu bringen. Das Proletariat wird triumphieren um so eher, je ernster wir in diesem Sinne geschlossen vorgehen und nicht um kleine Abweichungen hier und da große Kämpfe in den eigenen Reihen entfallen, bei denen regelmäßig die Kapitalisten siegen. Wir wollen aber den Sieg des Proletariats. Darum geschlossen nur dem einen Ziel zutreiben und nicht jeden verdächtigen, wenn man glaubt, daß er in diesem oder jenem Falle nicht das tut, was nach seiner Auffassung das Richtige ist. (Lebhafte Beifall.)

Ein Antrag auf Schluß der Debatte wird angenommen.

Stahl-Brandau (zur Geschäftsordnung): Ich bedauere lebhaft, daß ich nicht Gelegenheit hatte, in der Frage der Sozialisierung hier Ausführungen über die Verhandlungen einzelner Minister im Reichskabmett über die Frage der Sozialisierung in den Staatsbetrieben zu machen.

Dr. Uexküll-Göttingen (persönlich): In dem zurückgezogenen Antrag 178 finden sich unter anderem Namen von Personen, die nach Ansicht der Antragsteller eventuell ihre Ämter niederlegen sollen. Darunter auch der Name

Wissell. Ich möchte hier erklären, daß bei Abfassung dieses Programms sich die Verfasser im Irrtum über die Person des Ministers Wissell befunden haben. (Große Heiterkeit.) Sie können ja darüber lachen, aber ich fühle mich doch dem Parteigenossen Wissell gegenüber verpflichtet, hier zu erklären, daß ich nach seiner heutigen Rede und nach Veröffentlichung der Denkschrift, mit der ich durchaus nicht in allen Punkten übereinstimme, vor allem nicht mit dem zweiten Teil, doch den Eindruck eines so starken und großen Idealismus und einer so durchaus sozialistischen Grundgesinnung gewonnen habe, daß ich es nicht verankworten könnte, in irgendeiner Weise gegen den Genossen Wissell aufzutreten. Das glaube ich dem Genossen Wissell schuldig zu sein.

Berichterstatter Löbe (Schlußwort): Ich werde mich, da wir noch zwei wichtige Referate vor uns haben, nicht auf den weiten Komplex großer politischer Fragen einlassen und auch nicht die aufgetretenen Differenzen der Minister besprechen, deren Motive Genosse Müller eben richtig angedeutet hat, deren Kenntnis für den Parteitag vielleicht sehr wichtig ist, die er aber kaum wird entscheiden können, die, wenn sie nicht im Schoße des Kabinetts selbst entschieden werden, wahrscheinlich der Fraktion zur weiteren Beratung übergeben werden müssen. Ich werde mich deshalb darauf beschränken, zu einigen der Anträge Stellung zu nehmen in der Erkenntnis, daß es weder dem Ansehen des Parteitags noch der Klarheit der Entscheidungen dienen kann, wenn wir 65 bis 70 Anträge annehmen, wie sie bei jedem Punkt der Tagesordnung vorliegen — übrigens ein geschäftsordnungsmäßiger Mißstand, den wir später beschränken müssen.

Zur Frage der Sozialisierung würde ich Ihnen die Annahme der vom Genossen Wissell empfohlenen Resolution Braun-Goch empfehlen und davon ausgehen, die übrigen zu dieser Materie vorliegenden Anträge als erledigt zu erklären, wobei auch ich der Meinung bin, daß, wenn der Antrag zur Annahme kommen sollte, einen der hier gehaltenen Vorträge im Druck zu veröffentlichen, man dann neben dem Referat Wissells natürlich auch die beiden wesentlichen Erwidierungen mit abdrucken müßte.

Die Anträge zur sozialen Gesetzgebung enthalten eine ganze Menge sehr wertvoller Anregungen. Ich würde Ihnen empfehlen, dieselben alle der Fraktion zur Berücksichtigung zu überweisen.

Anwidersprochen ist die Anregung geblieben, daß wir uns vom Parteitag aus für die deutsche Einheitsrepublik einsetzen wollen. Deshalb empfehle ich Ihnen in Zusammenfassung der vorliegenden Beschlüsse die Resolution 210.

Dann liegt eine ganze Gruppe von Anträgen vor, die Doppelmandate betreffen. Ich habe mich im Anfang dahin ausgesprochen, daß sie nicht das Grundübel mangelnder Frequenz sind, und ich möchte das dahin ergänzen, daß eine gewisse Verbindung großer parlamentarischer Fraktionen, solange wir sie überhaupt noch haben, wünschenswert sind. Es sind z. B. in der Verfassungsfrage zwischen Preußen und Deutschland Differenzen entstanden auch unter unseren eigenen Genossen, die leichter beigelegt würden, wenn eine Anzahl Vermittler zwischen beiden Fraktionen vorhanden sind. Aber ich erkenne an, daß Mißstände vorliegen, und empfehle Ihnen die Resolution 204.

In der Beamtenfrage wird der Parteitag im großen und ganzen die Richtlinien beherzigen, welche Genosse Steinkopf zum Ausdruck gebracht hat. Von ihm rührt wohl auch die Resolution 257 her, die ich empfehlen möchte.

Von allen Beschlüssen und Anträgen zur Ernährungsfrage scheint mir die beste Zusammenfassung in dem Antrag 212 zu liegen, den ich Ihnen empfehle.

Zu den erledigten Anträgen würde dann auch der Antrag 76 gehören, der die Einstellung der Zuderbäckerei und der Bombenfabrikation empfiehlt. Auch

ich möchte Ihnen die Erledigung dieses Antrages anheim geben, bin aber nachträglich von dem Vorsitzenden des Bäderverbandes darauf aufmerksam gemacht worden, daß uns die in der Zudererarbeitungsindustrie beschäftigten Arbeiter, die nach Zehntausenden zählen, bitten, daß wir diesen Antrag glatt ablehnen, da er ihnen jede Erwerbsmöglichkeit beschneiden würde. Unter den Anträgen, die einer bestimmten Gruppe nicht einzureihen sind, scheint mir der Antrag 99 über die Verwendung von Flugplätzen, Erzerzierplätzen, Kasernen usw. beachtenswert zu sein, ebenso die Resolution 100, die über die Werften, Gewehr- und Munitionsfabriken spricht und sich dagegen wendet, daß diese an das private Kapital zur Spekulation überlassen werden.

Vielleicht darf ich gleich im Anschluß hieran erwähnen, daß ich auch die Annahme der Resolution Stöckl empfehle über die Ueberweisung der Munitionsfabriken, die in Zivilverwaltung überführt worden sind, aus dem Reichsfinanzamt ins Reichswirtschaftsamt.

Antrag 225 ist eine Resolution über die Wohnungsverhältnisse, die wahrscheinlich den Wünschen des Parteitages entsprechen wird; wahrscheinlich auch 244, welche den Einigungsbestrebungen Thüringens das Wort redet.

Daß wir Nr. 268 für Esten und Bwländer annehmen, ist wohl selbstverständlich.

Der Fraktion zu überweisen wären die Anträge über die Sozialisierung der Papierfabrikation, Nr. 265, der über die Abschaffung der Todesstrafe handelt. Zu den zu erledigenden würde gehören der Antrag 260.

Antrag 70 will den Genossen eine Klüge erteilen, die bei der Abstimmung über das Sozialisierungs-gesetz nicht anwesend waren. Ich würde bedauern, wenn das so summarisch geschähe, denn ich weiß als Fraktionsvorsitzender, daß ein Teil der Genossen aus berechtigten Gründen nicht da war. Wir können den Genossen Auer, Quessel und anderen zwangsweise Verhörteten ebensowenig eine Klüge aussprechen als denen, die mit Wunsch und Willen der Fraktion in bedrohte Gebiete gegangen sind. Die allgemeine Klüge ist jedenfalls unangebracht, und diejenigen, die sie mit Recht treffen soll, werden sie sich auch zu Herzen nehmen, nachdem sie Kenntnis von dieser Debatte erhalten haben.

Ich würde empfehlen, den Antrag 90 über die Einführung von Moralunterricht, nationalökonomischem Unterricht u. dgl. im Lehrplan unserer Schulen als Arbeitsmaterial der Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Lehrer zu überweisen und der Fraktion als weiteres Material zu übergeben.

Es wird sich vielleicht auch nicht empfehlen, den Antrag 93 anzunehmen, der den Parteivorstand beauftragt, den Warenmarkt zu beobachten und darüber in der Arbeiterklasse Aufklärungen zu verbreiten. Das wird Aufgabe der Generalkommission der Gewerkschaften, der einzelnen Gewerkschaften, auch Aufgabe gewisser Zweige der von uns beeinflussten Regierung sein.

Der Antrag 108 nennt offene Lären ein, wenn er verlangt, daß der Schulzwang für Kinder unter 14 Jahren eingeführt werden soll. Der Schulzwang besteht. Es kann sich höchstens darum handeln, daß er hier und da während des Krieges nicht ordentlich beachtet worden ist.

Ich halte es auch für bedenklich, den Antrag 111 der Annahme des Parteitags zu empfehlen, nämlich die Kriegsanzleihegremien auf 3½ Proz. herabzusetzen. Wir würden die kleinen Sparner vor den Kopf stoßen, und das scheint mir nicht gerade die Aufgabe des Parteitags zu sein.

Der Antrag 73 will der Fraktion Vorchriften in Steuerfragen geben. Ob wir heute imstande sind, uns schon an bestimmte Richtlinien zu binden, bezweifle ich. Wir haben keine Ahnung, wie der zukünftige Etat aussehen wird.

Daß wir soviel als möglich in der Richtung gehen werden, die bisher durch unser Parteiprogramm bezeichnet ist, ist selbstverständlich.

Ich beschreibe mich auf diese Bemerkung. Nicht alle Wünsche wird die Regierung und die Fraktion erfüllen können. Ein Redner hat pathetisch in den Saal gerufen: „Es ist Pflicht der Fraktion, Baumaterialien heranzuschaffen.“ (Seiterzeit.) Von ähnlicher Güte waren andere freundliche Aufforderungen an uns. Mit welcher Gewissenhaftigkeit sie manchmal erhoben wurden, sehen Sie im Antrag 178, der eine Reihe sozialdemokratischer Minister abschlächtet und aus Versehen den einen oder anderen mit unter das Fallbeil genommen hat. Nachdem er dann eine schöne Rede gehalten, hat man ihn davon ausgenommen. (Seiterzeit.) Nach solchen Motiven sollte das Urteil der Genossen draußen im Lande nicht gefällt werden. Wenn Sie an uns die Mahnung richten, fleißig auf dem Posten zu sein, so seien Sie auch auf dem Posten, den Genossen zu sagen, daß sie in ihrer Kritik gegen ihre Vertrauensleute auch Gewissenhaftigkeit an den Tag legen. (Waboo)

Wiffell (zu einer persönlichen Bemerkung): Ich war heute morgen einer um 12 Uhr beginnenden Kabinettsitzung wegen verhindert, die Ausführungen der Kollegen David und Schmidt anzuhören. Aber selbst wenn ich sie angehört hätte, würde ich sachlich auf sie nicht haben eingehen können, weil die Debatte geschlossen ist. Im Rahmen einer persönlichen Bemerkung jedoch muß ich die Schiefheiten richtigstellen, die der Kollege Schmidt mitgeteilt hat, Unrichtigkeiten in der Hinsicht: Kohle, Kali, Lebensmittel und Streikverbot. Genosse Schmidt hat gesagt, ich hätte ein kurzes Gedächtnis. Ich muß wissen, daß die Kohlen Gesetze schon vorgearbeitet worden seien, ehe es in Berlin zu den Unruhen kam. Genossen! Ich habe gesagt: Unter der Nachwirkung der Berliner Straßenkämpfe haben wir nur das Sozialisierungsgesetz durchgebrückt. (Sehr richtig!) Das habe ich aufrecht. (Sehr richtig!) Seit November ist im Wirtschaftsministerium am Kohlengesetz gearbeitet worden im Rahmen eines Energiegesetzes. Schmidt hat durchblicken lassen, daß erst ein bürgerlicher Abgeordneter mich zur Vorlage dieses Gesetzes habe veranlassen müssen. Fallsch mit Wahren gemischt! Unter dem Eindruck der aus der politischen Situation sich ergebenden Stimmung hat im Kabinett ein Bürgerlicher gesagt: Nun sozialisiert doch wenigstens das Kohlenmonopol. Schön, habe ich gesagt, dann nehmen wir aus dem Energiegesetz die Kohlenfrage heraus.

Schmidt hat weiter gesagt: Bezüglich des Kaligesetzes hätten die Bürgerlichen mich zur Sozialisierung zwingen müssen. Ich habe vor mir das Stenogramm meiner Rede vom 7. März dieses Jahres aus Anlaß der Einbringung des Sozialisierungsgesetzes. Da sagte ich ausdrücklich:

Die Regierung hat die Absicht gehabt, mit diesem Gesetz — Anfangs März! — auch ein die gemeinwirtschaftliche Regelung des Kalis in Betracht nehmendes Gesetz vorzulegen.

Es ist damals nicht geschehen, weil die Regierung meinte, mit Rücksicht auf das bestehende Kaligesetz sollte man grundlegend das Gesamtgesetz aufarbeiten. Ehe es geschah, hatten die Bergarbeiter sich mit den Unternehmern im Kalilübergbau über höhere Preise und Löhne verständigt unter der Voraussetzung einer Erhöhung der Kalipreise. Diese Preiserhöhung sollte vorgee vor der Durchführung der gemeinwirtschaftlichen Regelung des Kaligesetzes erfolgen. Das hielt man nicht für zweckmäßig ohne die gemeinwirtschaftliche Regelung. Zur Sozialisierung ist alles vorbereitet gewesen und es hat keines Anstoßes irgendeines Bürgerlichen bedurft.

Schmidt hat gesagt, die Summe von 1 Milliarde 58 Millionen in Gold sei gegen meinen Willen ausgegeben worden. Das mußte den Eindruck er-

wecken, als wenn ich überhaupt gegen die Lebensmittelversorgung gewesen sei. (Sehr richtig!) Und so ist es auch offenbar von Ihnen aufgefaßt. Ich habe mich dagegen gewandt, daß man, ohne im einzelnen die Gesamtsummen anzugeben, planlos einläuft, und daß man dafür unsere Goldbede in Anspruch nimmt. Ich habe gefordert, daß man die Bedürfnisse des wirtschaftlichen Lebens nach Einführung von Rohstoffen nicht außer acht lassen soll. Wir haben erreicht, daß die ursprüngliche Menge wesentlich herabgesetzt ist. Die Tatsachen haben bewiesen, daß weniger gebraucht wird. (Zuruf.) Wir können nicht immer leben auf Kosten der Zukunft, wir müssen auch den Augenblick in Betracht ziehen. Das waren meine Motive.

Es ist mir vorgeworfen worden, ich hätte ein Gesetz über den Erlass eines Streikverbots gefordert. Wer die Denkschrift liest, wird wissen, was ich da gefordert habe. Von einem Streikverbot werden Sie nichts finden. (Waboo)

Robert Schmidt (persönlich): Meine Absicht war bei meiner Polemik gegenüber der Auffassung Wiffells, daß das Kabinett und die sozialdemokratischen Mitglieder im Kabinett auf dem Gebiete der Sozialisierung nicht ihre Pflicht getan haben, den Nachweis zu führen, daß er wiederholt gebrängt wurde, auf dem Gebiete der Sozialisierung zu Tatsachen überzugehen (Minister Bauer: Sehr richtig!), ansatz Reden zu halten. Er hat ausdrücklich in seiner Rede am 8. März hier gesagt:

Erst seit 3 Wochen ist die Regierung gebildet. Nach 3 Wochen bietet sie hier dem deutschen Volke zwei Gesetzesvorlagen, zu deren Ausarbeitung in früherer Zeit mindestens drei Vierteljahre erforderlich gewesen wären.

Derselbe Redner sagt heute: Ihr habt zu lange gezögert mit diesen sozialen Gesetzen, während er im Parlament sagt, drei Vierteljahre hätten zu anderer Zeit damit gewartet werden müssen. Ich habe ihm keinen Vorwurf gemacht, daß das Kohlengesetz so spät gekommen ist, ich habe nur gesagt, und das hat er bestätigt: Als er die Kalki-Notelle einbrachte, mußte ihm erst ein bürgerlicher Abgeordneter sagen: Bitte, nun auch Sozialisierung, wenn Sie die Preise erhöhen. Das habe ich unterstrichen, weil es ungerecht ist zu sagen, daß wir auf diesem Gebiete auf unüberwindliche Hindernisse bei den bürgerlichen Abgeordneten gestoßen sind, wenn die Tatsache feststeht, daß die bürgerlichen Abgeordneten den Minister des Reichswirtschaftsministeriums erst sagen müssen, was er auf sozialem Gebiet zu tun hat.

Was die Finanzierung der Lebensmittel anlangt, so hören Sie ja, daß Wiffell glaubt, wir haben zuviel eingeführt. Wir haben viel zu wenig eingeführt. (Sehr richtig!) Und wenn ich noch mehr einführen könnte, würde ich mit beiden Händen zugreifen, und ich hätte gar kein Bedenken, auch unsere Goldbede noch mehr in Anspruch zu nehmen. Wie kann ein Minister des Reichswirtschaftsministeriums es vertreten, sich schüßend vor die Goldbede zu stellen und zu sagen: führt keine Lebensmittel mehr ein, wenn nicht der Schutz dieser Goldbede versagen soll. Lebensmittel brauchen wir zunächst, wenn wir unser Wirtschaftsleben und unser gesamtes Volkleben auf eine gesunde Grundlage bringen wollen. Wenn aber bei jeder Million, die gefordert wird für Lebensmittel, Widerspruch erhoben wird, ist das unverständlich nicht nur vom sozialen Standpunkt aus, sondern auch vom demokratischen. (Waboo)

Es wird nun zunächst abgestimmt über die Anträge zur Einheitsrepublik. Dabei wird festgestellt, daß Abgeordnete zwar nicht mitzuzstimmen haben, wenn es sich um den Bericht über die bisherige Tätigkeit der Fraktion handelt, daß sie aber das Recht der Abstimmung haben, wo es sich um Aufträge für die Fraktion in Zukunft handelt.

Auf Vorschlag von Heinrich Schulz wird beschlossen, an Stelle des ersten Absatzes von Antrag 210 den Antrag 218 zu setzen, wofür der letzte Absatz des Antrages 210 fällt.

Mit dieser Veränderung wird der Antrag 210 mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Vorsitzender Heinrich Schulz: Ich bitte, es mir nicht als Ueberrassigung auszuliegen, wenn ich angesichts dieses fast einmütigen Votums des deutschen Parteitag für die deutsche Einheitsrepublik meine lebhafteste Freude zum Ausdruck bringe. (Lebhafter Beifall.)

Die Anträge 101, 110 und 113 werden durch diese Abstimmung für erledigt erklärt.

Von den Anträgen in bezug auf die Doppelmandate wird der Antrag 204 angenommen. Damit sind erledigt die Anträge 80, 47, 48, 49, 56, 57, 58, 59, 64, 71.

In bezug auf die Anträge zur Beamtenfrage wird der Antrag 267 (in dem es im Absatz 4 statt Reichs heißt) angenommen. Damit sind die Anträge 97, 107, 108 erledigt.

Zur Ernährungsfrage wird der Antrag 212 mit großer Mehrheit angenommen. Dadurch sind die Anträge 72, 73, 79, 80, 95, 168, 169, 201 Abs. 6, 260 erledigt.

Antrag 248 wird mit der Ergänzung des Antrages 255, der als dritter Absatz anzufügen ist, angenommen.

Zur Sozialisierung wird der Antrag 251 mit dem Amendement Besche in absatzweiser Abstimmung angenommen. Damit sind die Anträge 89, 91, 164, 168 Abs. 1 bis 7, 187, 188 erledigt. Antrag 260, über den auf Wunsch Grellings besonders abgestimmt wird, wird abgelehnt.

Die Anträge zur sozialen Gesetzgebung werden der Fraktion überwiesen, es sind das die Anträge 83—88, 92, 98, 211, 222.

Angenommen werden die Anträge 94, 99, 100.

Antrag 228 wird angenommen.

Vorsitzender Heinrich Schulz: Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag 247 Abs. 3, der wünscht, daß Preußen Groß-Thüringen keine Schwierigkeiten macht. (Die Abstimmung ist zweifelhaft. Unruhe.) Der Vorsitzende erklärt, daß der Antrag dem soeben ausgesprochenen Bekenntnis des Parteitags zur Einheitsrepublik nicht widerspreche, da er als Schritt auf dem Wege zum Einheitsstaat die Zusammenschließung der vielen kleinen Staaten in Thüringen wünscht. Eine erneute Abstimmung ergibt die Annahme des Antrages mit großer Mehrheit. Die Annahme des Antrages 268 erfolgt einstimmig. (Bravo!)

Vorsitzender Heinrich Schulz: Es folgen nun einige Anträge, die der Berichterstatter der Fraktion zur Berücksichtigung überwiesen sehen möchte. Dem entsprechend erfolgt Beschlußfassung über die Anträge 65 bis 67, 75 bis 77, 104, 105, 112, 114, 116, 118, 119, 166, 174, 179, 180, 187, 198, 200, 223 Abs. 1 bis 3, 224, 225, 226, 264, 265, 269. Antrag 94 wird dem Parteivorstand überwiesen. Ueber Antrag 265 wird eine nochmalige Abstimmung vorgenommen, da der Berichterstatter nachträglich seine Annahme wünscht. Der Antrag wird nunmehr einstimmig angenommen. Der Antrag 90 wird auf Wunsch des Berichterstatters der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen zur Durchberatung überwiesen.

Antrag 70 soll auf Wunsch des Referenten abgelehnt werden.

Angenommene dürfen nicht mitstimmen. Der Antrag wird mit großer Mehrheit abgelehnt.

Ebenso die Anträge 73, 98, 103, 111.

Eine Geschäftsordnungsdebatte entwickelt sich über die während der Abstimmung infolge des Druckes noch nicht fertig gewordenen und nachträglich verteilten Anträge 272 und 273. Da der Antragsteller einer Anregung von Hoch, die Anträge zurückzuziehen, nicht entspricht, stellt der Vorsitzende die Unterstufungsfrage. Die Unterstufung reicht nicht aus.

Vorsitzender Heinrich Schulz: Es ist dann der Antrag gestellt worden, die Rede des Genossen Biffell in Brochürenform herauszugeben. Der Berichterstatter hat schon darauf hingewiesen, daß dann auch die Reden der Genossen Schmidt und David mit abgedruckt werden müßten oder besser wohl noch die ganze Debatte. Ich möchte den Genossen empfehlen, den Antrag mit der Begründung des Berichterstatters dem Parteivorstand zu überreichen.

Dreger-Lübed (zur Geschäftsordnung): Die Kalkalgerei zwischen den Ministern war ein wenig erhebendes Bild. Wenn das nun noch gedruckt herauskommt, so wird uns das nicht von Nutzen sein. Ich bitte deshalb, den Antrag abzulehnen.

Payer-Michendorf: Als Antragsteller bitte ich den Antrag, so wie er ist, anzunehmen. Der Zweck war, daß die Rede, die auf der geistigen Höhe stand, auf die der Parteitag durch diese Rede endlich mal gekommen ist, in der der Wille und der ganze Gedanke des deutschen arbeitenden Volkes zum Ausdruck gekommen ist und dem Volke Aufklärung über die Sozialisierungsfrage gegeben wird — daß diese Rede auch ins Volk hinauskommt. Wir wollen da keine Polemik anfügen.

Vorsitzender Heinrich Schulz: Als Vorsitzender muß ich gegen die Behauptung des Redners Einspruch erheben, als ob erst durch die Rede des Genossen Biffell bei aller Achtung vor ihrem Wert ein etwaiger sonstiger Tiefstand des Parteitages überwunden worden wäre. Dagegen lege ich den schärfsten Einspruch ein.

Der Antrag Payer-Michendorf wird abgelehnt.

Es liegt noch der Antrag 275 vor. Er wird mit großer Mehrheit angenommen.

Damit sind sämtliche Anträge zum Bericht der Fraktion erledigt.

Auf Vorschlag des Vorsitzenden nimmt der Parteitag nunmehr noch die beiden Referate zum Nächstem entgegen. Vorher wird noch das Resultat der Vorstandswahlen verkündet.

Wähler-Berlin: Bei der Wahl des Vorstandes wurden 376 gültige Stimmzettel abgegeben. Davon haben erhalten:

Hermann Müller 373, Otto Wels als Vorsitzende 291, Friedrich Bartels 374, Otto Braun als Kassierer 361, Scheidemann 352, Mollenhuth 372, Pfannkuch 369, Heinrich Schulz 347, Frau Juchacz 371, Adolf Ritter 372, Otto Frank 369, Frau Hned 358.

Diese Vorgenannten sind somit gewählt. Außerdem haben an Stimmen erhalten: Abbe 26, Hoch 16, Scholz-Neufölln 11, Biffell 8, Bernstein 8, Groger 6, Davidsohn 6, Käbler 4, Emmel 2, Schred 2, Bogel 2, Raizenstein 2, Genossin Grünberg 2, Je eine Stimme haben erhalten: Adolf Braun, Vießer, Nummer, Frau Ege, Weinschild, Müller-Gamburg, Richard Fischer und außerdem als Beisitzer, nicht als Sekretär oder als Vorsitzender oder als Kassierer: Wels 3, Martha Hoppe 4, Frau Käbler 2; je eine Stimme: Frau Rixe, Frau Reibe.